



Plenarprotokoll

34. Sitzung

Donnerstag, 22. August 2013

Konsequenzen rot-grüner Steuerpläne für Familien und Arbeitsplätze	2716	Wolfgang Kubicki [FDP].....	2721, 2730
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1045 (neu)		Torge Schmidt [PIRATEN].....	2722
Faire Verteilung von Lasten für unser Gemeinwohl	2716	Lars Harms [SSW].....	2723
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1070		Tobias Koch [CDU].....	2725
Johannes Callsen [CDU].....	2716	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2729
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2717, 2726, 2728	Monika Heinold, Finanzministerin	2732, 2732
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2719	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1045 (neu) 2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 18/1070.....	2737
		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Kohlen- dioxid-Speicherung in Schleswig- Holstein	2737

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1020

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	2737
Heiner Rickers [CDU].....	2739
Olaf Schulze [SPD].....	2740
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2741
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2742
Angelika Beer [PIRATEN].....	2743
Flemming Meyer [SSW].....	2745
Astrid Damerow [CDU].....	2746

Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss.....	2746
--	------

Gemeinsame Beratung

a) Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot si- chern.....	2746
---	-------------

Antrag der Fraktion der PIRA-
TEN
Drucksache 18/899

b) Mietanstieg bremsen, bezahlba- ren Wohnraum sichern.....	2747
--	-------------

Antrag der Fraktion der PIRA-
TEN
Drucksache 18/1049

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2747, 2755
Peter Lehnert [CDU].....	2748
Serpil Midyatli [SPD].....	2749
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2750
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2751
Lars Harms [SSW].....	2752
Andreas Breitner, Innenminister....	2754

Beschluss: Überweisung der Anträge an den Innen- und Rechtsaus- schuss und den Sozialausschuss....	2755
--	------

Nachhaltigkeitsbeirat für Schles- wig-Holstein.....	2755
--	-------------

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/970

Energiewendebeirat.....	2755
--------------------------------	-------------

Änderungsantrag der Fraktion von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1071

Jens-Christian Magnussen [CDU].	2756, 2760
Olaf Schulze [SPD].....	2757
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2757
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2758
Angelika Beer [PIRATEN].....	2759
Flemming Meyer [SSW].....	2760
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	2761

Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/970 und des Ände- rungsantrags Drucksache 18/1071 als selbstständigen Antrag an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss.....	2762
--	------

Erhalt der bäuerlichen Landwirt- schaft in Schleswig-Holstein.....	2762
---	-------------

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1028

Heiner Rickers [CDU].....	2763, 2781
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	2764
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2766
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2767
Angelika Beer [PIRATEN].....	2768
Flemming Meyer [SSW].....	2769
Hauke Götsch [CDU].....	2770
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	2772
Johannes Callsen [CDU].....	2773
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	2773
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2781
Sandra Redmann [SPD].....	2783

Beschluss: Ablehnung.....	2784
---------------------------	------

Änderung der Küstentischereiord- nung (KüFO).....	2784
--	-------------

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1027

Nachhaltige Fischerei entwickeln....	2784
---	-------------

Änderungsantrag der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1084

Klaus Jensen [CDU].....	2784
Lars Winter [SPD].....	2785
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2786
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2787
Angelika Beer [PIRATEN].....	2788
Flemming Meyer [SSW].....	2790
Klaus Jensen [CDU], zur Ge- schäftsordnung.....	2790
Lars Winter [SPD], zur Geschäfts- ordnung.....	2791
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	2791

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1027 2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 18/1084.....	2792
---	------

**Länderübergreifender Binnen-
hochwasserschutz der Elbanrainer.** 2792

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/983

Änderungsantrag der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1072

**Die Stadt Lauenburg unterstützen
und die Vorschläge der Internati-
onalen Kommission zum Schutz der
Elbe stärker berücksichtigen** 2792

Änderungsantrag der Fraktion der
FDP
Drucksache 18/1087

Angelika Beer [PIRATEN].....	2792
Klaus Jensen [CDU].....	2794
Olaf Schulze [SPD].....	2794
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2796
Christopher Vogt [FDP].....	2797
Flemming Meyer [SSW].....	2798
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	2799

Beschluss: Überweisung des Antrags
Drucksache 18/983 und der Ände-
rungsanträge Drucksachen 18/
1072 und 18/1087 an den Um-
welt- und Agrarausschuss..... 2801

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung, begrüße Sie an diesem sonnigen Donnerstag ganz herzlich und wünsche uns allen einen guten Verlauf dieses Sitzungstages. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und den Kollegen in der Lobby möglicherweise einen Wink zu geben, damit sich der Plenarsaal in einem dem Parlament und dem Thema, das wir hier erörtern, angemessenen Maß füllt. Die Damen und Herren von der Presse bitte ich, an die Seiten zu gehen.

Ich teile Ihnen zunächst mit, dass die Kollegin Simone Lange und der Kollege Jürgen Weber für diesen Tag krank gemeldet sind. - Wir wünschen beiden von dieser Stelle aus gute Besserung!

(Beifall)

Ich gebe Ihnen zur Kenntnis, dass mir nach Verständigung zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern bekannt gegeben wurde, dass die Tagesordnungspunkte 14, 27, 28, 29 und 33 ohne Aussprache behandelt werden sollen.

Bevor wir in die Debatte eintreten, bitte ich Sie, mit mir zusammen Schülerinnen und Schüler der Eckener-Schule aus Flensburg zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Konsequenzen rot-grüner Steuerpläne für Familien und Arbeitsplätze

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1045 (neu)

Faire Verteilung von Lasten für unser Gemeinwohl

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1070

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Tobias Koch von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe CDU)

- Das war mir anders bekannt gegeben worden. Das Wort hat Herr Abgeordneter Johannes Callsen von der CDU-Fraktion.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holsteins Steuereinnahmen sind so hoch wie noch nie. Und was machen SPD, GRÜNE und SSW? - Sie erhöhen die Konsum-Ausgaben und senken die Mittel für Investitionen auf den niedrigsten Wert seit Jahrzehnten. Und weil sie für ihre rot-grün-blauen Spielwiesen immer noch nicht genug haben, greifen sie den Bürgern mit der Erhöhung der **Grunderwerbsteuer** noch tiefer in die Tasche. Übrigens wird jetzt unter Rot-Grün-Blau in Schleswig-Holstein auch noch das Wasser teurer.

Ich sage Ihnen: Es ist nicht sozial gerecht, wenn Sie nach bezahlbarem Wohnraum rufen und auf der anderen Seite die **Grunderwerbsteuer** erhöhen. Das passt nicht zusammen, denn jede Familie und jeder Alleinerziehende muss bei einem Hauskauf künftig tiefer in die Tasche greifen, und zwar tiefer als in allen anderen Bundesländern in Deutschland. Damit gefährden Sie die Wohnraumfinanzierung in unserem Land, und Sie tragen zu höheren Mieten bei.

Sie gefährden dadurch auch unseren Wirtschaftsstandort, denn welche Betriebe sollen sich hier noch ansiedeln, wenn Sie die Steuerlast auf einen bundesweiten Spitzenwert treiben und gleichzeitig die einzelbetriebliche Förderung abschaffen? Ich sage Ihnen: Unsere Nachbarländer werden sich über dieses Arbeitsplatzverhinderungsprogramm in Schleswig-Holstein herzlich freuen.

(Beifall CDU)

Sie, SPD, GRÜNE und SSW, manövrieren unser Land damit in eine Standortfalle. In Schleswig-Holstein bekommen wir die Folgen rot-grüner gepaart mit blauer Politik seit einem Jahr hautnah negativ zu spüren. Das ist aber nur der Gipfel dessen, was SPD und Grüne auf Bundesebene an Steuererhöhungen wollen.

Ich frage Sie: Ist es sozial gerecht, dass SPD und Grüne die Reform der kalten Progression auf Bundesebene schon seit Monaten blockieren? - Nein, das ist nicht sozial gerecht.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie haben uns gefragt!)

- Ich kann Ihnen gern die Antwort geben, denn Sie sind nicht einsichtig. - Mit Ihrer Blockade kommen Lohnerhöhungen nicht bei den Arbeitnehmern an,

(Johannes Callsen)

sondern sie kommen den Finanzämtern zugute. Sie bestrafen fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall CDU)

Liebe Kollegen von der Koalition, deswegen sind die Worte Leistung und Wohlstand in Ihrem sozialistischen Antrag eine reine Farce.

(Beifall CDU)

Wir sind auf eine starke Wirtschaft und auf sichere Arbeitsplätze angewiesen. Liebe Genossinnen und Genossen und liebe Grüne, mit Steuererhöhungen erreichen Sie genau das Gegenteil. Das werden Ihnen alle Fachleute gern bestätigen.

Die geplante **Reichensteuer** der Grünen ist in Wahrheit keine Reichensteuer, sondern sie ist eine **Mittelschichtsteuer**. Das ist eine Mittelschichtsteuer, die gerade Familien und Alleinerziehende besonders hart trifft. Dazu kommen die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung und die geplante Abschaffung des Ehegattensplittings. Beide Maßnahmen haben vor allem eine Folge: Mit Rot und Grün werden viele Familien in diesem Land ärmer.

(Beifall CDU)

Berechnungen ergeben, dass bei einem **Wegfall** des **Ehegattensplittings**, den Sie wollen, jede dritte Familie in Deutschland weniger Geld in der Tasche hätte. Sie belasten mit Ihren Steuerplänen nicht nur die Familien, sondern Sie gefährden auch Arbeitsplätze. Ich darf Sie daran erinnern: Drei Viertel aller Unternehmen in Deutschland und in Schleswig-Holstein sind Personengesellschaften und inhabergeführt. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Genau diesen Unternehmen auch in Schleswig-Holstein wollen Rot und Grün an den Kragen. Sie greifen mit einer Vermögensteuer in die Substanz von Familienbetrieben ein und vernichten Arbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk.

Ihre Steuererhöhungspläne sind eine Belastung für Familien und unsere Wirtschaft im Bund und in Schleswig-Holstein. Sie sind Gift für Konjunktur und Arbeitsplätze. Deshalb sage ich: Finger weg von rot-grünen Steuererhöhungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein Thema ist schöner, um den Unterschied zwischen Rot-Grün-Blau auf der einen Seite und Schwarz-Gelb auf der anderen Seite darzustellen, als die **Steuerpolitik**. Daher will ich das gern tun.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie von Schwarz-Gelb sagen: Die Lage ist prima, es gibt Rekordeinnahmen, die Steuern können gesenkt werden, der Soli muss weg, alles ist gerecht. Sie sagen, man solle die sogenannten Leistungsträger - damit meinen Sie immer diejenigen mit dem höchsten Einkommen und Vermögen - nicht belasten.

Wir sagen: Es fehlen 20 Milliarden € für eine bessere Bildung in Deutschland. Wir haben in Deutschland eine marode Infrastruktur. Die Kommunen sind zum Teil handlungsunfähig. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Statt ordentlich bezahlt zu werden, müssen Aufstocker vom Fiskus Geld dazubekommen. Armutsrenten folgen. Herr Schäuble fängt allmählich an, in Europa zu erzählen, was nach der Wahl womöglich kommen wird, und wir fördern ökonomisch schädliche Subventionen.

Das **Verhältnis** von **Einkommen** und **Steuern** ist ganz anders, als Sie es behaupten. Das oberste Fünftel unserer Gesellschaft verfügt über 53 % der Einkommen, zahlt aber nur 46,9 % der Steuern. 80 % verfügen über 47 % der Einkommen, zahlen aber 53,1 % der Steuern. Sie sehen, das ist grob ungerecht.

Bei den **Vermögen** ist es noch schlimmer. Das oberste Prozent der Bevölkerung verfügt über 23 % des Vermögens. Die obersten 2 bis 10 % verfügen über 38 % des Vermögens. 61 % des Vermögens liegen bei den obersten 10 % unserer Gesellschaft. 90 % der Menschen verfügen über 39 % der Vermögen. Wenn das gerecht ist, dann fresse ich einen Besen. Das ist komplett ungerecht, und das muss geändert werden.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was das Thema **Arbeit und Kapital** angeht, so sind Sie dafür, Kapitalerträge geringer zu besteuern als Arbeit. Sie belasten die Krankenschwester, die Verkäuferin und den Busfahrer, und Sie wollen diejenigen, deren Geld arbeitet, entlasten. Sie sind dafür, dass wir Dumpinglöhne aufstocken. Sie sind dafür, dass die Abgeltungssteuer bei 25 % bleibt. Wir sind dafür, den Spitzensteuersatz auf 49 % zu

(Dr. Ralf Stegner)

erhöhen. Bei Kohl lag er bei 53 %. Wenn Sie behaupten, dass Verheiratete mit einem Einkommen von 200.000 € zu den Niedrig- oder Normalverdienern gehören, dann leben Sie in einer anderen Welt als wir.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Herr Kollege Dr. Stegner, würden Sie dem Hohen Haus und mir angesichts Ihres historischen Wissens erklären, wer die Körperschaftsteuer und den Spitzensteuersatz abgesenkt hat? War das Schwarz-Gelb, oder war das vielleicht doch eine sozialdemokratische Bundesregierung? Können Sie uns vielleicht auch erklären, warum das geschehen ist?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wissen Sie, Herr Kollege Kubicki, die meisten Politiker machen Fehler, aber kluge Politiker bereinigen diese Fehler und wiederholen sie nicht ständig. Das ist der Punkt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU und FDP)

Sie haben nichts daraus gelernt, wir schon.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich bin noch bei der Antwort. - Im Übrigen ist mir nicht bekannt, dass der damalige Führer der FDP im Bundesrat, Herr Brüderle, solchen Plänen widersprochen hat. Ich kann mich daran erinnern, dass er eine noch stärkere Absenkung als andere wollte. Also kommen Sie mir nicht mit scheinheiliger Politik, wenn Sie eigentlich das Gegenteil wollen. Das ist billig, und das wissen Sie selbst.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Noch lieber. Kubicki ist auch in Ordnung, aber Wiegard geht auch. Bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]: Um den Fragenkatalog von Wolfgang Kubicki zu ergänzen: Könnten Sie dem Haus noch mitteilen, welcher sozialdemokratische Bundesfinanzminister unbedingt darauf bestanden hat, die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge einzuführen?

(Beifall CDU, FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Lieber Herr Wiegard, es ist schön, dass Sie mir Gelegenheit geben, zum Ausdruck zu bringen, dass ich in der Tat auch damals daran Kritik geübt habe -

(Lachen CDU und FDP)

leider damals ohne Erfolg, heute aber mit Erfolg. Das ist der Unterschied. Das Problem liegt nicht bei uns.

(Beifall SPD)

Ich komme zum dritten Punkt, zur **Familienpolitik**. Sie sind dafür, dass Ehegattensplitting beizubehalten, für ein sogenanntes Betreuungsgeld Milliarden € rauszuwerfen und Gleichstellung zu verhindern. Sie kritisieren die Grunderwerbsteuer und Sie sind dafür, dass Kinder von Reichen mehr bekommen als Kinder von Normalverdienern. Wir dagegen wollen die Infrastruktur fördern, sind für Gleichstellung, wollen Alleinerziehenden helfen und das Kindergeld ausgestalten. Wir wollen es in der Weise ausgestalten, dass deutlich wird, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert ist. Natürlich haben wir niedrige Bauzinsen, aber welcher Alleinerziehende kann sich denn ein Haus kaufen oder ein Haus bauen? In welcher Welt leben Sie eigentlich? Das, was Sie hier erzählen, ist doch überhaupt nicht das Thema.

(Dr. Ralf Stegner)

Ich will noch etwas zum Thema **Steuerkriminalität** sagen. In Deutschland gehen 150 Milliarden € durch Steuerkriminalität verloren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Woher wissen Sie das denn?)

Sie sind für das "Steuerhinterzieherbegünstigungsabkommen" mit der Schweiz. Sie sind dafür, dass Anwälte in Liechtenstein und anderswo - davon gibt es auch ein paar hier im Haus - bei der Steuergestaltung, wie Sie das nennen, helfen. Sie sind der Meinung, dass alles, was legal ist, auch legitim ist. Sie glauben, dass das richtig ist. Ich finde, Steuerkriminalität muss bestraft werden. Ich finde, diese Umgehungsmöglichkeiten müssen beseitigt werden. Wir sind dafür, diese Steuer-CDs anzukaufen. Das ist nämlich staatliche Notwehr.

(Lachen FDP)

Dazu, dass Sie Herrn Hoeneß verteidigen, sage ich Folgendes: Wir sagen Jugendlichen, die etwas Falsches gemacht haben, dass sie dafür zur Verantwortung gezogen werden, aber bei jemandem, der Millionen € in die Schweiz schafft, diskutieren wir darüber, ob er Bewährung bekommt. Das entspricht nicht der Moral, zumindest nicht der Moral dieser Seite des Hauses.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir über **Steuern** reden, dürfen wir nicht vergessen, dass viele ein so geringes Einkommen haben, dass sie überhaupt keine Steuern zahlen. Sie müssen aber hohe **Beiträge** zahlen. Die werden durch das Steuersystem subventioniert. Wie wollen Sie das ändern? Indem Sie Kopfpauschalen in der Krankenversicherung und in der Pflegeversicherung einführen. Wir hingegen sagen: Derjenige der mehr zahlen kann, muss auch mehr zahlen. Wir wollen eine **Bürgerversicherung**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wenn man all das zusammenfasst, weiß man, was Sie unter Leistung verstehen. Unter Leistung verstehen Sie, dass diejenigen, die ganz viel haben, noch mehr bekommen und denjenigen, die sich krumm machen müssen, die hart arbeiten, die sich in einer schwierigen Situation befinden, noch etwas weggenommen wird. Sie nennen es "mutig", soziale Kürzungen vorzunehmen.

(Beifall SPD)

Ich sage Ihnen: Die Wähler haben ganz klar die Wahl.

(Beifall CDU und FDP)

- Jawohl. - Entweder sie wählen das schwarz-gelbe Bündnis aus Konservativen und Egoisten oder das rot-grüne Fortschritts- und Gerechtigkeitsbündnis. Das ist der Unterschied. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Callsen, das, was Sie heute hier abliefern, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist reinster Wahlkampf. Das ist Populismus. Sie legen keine eigenen Konzepte vor, noch nicht einmal der Ansatz ist zu erkennen.

Doch kommen wir zu den Fakten: Schuldenkanzlerin Angela Merkel hat seit 2009 über 100 Milliarden € Schulden gemacht. Auch die FDP, Herr Kollege Kubicki, hat in den Jahren mit der höchsten Neuverschuldung - das waren 1996 und 2010 - im Bund regiert. Während die Verschuldung steigt, werden enorme öffentliche Aufgaben wie die Energiewende verschlafen. Die öffentliche Hand lebt seit Jahren von der Substanz. Wir sehen das überall. Wir haben gestern hier über die Straßensanierung diskutiert. Wir könnten auch über unterfinanzierte Hochschulen oder marode Schulen hier im Land sprechen. Gleichzeitig steigt die Kluft zwischen Arm und Reich bei Einkommen und Vermögen. 10 % der Haushalte besitzen zusammen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat der Herr Stegner auch schon erzählt!)

- Das macht es ja nicht falscher, Herr Garg.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dem stehen 50 % der Haushalte gegenüber, die zusammen über gerade einmal 1 % des gesamten Nettovermögens verfügen.

(Rasmus Andresen)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was werfen Sie uns eigentlich vor? Vorwurf Nummer eins lautet, wir würden in der Finanzpolitik nur auf **Steuer- und Abgabenerhöhungen** setzen. Gleich hier machen Sie den ersten Fehler. Das grüne Finanzkonzept besteht zu 65 % aus **Aufgabenkürzungen** und der **Streichung** von unsinnigen **Subventionen** wie zum Beispiel der Streichung des Dienstwagenprivilegs.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ganz anders sieht es bei CDU und FDP aus. Letzte Woche wurden die Zahlen veröffentlicht. 21,8 Milliarden € Subventionen sollen an die Industrie ausbezahlt werden, und in Brüssel wird die EU-Abgasnorm blockiert. Ein Schelm, der eine Verbindung zu den Großspendern der CDU sieht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorwurf Nummer zwei: **Familien** werden schlechter gestellt. Es ist richtig, dass wir an das Ehegattensplitting heranrücken. Es subventioniert ein bestimmtes Lebensmodell auf Kosten aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das Splitting subventioniert den Trauschein und nicht die Kinder. Die Realitäten in Deutschland haben sich seit Adenauers Zeiten aber eben doch ein wenig geändert. Jedes vierte Kind profitiert nicht vom Ehegattensplitting. Alleinerziehende werden von Schwarz-Gelb im Regen stehen gelassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das ist nicht nur nicht passgenau, sondern das ist voll daneben geschossen. Die Förderung muss dahin fließen, wo Kinder sind. Deshalb wollen wir den Splittingvorteil abschmelzen und parallel eine Kindergrundsicherung einführen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In einer Alleinverdienerehe mit zwei Kindern ergibt sich dadurch eine Mehrbelastung erst ab einem Haushaltsbruttoeinkommen von etwa 6.500 €. Vorwurf Nummer zwei ist mit anderen Worten reine Panikmache.

Vorwurf Nummer drei lautet, unsere Steuerpolitik belaste den **Mittelstand**. Auch hier der Faktencheck: Wir werden den Grundfreibetrag von 8.100 € auf 8.700 € anheben. 90 % der Einkom-

mensteuerzahlerinnen und -zahler werden damit entlastet. Erst ab einem Jahreseinkommen von knapp 70.000 € fallen bei Alleinstehenden höhere Steuern an. Nur einmal zur Erinnerung: Das durchschnittliche Einkommen von Haushalten liegt nicht bei 70.000 €, Herr Kubicki, sondern bei etwa 46.000 € im Jahr. Hören Sie also endlich auf, die reichsten 10 % in Deutschland als Mittelstand zu maskieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Noch ein paar Sätze zum **Schuldenabbau**: Von den Bankenrettungspaketen haben vor allem Vermögende profitiert. Unsere Vermögensabgabe - das ist eine Abgabe und keine Steuer, Herr Kollege Callsen - sorgt dafür, dass sie solidarisch zurückgezahlt und angehäuften Schulden gezielt abgebaut werden. Unsere Vermögensabgabe ist im Übrigen auch so ausgestaltet, dass niemand überfordert wird und kleine und mittelständische Unternehmen geschützt sind. Durch hohe Freibeträge für Betriebsvermögen sind 90 % der Unternehmerinnen und Unternehmer gar nicht von der Abgabe betroffen. Macht ein Betrieb keinen Ertrag, muss die Unternehmerin oder der Unternehmer auch die Abgabe nicht zahlen. So einfach ist das.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Welche Alternative bieten Sie eigentlich? Wahlversprechen in einer Größenordnung von 30 Milliarden €, Lobbygeschenke für die Industrie und ein 4,8 Milliarden € schweres Betreuungsgeld als Wahlgeschenk für Horst Seehofer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Solide Haushaltspolitik gegen Merkels verschwenderische Schuldenpolitik. Vor dieser Alternative stehen wir bei der Bundestagswahl.

Im Land sieht Ihre Politik nicht viel besser aus: Strukturelle Null bis 2016, 60 Millionen € mehr für Beton, gleichzeitig 60 Millionen € große Löcher bei der Grunderwerbsteuer. Das passt alles nicht zusammen, ist aber alles CDU-Programm.

Wir Grüne hingegen entlasten über 90 % der Bürgerinnen und Bürger und investieren clever und gezielt in Bildung und Klimaschutz.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glauben doch nicht einmal Ihre eigenen Leute!)

(Rasmus Andresen)

Im Übrigen bin ich mir sehr sicher, dass wir dabei mit der SPD den besten Partner haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben lange überlegt, zum CDU-Antrag einen Änderungsantrag die Überschrift betreffend zu stellen. Die Überschrift hätte lauten sollen: Lautere Wahlkampfhilfe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die FDP! - Letztlich haben wir aber darauf verzichtet, das entsprechend zu formulieren.

Alle Welt beneidet uns um unseren **Mittelstand**; denn alle Welt hat begriffen, dass es der Mittelstand - die vielen Hunderttausend inhabergeführten Familienunternehmen - ist, die die Grundlage für unsere wirtschaftliche Stärke bildet. Alle Welt außer Rot-Rot-Grün beneidet uns, so könnte man sagen.

Der angesehene Wirtschaftsrat in Frankreich, ein Sachverständigenrat für Wirtschaft, hat 2006 auf die Frage, warum Frankreich im Vergleich zu Deutschland bei Beschäftigung, Kaufkraft und Konsumentenvertrauen so viel schlechter dasteht, geantwortet: In Frankreich fehlt vor allem ein breiter Mittelstand, so wie ihn Deutschland hat. Uns fehlen 10.000 Unternehmen á 300 Mitarbeiter. Hätten wir diese 3 Millionen neuen Beschäftigten, wären all unsere wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Probleme gelöst.

Mit den geplanten **Steuererhöhungen** setzt Rot-Rot-Grün die Axt an die Wurzeln unseres Wohlstands. Sie treffen damit die vielen **persönlich haftenden Familienunternehmen**. Deren Vermögen ist im Betrieb gebunden. Sie haben das nicht auf der hohen Kante oder unter dem Bettkissen, so wie Sie sich das anscheinend ausmalen. Man hat manchmal das Gefühl, die Roten und die Grünen glauben, es gebe so etwas wie Entenhausen, einen großen Safe, in dem Dagobert Duck das Geld verwahrt hat. Man müsse nur mit dem Tanklastwagen vorbeifahren, das Geld umschauflern, und schon seien die Probleme gelöst. In Wirklichkeit funktioniert die Wirtschaft aber anders. Was sollen die Unternehmer Ihrer Ansicht nach machen? Investitionen

zurückfahren? Maschinen verkaufen? Mitarbeiter entlassen?

Ihre Steuerpolitik trifft nicht den Aktionär, der im Ausland sitzt, sondern den regional verwurzelten Unternehmer, der in Generationen statt in Quartalen denkt.

Als hätte der liebe Gott ein Einsehen gehabt, hat er uns heute dokumentiert, dass auch Sozialdemokraten in Führungsverantwortung, wie beispielsweise die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel, Frau Gaschke, begriffen haben, was nicht sein kann: Erst Steuern erheben, die zu hoch sind, dann die Steuern nicht einziehen und diese anschließend erlassen mit dem Argument, es würden sonst Arbeitsplätze vernichtet werden.

(Beifall FDP)

Das ist genau das Argument, mit dem wir Sie davor bewahren wollen, eine Steuerpolitik im Bund umzusetzen, mit der man genau diesen Weg beschreiten würde.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Herr Dr. Dolgner, ich höre Ihnen und auch dem Kollegen Dr. Stegner immer wieder gern zu. Ich sage noch einmal: Ich verteidige den Rechtsstaat gegenüber jedermann, auch Ihnen gegenüber, Herr Dr. Stegner. Sie sollten wissen, dass es die Aufgabe von Anwälten ist, sich um den Rechtsstaat zu kümmern.

Der Einzige, von dem ich weiß, dass er ein leistungsloses Einkommen bezogen hat, waren Sie. Sie haben Aufsichtsratsanteile von der HSH Nordbank bekommen, ohne irgendetwas dafür geleistet zu haben.

(Beifall FDP und CDU)

Schließlich haben Sie im Untersuchungsausschuss erklärt, dass Sie an mehreren Sitzungen nicht teilgenommen hätten und im Übrigen auch nicht verstanden hätten, worum es ging.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist sehr egoistisch!)

Mit Ihrer Idee sind Unternehmen gezwungen, Vermögen zu liquidieren und auf Investitionen zu verzichten. Damit droht dem Land ein Ausverkauf seines Mittelstands.

Die Behauptung, man könne **Betriebsvermögen** bei der Vermögen- und Erbschaftsteuer schonen, Herr Kollege Andresen, verstößt gegen den Grundsatz der Gleichheit. Das wird vor Gericht keinen

(Wolfgang Kubicki)

Bestand haben, wie Sie anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gemerkt haben sollten. Im Übrigen lassen sich die von der SPD erwarteten Einnahmen aus der Vermögensteuer von 11,5 Milliarden € im Jahr ohne Einbeziehung von Betriebsvermögen gar nicht erzielen. Auch das sollten Sie nachrechnen können.

Die im Mittelstand verankerte Unternehmenskultur der Personengesellschaft, die Kombination von Verantwortung und persönlicher Haftung, ist doch das Fundament unserer stabilen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. An diesem Fundament wollen Sie rütteln. Sie würden es zum Einsturz bringen.

Da wirkt es nur noch wie Hohn, wenn ausgerechnet der Altkommunist Jürgen Trittin den Betroffenen rät, die Unternehmen dann doch in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, um der Anhebung des Spitzensteuersatzes zu entgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor einer solchen Steuerpolitik warnen nicht nur die Mittelständler und die FDP. Herr Kretschmann, grüner Ministerpräsident aus Baden-Württemberg, Herr Palmer, grüner OB aus Tübingen, und der baden-württembergische SPD-Finanzminister Schmid sahen sich gezwungen, mit einem Brandbrief vor den Konsequenzen einer solchen Politik zu warnen. Sie kennen die Konsequenzen rot-rot-grüner Steuerpläne. Allmählich scheint dies auch Herrn Gabriel zu dämmern. Anders kann ich mir seine Abstriche an dem so „glorreichen“ SPD-Steuerkonzept gar nicht erklären.

Glauben Sie denn wirklich, dass solche **massiven Steuererhöhungen** zur wirtschaftlicher Prosperität und zu Mehreinnahmen führen? Wer wie Sie die Steuern erhöhen will, der wird erfahren müssen, dass dies Konsequenzen auf die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** im Land haben wird.

Wenn eine solche Politik beschlossen werden würde, dann würden am Ende im Ergebnis nicht Steuermehreinnahmen stehen, sondern Steuerminder-einnahmen. An dieser Stelle empfehle ich Ihnen, die Autobiographie von Peer Steinbrück zu lesen. Lesen Sie das einmal nach. Der Mann ist doch ein herausragend guter Ökonom, der Ihnen genau das unter die Nase reibt.

Das Lebendbeispiel Frankreich kann besichtigt werden.

Mit dieser Politik würden auch die vielen Leistungsträger aus der Mitte der Gesellschaft für ihr Engagement und ihre Leistung bestraft. Wem ist denn wirklich geholfen, wenn unternehmerische In-

vestitionen ausbleiben, weil Steuersätze steigen? Wem hilft ein Überbietungswettbewerb um die höchsten Steuersätze? Den dann neuen Arbeitslosen? Den Armen? Der sozialen Gerechtigkeit an sich?

Statt sich dabei zu überbieten, wer mehr verteilen möchte, sollten Sie dafür Sorge tragen, dass der Kuchen, den es zu verteilen gibt, größer wird. Stattdessen glänzen Sie bisher durch Gesetzentwürfe, die vor allem das Wirtschaftswachstum bremsen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nachhaltig einschränken. Vergabegesetz, Sparkassengesetz - in der Folge wird die Sparkasse Südholstein 130 Mitarbeiter entlassen; das ist das Ergebnis Ihrer Politik, Herr Dr. Stegner -,

(Beifall FDP und CDU)

Zentralisierung der Regionalplanung und Kürzung der Investitionen - Rückschritt, wohin man nur blickt.

Ein Blick nach **Frankreich** zeigt uns doch, wohin eine verfehlte Politik von immer höheren Steuern und immer mehr Umverteilung führt, nämlich zu weniger Wohlstand, zu stagnierenden Löhnen und zu mehr Arbeitslosigkeit. Wollen Sie dahin? Dann sind Sie mit Ihren Steuerplänen auf dem Weg dahin. Herr Dr. Stegner, Herr Andresen, die Menschen werden am 22. September 2013 darüber entscheiden, ob sie das wollen oder nicht.

Ihre Behauptung, kleine und mittlere Einkommen seien von Ihren Planungen nicht betroffen, ist schon deshalb falsch, weil durch Ihr Konzept der Streichung der Kilometerpauschale jeder, der auf dem Land lebt, vom ersten Euro an betroffen sein wird, weil er keine Abzugsmöglichkeit mehr hat und damit mehr Steuern zahlen muss als bisher. Hören Sie also auf, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Ihr Konzept für Deutschland führt ins Nirwana. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nirwana soll kein schlechter Ort sein!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich danke, Frau Präsidentin! - Sehr geehrte Damen und Herren! Die im vorliegenden Antrag ange-mahnten mutmaßlichen Konsequenzen rot-grüner

(Torge Schmidt)

Steuerpläne sind aus unserer Sicht und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch aus Sicht vieler anderer im Saal in erster Linie als Versuch zu werten, angesichts der anstehenden Wahl zum Deutschen Bundestag noch einmal mit dem Thema Steuerpolitik in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erreichen.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie alle Beiträge heute!)

Die Verfasser scheuen sich auch nicht, zu einem Rundumschlag anzusetzen. Dabei wird mehr Wert auf Quantität als auf inhaltliche Qualität gelegt. Mit diesem Antrag soll der Landtag aufgefordert werden, sich Feststellungen anzuschließen, die nur sehr grob gezeichnet sind und deren Begründungen nicht oder nur unzureichend belegt sind. Der sehr pointierte und vereinfachte Stil des Antrags gibt zu denken, ob es die CDU wirklich für legitim hält, unsere Zeit darauf zu verwenden, Wahlkampfthesen zu wälzen.

(Beifall PIRATEN)

Auffällig ist auch, dass geringe Anstrengungen unternommen werden, die Positionen von SPD und Grünen voneinander abzugrenzen. Es würde durchaus Sinn ergeben, wenn sich das inhaltlich auch an die Landesregierung richten würde. In diesem Antrag findet sich aber nur ein Hinweis auf die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Alles Vorherige bezieht sich eindeutig auf die Parteiprogramme zur Bundestagswahl. Dabei soll der Zweck erfüllt werden, die Begriffe „**Steuererhöhungen**“ und „**Rot-Grün**“ möglichst oft im gleichen Satz zu erwähnen.

Die angeführten Beispiele erscheinen folgerichtig verkürzt. An Belegen fehlt es fast völlig. So ist beispielsweise im Wahlprogramm der Grünen zum Thema Ehegattensplitting zu lesen, dass dieses nicht umgehend ersatzlos gestrichen werden soll, wie dies im vorliegenden Antrag behauptet wird, sondern gefordert wird, den Splittingvorteil zunächst zu deckeln und schrittweise innerhalb von zehn Jahren abzubauen. Dies ist nur ein Beispiel.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir PIRATEN wollen übrigens das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung von Erwerbstätigen ersetzen und die Vorsorge nicht einseitig bevorzugen. Steuerliche Vergünstigungen sollten an die Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen Menschen gebunden sein.

(Beifall PIRATEN)

Sätze wie „Berechnungen belegen, dass die Pläne für jede dritte Familie mehr Belastungen bedeuten“, ohne dass darauf eingegangen wird, wessen Berechnungen das sein sollen und auf welchen Datengrundlagen diese beruhen, sind kein Beispiel dafür, Transparenz und Nachvollziehbarkeit als Mittel parlamentarischer Arbeit darzustellen.

(Beifall PIRATEN)

Hätten Sie Ihre **Berechnungsgrundlage** im Vorfeld zur Verfügung gestellt, wären wir in der Lage gewesen, die im Wahlkampf Antrag gestellten Thesen stärker auf ihre Schlüssigkeit hin zu überprüfen, aber das wäre vermutlich gar nicht im Sinne der Antragsteller, wenn man sich das hier anschaut. Behauptungen, dass die angeprangerten Steuerpläne vor allem die Mittelschicht belasteten, kommen in Wahlkampfzeiten natürlich immer gut, aber wenn Sie möchten, dass derartige Vorschläge bei uns positiv aufgenommen werden, sollten Belege da sein.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

So stellt beispielsweise eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft fest, dass die Vorschläge von SPD und Grünen zum Einkommensteuertarif und zur Kapitalbesteuerung nur die einkommensstärksten 5 % aller Haushalte in nennenswertem Umfang zusätzlich belasten würden. Das Verbreiten verkürzter Informationsschnipsel gehört zu den Dingen, die wir PIRATEN ablehnen, auch für Wahlkampfzwecke.

(Beifall PIRATEN)

Wir stehen für Transparenz und sachbezogene Auseinandersetzungen mit klar strukturierten und deutlich belegten Inhalten. Wenn man sich diesen Antrag also einmal anschaut, stellt sich die Frage, ob dieses Plenum hier der geeignete Ort ist und ob die Zeit des Parlaments nicht auch hätte sinnvoller genutzt werden können.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kollegen des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU kritisiert in allen acht Punkten Forderungen, die dazu beitragen sollen, die **Einnahmesituation des Staates** zu verbessern; ob es nun um die Reform der Einkommensteuer geht,

(Lars Harms)

um die Erbschaft- oder die Kapitalertragsteuer. Man kann das „Steuererhöhungen“ oder „Einführung neuer Steuern und Abgaben“ nennen und so suggerieren, als ob diese möglichen Maßnahmen ein Selbstzweck seien. Eine saubere Argumentation ist das aber nicht.

Im Bundestagswahlkampf geht es darum, wie dem Bundeshaushalt mehr Spielraum gewährt werden kann, schließlich haben viele kleine und große Entscheidungen - auch Fehlentscheidungen - der letzten Jahre und Jahrzehnte der Einnahmeseite nicht gerade gutgetan. Das hatte Auswirkungen auf die **Strukturen**, die der Staat nicht mehr vollumfänglich zur Verfügung stellen kann. Den bessergestellten Bürgerinnen und Bürgern mag das auch ziemlich schnuppe sein. Sie können sich Dienstleistungen wie Nachhilfe, private Schulen oder Kinderbetreuung einfach auf dem Markt kaufen. Die Durchschnittsverdiener und die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich mit Werkverträgen, Mini-Jobs oder Teilzeitverträgen durchschlagen, brauchen dagegen eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur für sich und ihre Kinder.

Um diese Strukturen zu erhalten, ist man bei Schwarz-Gelb in Berlin auf die Idee verfallen, die Zahl der Nutzer zu senken: durch hohe **Kita-Beiträge** und durch das sogenannte **Betreuungsgeld**. Ich bin der festen Überzeugung, dass Fernhalteprämien und Ausgrenzungsprogramme aber das falsche Mittel sind. Sie reduzieren vielleicht die Zahl der Nutzer von Kindergärten und Kinderkrippen, führen aber zu Benachteiligung, weil sie darauf spekulieren, dass einkommensschwache Haushalte auf den monetären Anreiz anspringen und lieber das kleine Geld nehmen als die Kita-Angebote, und das, meine Damen und Herren, ist falsch.

(Beifall SSW)

Gerade Kinder aus diesen Haushalten sind auf die Bildungsangebote angewiesen. Die Kitas sind Bausteine einer Politik der Chancengleichheit. Kinder sollten nach Talent und nicht nach sozialer Herkunft gefördert werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unseren Kitas werden alle Kinder gefördert, und jedem Einzelnen werden individuelle Angebote gemacht. Für die Qualität und Tiefe der Angebote spielt das Einkommen der Eltern glücklicherweise keine Rolle. Darum müssen die Kitas auskömmlich finanziert werden, und dazu kann dann auch eine steuerliche Maßnahme notwendig sein.

Der Staat muss allerdings nicht nur **neue Strukturen** schaffen, sondern auch, wie wir in Sachen Verkehrspolitik gestern gerade wieder lernen mussten, **ausreichende Mittel** haben, um diese Strukturen instandzuhalten. An der einen oder anderen Stelle genügt eine Anschubfinanzierung in Form eines Modellprojektes, das sich nach seiner Bewährung in einer stabilen Struktur auch durchaus in nicht-staatliche Stellen überführen lässt. In den weit überwiegenden Fällen, wo es um Integration oder Teilhabechancen geht, muss der Staat mit aller Energie für verlässliche Strukturen eintreten. Das ist sein grundgesetzlicher Auftrag, für den er schlicht und einfach Geld benötigt. Damit sind wir wieder bei den Ideen für eine bessere Einnahmesituation des Staates. Ich würde mir in diesem Zusammenhang einen Wettbewerb guter Ideen wünschen, bei dem eine Gesellschaft um die optimale, solidarische Lösung ringt. Der Bundestagswahlkampf wäre dafür eigentlich ein gutes Forum. Aber leider müssen wir feststellen, dass das bisher noch nicht so geglückt ist.

Die weit überwiegenden Punkte, die der Antrag anführt, setzen sich mit steuerlichen Fragen des Bundesgesetzgebers auseinander. Seit vielen Jahren fordert der SSW das Ende des **Ehegattensplittings**, weil das Geld von Familien mit Kindern zu Familien ohne Kinder umverteilt wird. Das Ehegattensplitting ist keineswegs das familienpolitische Non-plus-ultra, als das es der CDU-Antrag darstellt. Die Antragsteller bemühen sich nicht einmal um eine inhaltliche Auseinandersetzung, sondern schütten einen Kübel von Desinformationen aus. In Sachen angeblicher Wahlfreiheit, die das Ehegattensplitting angeblich gewährt, bezahlen doch tatsächlich vor allem die Frauen die Rechnung. Als Rentnerinnen werden die Frauen die Konsequenzen der heruntergerechneten Sozialbeiträge bei der Altersversorgung empfindlich zu spüren bekommen. Dann allerdings ist es zu spät. Deswegen müssen Eltern mit Kindern gefördert werden und nicht Doppelverdiener ohne Kinder. Das ist rückwärts gewandt.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lars Harms, habe ich Sie dahin gehend richtig verstanden, dass Ihr Plädoyer, was das Ehegattensplitting angeht, darauf hinausläuft, dass Sie sich öffentlich dagegen aussprechen, dass das Ehegattensplitting auch für nichteheliche Lebensgemeinschaften beziehungsweise für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, die Verantwortungsgemeinschaften sind, eingeführt wird?

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege Wolfgang Kubicki, solange es das Ehegattensplitting gibt, müssen sowohl gleichgeschlechtliche - ich sage schon "Ehepaare", leider sind sie es noch nicht; ich würde mir wünschen, dass es so ist - Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichgestellt sein. Das habe ich schon mehrfach in diesem Parlament gesagt.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Daran ändert sich auch nichts. Wenn das Ehegattensplitting irgendwann einmal abgeschafft wird, dann wird es selbstverständlich auch für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften abgeschafft. Sollten gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften Kinder haben, die sie erziehen, dann werden sie auch in den Genuss eines Zuschlags für Kinder kommen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Insofern, glaube ich, ist Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und Ehegattensplitting typisch für unsere Koalition. Das wollen wir. Dafür stehen wir ein, und das werden wir auch weiterhin verfolgen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Insofern, glaube ich, geht der Vorwurf, der in Ihrer Frage war, ein bisschen ins Leere.

Ich wollte noch einmal darauf hinweisen: Wir entziehen Eltern durch das Ehegattensplitting Möglichkeiten, eben steuerlich begünstigt zu werden, dadurch, dass wir auch Doppelverdiener mitfinanzieren, die eben nicht Kinder erziehen. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass es nicht um steuerliche Maßnahmen an sich geht, sondern um eine gerechte Verteilung von Lasten in einer Gesellschaft.

Daran, dass man sich für mehr **Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit** für unsere Gesellschaft einsetzt, auch mit steuerlichen Mitteln, kann ich eigentlich nichts Verwerfliches finden. Im Gegenteil, für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und für die Zukunftsfähigkeit des Landes ist ein Staat, der seine Aufgaben erfüllen kann und in Bildung und in die Zukunft der Kinder investiert, eigentlich notwendig. Dafür, Meine Damen und Herren, sind auch **steuerliche Maßnahmen** sinnvoll. Der Staat muss das Geld haben, damit er diese Leistungen, die für die Menschen wichtig sind, auch vorhalten kann.

Deswegen glaube ich, dass die Maßnahmen, die vorgeschlagen worden sind, richtig sind. Insofern hoffe ich, dass bei der Bundestagswahl die richtige Mehrheit herauskommt.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat der Kollege Tobias Koch von der CDU-Fraktion.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist durchaus ungewöhnlich, dass ein Antrag der Opposition hier von den Regierungsfractionen selber an so prominenter Stelle als Tagesordnungspunkt gesetzt wird. Aber das hatte sich der Kollege Dr. Stegner so schön gedacht: Heute hier noch einmal jegliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger verteufeln und stattdessen mit aller moralischer Überheblichkeit, wie wir es gesehen haben, das Hohelied der Steuererhöhungen singen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er ist der Staat!)

Und dann kam Peer, und auf einmal war auch bei der SPD von Steuersenkungen die Rede. Gabriel deklarierte Steuern einmal als nicht sexy, Steuern zahlen sei nicht sexy.

(Christopher Vogt [FDP]: Mit dem Thema kennt er sich aus!)

Wissen Sie, Herr Stegner, was Ihr Wirtschaftsminister, Reinhard Meyer, gestern Abend beim Sommerempfang des Handwerks verkündet hat? Er hat verkündet, er sei gegen eine **Vermögensteuer** auf Substanz.

(Beifall CDU und FDP)

(Tobias Koch)

Aber worauf dann? Es ist doch das Wesensmerkmal einer Vermögensteuer, dass sie eben nicht Erträge, sondern Substanzwerte besteuert. Wenn man die ausnimmt, dann bleibt da nichts, dann ist das null.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Die SPD hat für alle etwas!)

Von Steinbrück heißt es jetzt: Vermögensteuer, aber nicht auf Betriebsvermögen. Aber rechtlich geht das nicht. Auch Ihre Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn Sie Betriebsvermögen ausnehmen, dann kommen Sie nicht mehr auf die Milliardensummen, die Sie in Ihrem Konzept eingeplant haben. Gleichzeitig erlässt die Kieler Oberbürgermeisterin einem Steuersünder ohne Prüfung im Eilverfahren Millionen € an Steuerzahlungen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hört hört!)

Was macht die SPD stattdessen? Stattdessen blockieren Sie seit Monaten - Johannes Callsen hat darauf hingewiesen - den hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Entlastung von der kalten Progression.

(Beifall CDU und FDP)

Trotz Steuermehreinnahmen in Millionenhöhe aus den zig tausend Selbstanzeigen nehmen Sie dieses Geld nicht, um den Arbeitnehmern die kalte Progression zu ersparen. Das ist SPD-Blockade-Politik à la Lafontaine zu schlimmsten Zeiten. Da haben Sie nicht das Wohl der Menschen im Blick, sondern allein Ihre Parteitaktik, Ihre Ideologie und die Wahlaussichten am 22. September 2013.

(Beifall CDU und FDP)

Das alles passt bei Ihnen überhaupt nicht zusammen.

(Unruhe)

Deswegen ist es richtig, was der „Spiegel“ diese Woche schrieb:

„Für das geplante Bündnis mit der SPD war die Steuererhöhungssache zentral. Was bleibt nun von Rot-Grün? Eben, nicht viel.“

Meine Damen und Herren, deswegen sagen wir ganz herzlichen Dank für Ihren heutigen Änderungsantrag, mit dem Sie Ihre Steuererhöhungssorge noch einmal formell beschließen wollen. Machen Sie dazu in den nächsten Wochen möglichst viel Pressearbeit!

(Beifall CDU und FDP)

Sagen Sie den Bürgern, was Sie vorhaben! Verkünden Sie, dass Sie das Ehegattensplitting abschaffen

wollen! Sagen Sie das! Das ist die beste Wahlwerbung, die Sie für uns betreiben können. Die schlechten Umfragewerte von Rot-Grün kommen ja nicht von ungefähr. Deswegen werden die Bürgerinnen und Bürger am 22. September 2013 genau wissen, was sie zu tun haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stegner von der SPD-Fraktion.

(Unruhe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist das eigentlich für ein merkwürdiger Vorwurf, es gehe um Wahlkampf, wenn Sie einen Antrag zur Steuerpolitik stellen, wo es natürlich um die Bundespolitik geht. Wo, wenn nicht im Parlament, soll man in öffentlicher Debatte deutlich machen, wo die Unterschiede liegen! Das gehört ins Parlament, und es ist gut, dass Menschen zuhören.

(Zurufe)

Wenn Sie von der **Entlastung der Bürger** reden, dann meinen Sie immer nur die obersten 5 % der Bürger. Das sind Ihre Bürger.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch FDP)

Wir entlasten Bürger ganz anders, wir wollen Bürger von den Beiträgen entlasten. Hören Sie doch auf, uns zu erzählen, wir würden den Mittelstand kaputt machen. Wir schützen den Mittelstand vor Dumpingkonkurrenz, und Sie blockieren faire Löhne. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe FDP)

Sie sind für Dumpinglöhne, Sie wollen nicht Konkurrenz, gute Arbeit und gute Dienstleistungen, sondern Sie wollen Konkurrenz darum haben, wer seine Arbeitnehmer am schäbigsten behandelt. Wir schützen ordentliche Arbeit, die ordentlich bezahlt wird. Das unterscheidet uns beide fundamental.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Da das ja die Abschiedsvorstellungen sind, gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müssen mich noch ein paar Landtagstagungen ertragen, noch mindestens zwei, Herr Dr. Stegner. - Unabhängig von dieser Frage - -

(Unruhe)

Er geht jetzt zumindest davon aus, dass wir in den Deutschen Bundestag kommen. Das war früher ja schon einmal ganz anders. Vielen Dank!

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, wenn ich Sie so höre, frage ich Sie jetzt - ich bitte wirklich um eine Antwort -: Ist der **Steuererlass**, den die **Oberbürgermeisterin** der **Landeshauptstadt Kiel**, SPD, bei der Finanzlage der Landeshauptstadt Kiel für ein Unternehmen in Höhe von mehreren Millionen € durchgeführt hat, eine richtige oder eine falsche Entscheidung?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ist das legal oder legitim?)

- Ich habe aus den Kreisen der FDP-Fraktion gehört, dass - egal, ob Sie reinkommen oder nicht - die ganz schnell einen Nachfolger wählen wollen. So ist mir das berichtet worden. Schauen wir einmal, was dabei herauskommt. Das wollen die sicherstellen, Herr Kollege Kubicki.

Was Frau Gaschke betrifft, ist dieser Punkt genau der, den Sie vorhin fälschlicherweise behauptet haben. Bei der Erbschaftsteuer ist es nämlich heute schon so, dass man vermeidet, dass Unternehmen in die Pleite gehen. Es gab eine Kleine Anfrage beim Deutschen Bundestag, wo nachgefragt worden ist, ob die Behauptung richtig sei, die Erbschaftsteuer, die wir wollen, würde Unternehmen ruinieren. Anders als Sie behaupten, wollen wir keine Arbeitsplätze kaputt machen, sondern es gibt Möglichkeiten, mit Stundungen und anderen Methoden zu verhindern, dass Arbeitsplätze kaputtgehen, weil zum Beispiel Manager Unfug gemacht haben oder Ähnliches mehr. Insofern ist die Behauptung, das sei eine Substanzbesteuerung, definitiv falsch.

Das Problem, das wir haben, ist ein ganz anderes. Durch die CSU-Verwässerungen im Erbschaftsteu-

ergesetz haben wir momentan einen Vorlagebeschluss, wo geklärt werden muss, ob das noch verfassungsgemäß ist, was da stattfindet. Am Ende könnte die Erbschaftsteuer womöglich genauso wegfallen. Wenn man sich einmal anguckt, was da bundesweit reinkommt, muss man sich schon sehr wundern, wie wenig das eigentlich ist. Andere Länder, die keine sozialistischen Länder sind, nehmen deutlich mehr ein. - Sie müssen sich ein bisschen gedulden mit der Antwort, wenn Sie so etwas fragen.

(Heiterkeit)

In Ihrem Alter wird man normalerweise geduldiger, Herr Kollege Kubicki.

(Zurufe)

Was Frau Gaschke angeht, kenne ich den Vorwurf nicht im Detail und kann ihn insofern hier nicht kommentieren.

(Zurufe CDU und FDP)

- Sehen Sie, das unterscheidet mich von Ihnen, dass ich nur über Dinge rede, über die ich im Detail Bescheid weiß, im Gegensatz zu Ihnen.

(Zurufe CDU und FDP)

Ich habe das in der Zeitung gelesen. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel die Frage, ob sie von dem Unternehmen überhaupt Steuern bekommt, mit der Frage, ob das dann in die Insolvenz geht, abwägt. Das heißt aber nicht, dass man duldet, dass sich Unternehmen ihrer Steuerpflicht entziehen. Die gehören verknackt, wenn sie dies tun. Wir wollen gegen Steuerkriminalität vorgehen. Auch das unterscheidet uns von Ihnen. Das ist der Unterschied.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW] - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Möchten Sie im Stehen weiter zuhören, oder möchten Sie eine weitere Frage stellen?

(Zurufe)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich möchte eine Ergänzungsfrage stellen!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann frage ich den Abgeordneten Stegner, ob er dies zulässt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Die Freiheit in Person, bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Dr. Stegner, ich weiß, dass es Sie ärgert, dass Sie auf Plakaten nicht so gut abgebildet werden wie ich. Das kann ich nachvollziehen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Herr Dr. Stegner, es geht hier nicht um Erbschaftsteuer, sondern um Gewerbesteuer. Habe ich Sie richtig verstanden, wenn Unternehmen durch eine Steuer in ihrer Existenz bedroht sein könnten, dass auch Sie der Auffassung sind, dass die Steuer dann nicht erhoben, sondern erlassen werden soll?

- Ich bin der Auffassung, dass Gewerbesteuer gezahlt werden muss. Ich bin im Übrigen der Auffassung, dass Gewerbesteuer auf Rechtsanwälte und andere ausgedehnt werden sollte, die von der Infrastruktur genauso einen Nutzen haben, und nicht nur bei Handwerksbetrieben und anderen gelten sollte. Das war meine erste Bemerkung. - Sie fragen, was Sie wollen, und ich antworte, was ich will. Okay? Das ist eine gute Verteilung.

(Unruhe)

Zweitens. Wenn man in der konkreten Situation - es passiert FDP-Leuten ja eher selten, dass sie Oberbürgermeister werden - ist, Oberbürgermeisterin zu sein und eine Verantwortung zu haben, auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kann man auch mal ein Auge zudrücken?)

dann muss abgewogen werden, wie man es mit der Eintreibung solcher Steuern macht.

(Zurufe FDP: Oh!)

Daraus kann man aber nicht schlussfolgern, dass man dagegen ist, die Steuern zu erheben.

Im Übrigen, dass dieses Unternehmen offenkundig so lange steuersäumig ist, mag vielleicht auch daran liegen, dass Dinge im Management des Unternehmens nicht so sind, wie sie sein sollten. An den Arbeitnehmern liegt es jedenfalls ganz bestimmt nicht. Insofern wird Frau Gaschke eine Abwägung vornehmen, von der ich annehme, dass sie vernünftiger ist, als wenn Sie sie vornähmen. Wir schauen einmal, was dabei herauskommt.

Ich möchte gern fortfahren - obwohl Stehen gesund ist, Herr Kollege Kubicki, Sitzen ist ja nicht gut für die Bandscheibe.

(Zuruf FDP)

Drittens. Es liegt an der FDP, dass wir die **Spekulationssteuer** in Europa nicht bekommen. Was machen wir? Die Arbeitnehmer in Griechenland und anderswo werden zur Kasse gebeten. Die haben 50 % Jugendarbeitslosigkeit. Statt die an dem zu beteiligen, was Sie angerichtet haben, indem Sie die Spekulationssteuer verhindern, verhindern Sie, dass Frau Merkel ihr Versprechen einlöst. Das ist ein Skandal, der uns einholen wird, weil wir Exportland sind. Auf Dauer wird es uns nicht gut gehen, wenn unsere Nachbarländer alle daniederliegen und 50 % Jugendarbeitslosigkeit haben. Auch das ist ein Unterschied.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Herr Kollege Koch und Herr Kollege Callsen reiten immer wieder darauf herum, dass wir das **Tariftreugesetz** verabschiedet haben, dass wir das **Mitbestimmungsgesetz** verabschiedet haben, dass wir die **Privatisierung der Sparkassen** verhindert haben. Ja, Sie haben recht. Sie können dagegen Sturm laufen, soviel Sie wollen. Wir haben vor der Wahl angekündigt, dass wir dies tun, weil wir für das Gemeinwohl sind, weil wir für faire Löhne sind, weil wir gegen Privatisierungen sind. Wir werden das machen, ob Ihnen das passt oder nicht. Sie können dagegen randalieren, soviel Sie wollen.

(Zurufe CDU und FDP)

Ich sage Ihnen eines: Die meisten Bürgerinnen und Bürger, die zur Wahl gehen, zahlen entweder gar keine Steuern, oder sie zahlen relativ geringe Steuern, und sie müssen hart arbeiten und zahlen hohe Beiträge. Die, die Sie schützen wollen und die Sie wählen, zeigen im Grunde genommen nur, dass die FDP die Partei der Besserverdienenden bleiben will. Mal gucken, wie viel Prozent Sie dafür zusammenkriegen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und Sie mit Ihren 25 %!)

Das ist der Unterschied. Was Sie und uns unterscheidet, ist, dass wir der festen Überzeugung sind, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie wählen doch auch heimlich FDP! - Heiterkeit)

- So schlecht könnte es mir gar nicht gehen, dass ich auf die Idee kommen würde, so etwas zu tun.

(Zurufe)

Unsere Auffassung ist die, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Deswe-

(Dr. Ralf Stegner)

gen begrüße ich jede Rede, wo FDP- oder CDU-Leute sagen, welche Steuerpolitik sie wollen. Das ist eine, die sich gegen das Gemeinwohl richtet, das ist eine egoistische Steuerpolitik. Die Mehrheit der Menschen sind keine Egoisten. Sie werden keine Mehrheit für Schwarz-Gelb kriegen. Schwarz-Gelb ist nämlich bei den letzten 12 Wahlen überall abgewählt worden. Warten Sie auf den 22. September 2013; da wird das genauso sein. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass beide Reden des Kollegen Stegner von der Öffentlichkeit gehört wurden. Dann kann man nämlich wunderbar feststellen, wie er sich in beiden Reden herrlich widersprochen hat. In der ersten Rede hat er uns noch an seinem statistischen Wissen teilhaben lassen und an der Aufarbeitung von Steuerstatistiken. Da wollte er uns glauben machen, dass die Steuerbelastung völlig asymmetrisch zugunsten von Schwächeren verteilt sei ebenso wie die Vermögensverteilung.

Es gibt nur ein Problem, sehr geehrter Herr Dr. Stegner. Ich möchte Sie mit einem Zitat konfrontieren, das nicht von Wolfgang Kubicki und nicht vom Spitzenkandidaten der FDP stammt, sondern von Ihrem Kanzlerkandidaten, der da schreibt:

„Zurück zum Mythos der zu geringeren Besteuerung der vermeintlich Reichen. Auch er verliert seine Ausstrahlung durch trockene Statistik. Das oberste Einkommensdezil, die 10 % mit dem höchsten Einkommen, erbringt 52 % des Aufkommens der Einkommensteuer; das oberste Einkommensfünftel leistet 68 % aller Steuerzahlungen. Die unteren 50 % aller Einkommensteuerpflichtigen tragen hingegen gerade einmal 6,5 % und die untersten 20 % lediglich 0,1 % zum Steueraufkommen bei.“

(Beifall FDP und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das jetzt der verteilungspolitische Skandal, den Sie hier anprangern?

Der Kollege Andresen, finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion, stellt sich hier hin und behauptet - wahrscheinlich weiß er es nicht besser - Unsinn über das Ehegattensplitting. Der Kollege Harms behauptet implizit, dass Kita-Beiträge vom Bund festgesetzt werden. Ich hoffe wirklich, dass Steuerpolitik in diesem Wahlkampf eine Rolle spielt, weil Sie nämlich steuerpolitisch nur noch mitleiderregend sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich gestatte die Zwischenfrage gleich. Ich möchte nur gern meinen Gedanken zu Ende führen. Vielleicht animiert das den Kollegen Stegner ja zu weiteren rhetorischen Höhenflügen.

Herr Kollege Andresen, was Sie hier immer wieder beispielsweise über Lobbyistenvereine und über die Privilegierung bestimmter Gruppen gesagt haben - -

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Kollege Andresen, das stimmt doch! 2009 in Bayern: 7 % Mehrwertsteuer auf Gastfreundschaft. Der Landesverband der Grünen in Bayern fordert die Landesregierung auf, endlich diesem Schritt zu folgen, obwohl die schwarz-gelbe Koalition das im Bund gerade getan hat. Ihre Fraktion in Bayern will genau das von Ihnen immer wieder verteufelte Privileg. Das ist im Übrigen bei der SPD in Bayern nichts anderes. Sie erzählen hier wirklich Blödsinn. Sie versuchen, Schwarz-Gelb zu diffamieren, weil Sie in Wahrheit nichts anderes wollen als dem Mittelstand an den Kragen.

(Beifall FDP und CDU)

Sie, Herr Kollege Andresen, verwechseln mal eben Mittelstand mit Mittelschicht. Sie stellen sich hier hin und haben noch nicht einmal eine Ahnung davon, ob es Mittelschicht oder Mittelstand ist. Mittelstand, Herr Kollege Andresen, das sind die Unternehmerinnen und Unternehmer. Das ist die Stütze unserer Wirtschaft. Das sind diejenigen, die dafür sorgen, dass überhaupt einmal etwas erwirtschaftet wird, was Sie verteilen wollen.

(Beifall FDP und CDU)

(Dr. Heiner Garg)

Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen: Tun Sie uns den Gefallen, und machen Sie die nächsten vier Wochen so weiter. Dann werden Sie nicht 12 % hinter Schwarz-Gelb liegen, sondern 20 %.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie müssen Ihre Rede beenden. Sie haben noch die Möglichkeit, die Zwischenfrage von Herrn Stegner, die Sie zulassen wollten, zu beantworten.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay. - Herr Stegner, bitte!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lassen Sie mich mit einer Bemerkung beginnen. Wenn ich die letzten zwei Minuten Ihres Auftritts richtig wahrgenommen habe, dann könnte man mit Goethe dazu sagen: Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Kraft und Einsicht fehlt. - Das konnte man bei Ihnen gerade eben feststellen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist aus "Torquato Tasso", wenn Sie es nachlesen wollen.

Ich wollte gern von Ihnen wissen - Punkt 1 -, ob Sie bestreiten, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung, die ich hier in Zahlen dargelegt habe, der Wirklichkeit entspricht? Bestreiten Sie das? Ich habe mich nämlich der neuesten Zahlen bedient, die es dazu statistisch gibt.

Zweitens haben Sie mir gerade recht gegeben, als ich vorhin ausgeführt habe, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gar keine Steuern bezahlen, weil sie ein viel zu geringes Einkommen haben. Insofern haben Sie mit Ihrer Aussage nur meine These belegt. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, ich bestreite Ihren kläglichen Versuch, so zu tun, als ob Deutschland ein

Land sei, das kurz vor der Verelendung stünde, und als ginge es den Menschen in Deutschland schlechter. Gott sei Dank ging es noch nie so vielen Menschen in Deutschland so gut wie heute. Damit es noch mehr Menschen in Deutschland gut geht, werden sich diese Menschen vermutlich für die Politik der amtierenden Bundesregierung aussprechen.

(Beifall FDP und CDU)

Darauf hofft Ihre Landesregierung ja in Wahrheit auch; denn sie setzt ja geradezu auf den Erfolg von Schwarz-Gelb, damit die Steuereinnahmen weiter sprudeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Der Abgeordnete Kubicki von der FDP-Fraktion hat sich noch einmal gemeldet. Bitte schön!

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Nein, Herr Kollege Andresen. - Aber weil wir ja erleben, dass der Kollege Stegner immer in völliger Ruhe und Gelassenheit sachlich die Argumente hier in den Saal hineinplumpsen lässt,

(Heiterkeit FDP und CDU)

will ich ihn mit ein paar Dingen konfrontieren, die ihn als Sprecher der Linken in der SPD mit Blick auf seine Angriffe auf andere vielleicht doch zum Nachdenken anregen sollten. Er hat uns ja auch vorgeworfen, wir seien gegen die Spekulationsteuer, gegen die Finanztransaktionsteuer und andere Dinge mehr. Ich sage einmal: Man kann über alle Steuerarten reden. Aber jede Steuer hat nicht nur eine fiskalische, sondern auch eine ökonomische Wirkung. Da Sie mir das ja nicht glauben, möchte ich Sie mit dem konfrontieren, was Ihr Kollege Schmid, Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg, SPD, dazu sagt.

(Martin Habersaat [SPD]: Sonst auch noch einmal die Grünen aus Bayern!)

- Ja, es gibt offensichtlich Sozialdemokraten, Herr Habersaat, die gelegentlich intelligenter sind als Ihre Zwischenrufe.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Deshalb finde ich es bemerkenswert, dass der Kollege Stegner hier wie ein HB-Männchen durch die Gegend läuft, aber einfach ignoriert, dass **Herr**

(Wolfgang Kubicki)

Schmid interessanterweise einen **Brief** an den **Bundesfinanzminister** geschrieben hat, in dem er händeringend darum gebeten hat, von der Finanztransaktionsteuer Abstand zu nehmen. Er hat erklärt, er sei sehr besorgt über die bisher bekannten Pläne. Wörtliches Zitat von ihm aus dem Schreiben:

„Sollte die Finanztransaktionsteuer entsprechend den bisherigen Plänen eingeführt werden, dürften sich nach ersten Abschätzungen gravierende Auswirkungen in bestimmten Marktsegmenten ergeben. Diese würden zu Engpässen für die über diese Märkte durchgeführte Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute, aber auch der Realwirtschaft und der öffentlichen und privaten Haushalte führen.“

Und er fügt hinzu, das gebe ihm doch zu denken. - Klug ist er, und recht hat dieser Mann. Das sollte vielleicht auch Ihnen zu denken geben; denn jede Maßnahme, die Sie ergreifen, hat immer auch Auswirkungen auf die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft**. Daher muss es uns darum gehen, diese Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit möglichst hoch zu halten. Demgegenüber geht es Ihnen offensichtlich darum, sie unter **Gerechtigkeitsgesichtspunkten** etwas einzudämmen. Das unterscheidet uns in der Tat. Wir wollen - der Kollege Garg hat es gesagt -, dass es möglichst vielen Menschen besser geht. Sie wollen, dass es möglichst allen gleich schlecht geht. Das unterscheidet uns.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Kollegen Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Stegner!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, ich hatte schon erwartet, dass Sie Nils Schmid zitieren werden. Sie sind ja sehr berechenbar, was solche Dinge angeht.

Sind Sie bereit, erstens zur Kenntnis zu nehmen, dass ich - mit anderen zusammen - das, was Nils Schmid gesagt hat, öffentlich - auch

nachlesbar in Zeitungen - deutlich kritisiert habe, und zweitens, dass das Steuerkonzept der SPD, an dem ich mitgewirkt habe und in dem das übrigens drinsteht, vom Bundesparteitag der SPD einstimmig angenommen worden ist? Ich sage nicht, dass man nicht unterschiedliche Meinungen haben darf. Wir hatten gestern schon sehr merkwürdige liberale Auffassungen, in dem gesagt wurde, man müsse in jeder Partei einer Meinung sein. Ich halte diese Aussage von Nils Schmid für ausdrücklich falsch. Ich bekenne mich dazu auch hier im Landtag. Die SPD hat auf dem Parteitag einstimmig etwas anderes beschlossen, und wir werden etwas anderes tun.

Im Übrigen - das ist hier wieder fälschlicherweise behauptet worden - wird über Steuer-senkungen bei uns in einem einzigen Kontext nachgedacht: Wenn die dreistelligen Milliarden-summen, die momentan am Staat vorbei durch Steuerkriminalität hinterzogen werden, eingetrieben worden sind, dann kann man darüber reden, die Steuern zu senken, aber nicht vorher. Das wird leider noch ein paar Jahre dauern, weil es genügend Menschen gibt, die ihr Geld damit verdienen, solche Menschen zu schützen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, erstens gebe ich zu, dass ich berechenbarer bin als Sie.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Zweitens habe ich befürchtet, dass Sie am Steuerkonzept mitgewirkt haben; denn anders kann ich es mir nicht erklären, dass so viel Unsinn dabei herausgekommen ist.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Drittens - das sage ich jetzt in aller Ruhe und Gelassenheit -: Wenn Sie dauernd insinuiieren, dass anwaltliche Tätigkeit, die ja darauf basiert, die Mandanten vor staatlicher Willkür zu schützen, etwas damit zu tun habe, dass man kriminelle Taten verdecken will, dann sage ich Ihnen: Kommen Sie nie in eine Versammlung von Anwälten und Strafverteidigern. Die werden Sie hinausschmeißen. Diese Attitüde, die Sie haben - nach der Devise: wenn Menschen ihren Beruf ausüben, sei das bereits kriminogen -, weise ich mit Nachdruck zurück. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Ministerin Monika Heinold: Was ist mit der Regierung?)

- Ach!

(Ministerin Monika Heinold: Das muss vielleicht gar nicht sein! - Zurufe)

- Dazu fällt mir leider nichts Kluges ein. - Das Wort für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich wollte jetzt auch nicht als Störfaktor wirken.

(Heiterkeit)

Gehen wir einmal davon aus, dass die CDU den Punkt nicht angemeldet hat, um Wahlkampf zu machen, sondern dass es tatsächlich um die Frage geht: Was ist für die Zukunft unseres Landes gut? - Das einmal vorweg. Ich bin ja ein gutgläubiger Mensch. Dann bleibt die Fragestellung, wie wir denn auf der einen Seite die Lasten der Vergangenheit schultern und auf der anderen Seite unsere Zukunftsaufgaben meistern können. Gucken wir uns einmal gemeinsam an, wo wir in Schleswig-Holstein stehen. Wir haben 27 Milliarden € Schulden und sind bereits für 34 Milliarden € Pensionsverpflichtungen eingegangen. Bei den öffentlichen Liegenschaften und der Verkehrsinfrastruktur gibt es einen Investitionsstau von jeweils ungefähr 1 Milliarde €. Nehmen wir noch die 4 Milliarden €, die für die kommunale Infrastruktur notwendig sind, dazu - die kommunalen Schulden lasse ich an dieser Stelle außen vor -, erreichen die **Zahlungsverpflichtungen des Landes** 67 Milliarden €. Das sind Lasten, die aus der Vergangenheit resultieren.

Wenn ich einmal davon ausgehe, dass Steuererhöhungen auf Bundesebene für Schleswig-Holstein strukturell 300 Millionen € mehr bringen würden - da müsste man schon allerhand tun - und ein Altschuldentilgungsfonds zu einer Entlastung um weitere 200 Millionen € führen würde, ergäbe sich eine Gesamtentlastung um 500 Millionen € pro Jahr für unser Bundesland. Selbst dann bräuchten wir 130 Jahre - 130 Jahre! -, um diese Zahlungsverpflichtungen abzugelten. Darüber mögen die einen oder anderen von Ihnen lachen; ich finde das nicht so amüsant, weil ich - wie viele von Ihnen - Kinder und hoffentlich irgendwann Enkel habe und wir all

diese Lasten zukünftigen Generationen mit in den Rucksack legen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ja.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Frau Ministerin! Da wir gerade bei möglichen Mehreinnahmen für die Länder sind, möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki am 21. April letzten Jahres noch einen Spitzensteuersatz von 49 % gefordert und - sicherlich auch vor dem geschilderten Hintergrund - Steuersenkungen als unrealistisch bezeichnet hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Halbwahrheit! Bei einem Systemwechsel!)

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Andresen, auch ich habe in Erinnerung, dass Herr Kubicki gesagt hat, es könne sinnvoll sein - ich formuliere es sehr vorsichtig -, den Spitzensteuersatz anzuheben. Wir haben darüber hier im Landtag beraten. Ich freue mich darüber, dass es auch in der FDP immer wieder einmal gute Gedanken gibt, so wie ich es akzeptiere, dass bei den Grünen gelegentlich Ideen vorgetragen werden, die ich nicht teile. Das Leben ist bunt, nicht schwarz-weiß.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen uns anschauen, welche Schulden wir in der Vergangenheit aufgehäuft haben, sollten dabei aber nicht vergessen, vor welchen **Herausforderungen** wir zukünftig stehen. Da ist insbesondere der **demografische Wandel** zu nennen.

(Unruhe)

- Ich habe viel Zeit. Mein Privileg als Ministerin ist, dass ich so lange reden darf, wie ich möchte.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben auch Zeit! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir können das nachher noch einmal erörtern!)

Eine Herausforderung ist, wie gesagt, der demografische Wandel. Das bedeutet: weniger Arbeitskräfte

(Ministerin Monika Heinold)

gleich weniger Lohnsteuer. Die Lohnsteuer ist aber gerade das, was uns zur Zeit bei den Steuerprognosen hilft.

Es ist aber auch offensichtlich ein Defizit im **Bildungsbereich** vorhanden. Mit unseren Bildungsausgaben liegen wir nach wie vor unterhalb der entsprechenden Werte anderer Länder. Auch insoweit gibt es großen Nachholbedarf.

Zudem werden die **Zinsen** mittelfristig wahrscheinlich wieder steigen; auch darauf brauchen wir gute Antworten.

Deshalb sagt diese Landesregierung: **Moderate Steuererhöhungen** sind vertretbar; wir fordern sie auch ein. Es geht immer darum, hohe Einkommen und hohe Vermögen stärker als bisher in die Verantwortung zu nehmen. Es ist schon gesagt worden: In den Jahren der Finanzkrise sind insbesondere hohe Vermögen entlastet worden. Der private Reichtum hat sich noch mehr konzentriert. Insoweit müssen wir einen Schwenk vollziehen. Das finde ich richtig, und das ist auch die Position der Landesregierung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tobias Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gern. Er hatte sich vorhin zu meiner Freude schon gemeldet, bevor sein Fraktionsvorsitzender redete. Wahrscheinlich befürchtete Herr Koch, der Fraktionsvorsitzende werde nicht alles sagen, was notwendig ist. Also, nur Mut!

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW)

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, Sie beschrieben gerade als Position der Landesregierung, auf hohe Vermögen solle Vermögensteuer erhoben werden. Mögen Sie einmal dazu Stellung nehmen, was ich in meiner Rede angesprochen habe, dass nämlich der Wirtschaftsminister gestern Abend eine Vermögensteuer auf Substanz abgelehnt hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine Vermögensteuer ist immer eine Steuer auf Substanz!)

- Wir müssen unterscheiden. Erstens habe ich gesagt, dass ich es richtig finde, hohe Vermögen und hohe Einkommen stärker als bisher in die Verantwortung zu nehmen. Die Frage, ob bei Vermögen eine Abgabe oder eine Steuer vorgesehen werden

sollte, wird in der Koalition unterschiedlich beantwortet. Ich bin Anhängerin des Modells der Abgabe, was beinhaltet, dass bei Betriebsvermögen die Abgabe nicht mehr als 35 % des Gewinns beträgt. Dies stellt wiederum sicher, dass es keine Substanzbesteuerung gibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann muss das Vermögen liquidiert werden!)

Das Zweite: Ich war gestern Abend nicht dabei, aber so, wie ich meinen Kollegen kenne, traue ich ihm viel zu. Wahrscheinlich stimmt es, was Sie berichten, Herr Koch.

(Heiterkeit)

Es ist aber völlig legitim, dass der Wirtschaftsminister eine andere Meinung hat als andere Mitglieder dieser Koalition beziehungsweise dieser Regierung. Ich wiederhole: Das Leben ist nicht schwarz-weiß, sondern schattiert. Ich persönlich finde es richtig, dass wir hohe Einkommen und hohe Vermögen stärker als bisher zur Finanzierung des Staates heranziehen. So findet es sich, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, auch im Koalitionsvertrag wieder. Ich bin mir sicher, dass mein Kollege Meyer dann, wenn es notwendig ist, brav, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, gemeinsam mit mir an einem Strang zieht.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

So kennen wir die Ministerin.

(Heiterkeit)

Ich frage Sie, Frau Ministerin, ob Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch zulassen.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Da es mit Sicherheit weiterhilft, gern.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Frau Ministerin. Habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie einer Gewinnbesteuerung von 80 % das Wort reden, wenn Sie sagen, über die Körperschaftsteuer beziehungsweise - bei Personengesellschaften - die Einkommensteuer hinaus sollten auf den Gewinn noch 35 % Vermögensteuer gezahlt werden, also zusammen 80 %? Ist das Ihr Konzept?

(Ministerin Monika Heinold)

- Herr Koch, bei einer Vermögensteuer geht es erstens um eine zusätzliche Besteuerung; sonst brauchten wir sie nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD - Tobias Koch [CDU]: 80 %?)

Zweitens geht es um die Frage, wie ich eine Substanzbesteuerung bei Betrieben verhindere.

(Tobias Koch [CDU]: Mit 80 %?)

Dann habe ich gesagt, dass die Vermögensteuer höchstens 35 % des Gewinns betreffen soll.

(Tobias Koch [CDU]: Das sind zusammen 80 %! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Auf den Gewinn müssen auch noch Steuern gezahlt werden!)

Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass eine zusätzliche Steuer dazu dient, zusätzliche Einnahmen zu akquirieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW - Lachen CDU und FDP)

Meine Damen und Herren!

(Zuruf CDU)

- Machen Sie es in der Presse! Nur Mut!

Die Frage, vor der wir stehen, lautet doch, wie sich unsere Gesellschaft finanzieren soll beziehungsweise welches **Gesellschaftsmodell** wir haben. Wir könnten natürlich sagen, es soll weiter in Richtung Kinderarmut gehen. Kiel hat 30 % Kinderarmut. In Deutschland gibt es Bildungsarmut. Ich war neulich beim Kinderschutzbund.

(Zurufe CDU und FDP)

- Ich verstehe nicht, dass Sie lieber Spaß machen als sich mit den traurigen Tatsachen zu beschäftigen, und fange deshalb für Sie noch einmal an.

(Unruhe CDU und FDP)

Die Kinderarmut in Kiel liegt bei 30 %. Der Kinderschutzbund in Lauenburg hat uns geschildert, dass Kinder eine Ganztagschule nicht besuchen können, weil sie die 40 € nicht haben. Wir haben eine marode Infrastruktur - darüber haben wir gestern diskutiert - und erdrückende Schulden. Nun können Sie natürlich sagen, dass Sie daran nichts ändern wollen und dass das Ihr Zukunftsmodell sei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber Sie ruinieren unsere Wirtschaft!)

Wir sagen, dass wir im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, Lebensqualität und Bildungsqualität solide

Finanzen brauchen und, um diese herzustellen, auch höher besteuern wollen. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden das sehr konkret machen, wenn wir über den Haushalt diskutieren. Im September 2013 werden wir hier in erster Lesung über den **Haushalt** debattieren. Unser Konzept liegt vor.

Herr Koch, da Sie ein arbeitsamer Mensch sind, bin ich mir sicher, dass Sie in der ersten Lesung einen Widerspruch auflösen werden; denn Ihre Argumentation kann ich nicht nachvollziehen. Damit Sie es nicht vergessen, nenne ich Ihnen noch einmal Ihre Eckpfeiler: Sie wollen in der Größenordnung von 40 bis 45 Millionen € mehr für die Beamtenbesoldung einstellen, weil Sie die zeitgleiche Umsetzung anstreben. Sie wollen außerdem keine Grunderwerbsteuer - 60 Millionen €. Damit würden Ihnen schon 100 Millionen € fehlen. Beim Steuerzahlerbund haben Sie uns neulich aber gleichzeitig den Vorwurf gemacht, wir würden die Zensusmittel nicht komplett in die Senkung der Nettoneuverschuldung stecken. Daher gehe ich davon aus, dass Sie die 50 Millionen €, die wir im nächsten Jahr für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen haben, komplett für die Senkung der Nettoneuverschuldung verwenden wollen. - Sie nicken, das freut mich. Damit sind Sie bei 150 Millionen €, die Ihnen fehlen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, Ihnen fehlen die nicht, Sie sind da ein bisschen klüger, aber Herrn Koch fehlen die. - Die fehlen Ihnen, Herr Koch. Ich freue mich auf die Debatte im September,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

wenn Sie auflösen, wie dieses funktioniert.

Ich sage Ihnen: Ein Teil dieser Summe sind Gelder, die wir in **Infrastruktur** stecken. Sie können nicht auf der einen Seite immer wieder die niedrige Investitionsquote kritisieren und auf der anderen Seite selbst Vorschläge machen, die die Investitionsquote senken. Das habe Sie 2013 getan. Sie haben gesagt: PROFI raus, Beamtenbesoldung hoch.

(Tobias Koch [CDU]: Das war nicht unser Vorschlag, Frau Ministerin!)

- Sie haben auf jeden Fall PROFI wegen der Verschuldung absenken wollen.

(Ministerin Monika Heinold)

(Tobias Koch [CDU]: PROFI raus und Verschuldung runter!)

- PROFI A haben Sie herausgenommen und die Schulden runter - damit sinkt aber trotzdem die Investitionsquote. PROFIs sind Investitionen. Sie wollten 35 Millionen € weniger investieren. Sie haben dann im Laufe des Jahres Ihr Konzept geändert.

(Tobias Koch [CDU]: Straßenbaumittel rauf, genau! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Okay, dann bleibt es noch Ihr Geheimnis, womit Sie die Beamtenbesoldung finanzieren wollten, wahrscheinlich mit den Schulden, die wir weniger machen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, ich frage Sie jetzt, ob Sie eine weitere Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki zulassen.

Monika Heinold, Finanzministerin:

So können wir das gern machen.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Ministerin. Ich möchte mich jetzt nicht zu den Details der CDU-Vorschläge zur Haushaltssanierung einlassen.

- Das kann ich verstehen.

Das ist auch nicht mein Beritt, aber ich möchte eine Frage stellen: Können Sie sich noch daran erinnern, dass die damalige finanzpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahr 2010 mit dem Namen Monika Heinold und der damalige Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Namen Robert Habeck hier im Haus und auch außerhalb des Hauses erklärt haben, dass die **Schuldenbremse** in Schleswig-Holstein nicht einzuhalten sei und dass wir im Jahre 2020 ein **Finanzierungsdefizit** von 500 Millionen € hätten? Nehmen Sie jetzt zur Kenntnis - in Ihrer Eigenschaft als Finanzministerin -, dass diese Einschätzung von Ihnen unrichtig war? Denn Sie selbst erklären ja, dass wir das möglicherweise schon aufgrund der guten Konjunktur wesentlich früher schaffen können. Wenn wir das beide jetzt zur Kenntnis nehmen, trauen Sie dann vielleicht nicht nur sich selbst - da habe ich großes Vertrauen - das wissen Sie -, sondern auch anderen zu, dass sie mit Vor-

schlägen, auch mit Finanzierungsvorschlägen, andere Wege beschreiten können, als die, die Sie vorhaben, ohne, dass das finanzpolitisch unsolide wirkt?

- Erstens traue ich Vielen vieles zu. Ich habe das eben auch so formuliert, dass ich mir sicher bin, dass Herr Koch im September die 150 Millionen € auflöst - volles Vertrauen in den Kollegen Koch.

Zweitens erinnere ich mich sehr genau an die Debatte 2010, und zwar lag das Defizit, das wir, Herr Habeck und ich, damals gesehen haben, nicht bei 500 Millionen € sondern bei 1 Milliarde €. Damals war aus der **Mittelfristigen Finanzplanung 2010** Folgendes erkennbar: Finanzminister Wiegard ist damals davon ausgegangen, dass es außer der Trendsteuer einen Nachholeffekt in der Größenordnung von 400 Millionen € an Steuereinnahmen gibt. Das habe ich 2010 bezweifelt, weil ich Konjunktur und Wirtschaft in dieser Tiefphase anders eingeschätzt habe. Diese 400 Millionen € sind inzwischen nicht nur aufgeholt - da habe ich mich tatsächlich verschätzt -, sondern, das haben wir auch schon einmal dargestellt, der Aufholeffekt ist noch größer. Er liegt inzwischen ungefähr bei 550 Millionen €.

Die andere Komponente, die sich total verändert hat, ist das Zinsniveau. Wenn Sie in die Mittelfristige Finanzplanung 2010 schauen und diese mit der heutigen vergleichen, haben wir dort einen Unterschied von ungefähr - ich muss es jetzt gefühlt sagen - 300 Millionen €. Damit sind Sie bei 850 Millionen € und haben fast die Milliarde erreicht. Damals war die Finanzplanung so, dass wir diese Milliarde praktisch hätten über das Budget 2 einsparen müssen. Da habe ich aus tiefer Überzeugung gefragt: Wie soll das gehen?

Weil wir inzwischen eine deutlich bessere Situation haben, glaube ich - und wir arbeiten daran -, dass wir das ohne **strukturelle Mehreinnahmen** aufgrund von **Bundesbeschlüssen** - als Land brauchen wir aber Bundesbeschlüsse - schaffen können. Aber ich bleibe dabei, dass wir dann immer noch auf einem Level arbeiten, auf dem wir das, was wir noch in Bildung und Verkehrsinfrastruktur investieren müssten, nicht schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, es gibt die Bitte des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner, eine weitere Zwischenbemerkung zu machen. Lassen Sie diese zu?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es war die Frage, ob Herr Stegner etwas sagen darf und nicht Herr Kubicki. Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bittschön, Herr Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Ministerin Heinold, wären Sie willens, dem Hause zu bestätigen, dass die Entwicklung nicht nur positiver gewesen ist, als Sie es damals vermutet haben, dass wir aber zum einen für die Verbesserung der Umstände, die Sie hier geschildert haben, bezogen auf Ausbildungsarmut und andere Dinge Steuererhöhungen brauchen und zum Zweiten, dass nicht nur die Rahmenbedingungen von Rot, Grün und Blau, die alle der Schuldenbremse zugestimmt haben, eingehalten worden sind, sondern, dass wir sogar unter Ihrer Führung in dieser Regierung die unsozialen Kürzungen beim Blindengeld, bei den Schulen der deutsch-dänischen Minderheit, bei den Lehrstellen, bei Frauenberatungsstellen und anderen zurückgenommen haben, die die Vorgängerregierung, die Herr Kubicki unterstützt hat, eingeführt hatte?

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben das Landesblindengeld auf 400 € wieder erhöht, Herr Stegner? - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Monika Heinold, Finanzministerin:

Vielen Dank, Herr Stegner, Positives bestätige ich immer gern, selbstverständlich.

Ich möchte in dem Zusammenhang eines sagen, weil immer von rot-grün-blauen Spielwiesen gesprochen wird. Verzeihen Sie es mir, aber ich habe echt ein Problem damit, wenn man Ausbildungsplätze in der Altenpflege als Spielwiese bezeichnet, wenn man Frauenhausplätze als Spielwiese bezeichnet, wenn man Kita-Plätze als Spielwiese be-

zeichnet und auch die Gleichstellung der dänischen Minderheit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich will das noch einmal hervorheben: Die Gleichstellung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein ist keine Spielwiese.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin - -

Monika Heinold, Finanzministerin:

Vielleicht noch ein Letztes aus meiner Sicht: Wenn wir die ökonomische Leistungsfähigkeit erhalten wollen, darf „Made in Germany“ nicht für Discount stehen, auch nicht bei der Lebensqualität in Deutschland. Deshalb haben wir Konzepte vorgelegt, die Dinge ein Stück weit zu verändern, zu verbessern. Sie haben andere Konzepte. Ich bin mir sicher, wir werden weiter darüber miteinander beraten, und die Bürger und Bürgerinnen können zu jeder Zeit bewerten, was ihnen besser gefällt. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Nein.

Meine Damen und Herren, die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese Zeit stünde jetzt allen Fraktionen neu zur Verfügung. Möchten Sie davon Gebrauch machen? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, den vorliegenden Antrag Drucksache 18/1070 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1045 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von FDP- und CDU-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

sind die Kollegen der PIRATEN, des SSW von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen sehe ich nicht. - Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1070, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, einige Abgeordnete der PIRATEN sowie - niemand sonst.

(Heiterkeit)

Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die Fraktionen von FDP und CDU sowie der Abgeordnete Dr. Breyer vor der Piratenfraktion. Enthaltungen sehe ich nicht. - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1020

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir bringen heute den Gesetzentwurf zur Regelung der Kohlendioxidspeicherung in Schleswig-Holstein ein; zur Regelung heißt im Klartext, zum **Verbot der Einlagerung** von CO₂ in Schleswig-Holstein.

Der Gesetzentwurf sieht so aus.

(Minister Dr. Habeck hält den Gesetzentwurf in die Höhe)

Die Begründung ist umfangreich. Der entscheidende Satz findet sich auf Seite 5, und er lautet:

„§ 2

Nicht zugelassene Gebiete

Eine Erprobung und Demonstration zur dauerhaften Speicherung und die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid sind in Schleswig-Holstein in den in der Anlage genannten Gebieten nicht zulässig. Gleiches gilt für die Errichtung von Forschungsspeichern zur Speicherung von Kohlendioxid.“

Das ist der Gesetzentwurf. Der entscheidende Teil ist allerdings die Begründung, und die ist umfangreich. Sie haben gehört, dass in dem Entwurf von Gebieten geredet wird. Das heißt, wir sind bei dem Gesetz gezwungen gewesen, uns einzelne Gebiete in Schleswig-Holstein einzeln anzuschauen und jeweils für die jeweiligen Gebiete - es sind fünf an der Zahl - Begründungen zu liefern, warum CO₂ dort nicht eingelagert werden soll.

Das heißt, dieser Gesetzentwurf agiert vor dem Hintergrund von zwei Unzulänglichkeiten. Das möchte ich offen einräumen. Erstens ist es den schleswig-holsteinischen Politikern in der Vergangenheit nicht möglich gewesen, ein Bundesverbot von CO₂-Einlagerungen zu erwirken. Das ist schade und bedauerlich, denn das ist das, für das viele Menschen hier im Land demonstriert und auch viele Parteien gekämpft haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Es ist schlicht einzuräumen, dass eine weitergehende gesetzliche Regelung - ich glaube, sogar für viele Parteien und Fraktionen hier in Schleswig-Holstein - wünschenswert gewesen wäre.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir haben jetzt die Chance, eine **Landesregelung** zu schaffen. Wir müssen diese Chance nutzen, so gut wir können. Ich hätte mir aber einen weitergehenden und erfolgreichen politischen Vorstoß gewünscht.

Zweitens - der Punkt ergibt sich daraus: Wir sind in der **Systematik des Gesetzentwurfes** gezwungen gewesen, positive Nutzungen des Untergrundes auszuweisen, also eine Positivbeschreibung vorzunehmen, warum CCS - dann negativ gesehen - dort jeweils nicht gewollt ist. Das heißt, es ist nicht möglich gewesen, mit den Beschränkungen einfach ein Landesgesetz zu erlassen und das politisch zu entscheiden. Das ist nicht möglich gewesen. Wir konnten nicht sagen: Wir wollen das in Schleswig-Holstein nicht; die demokratische Mehrheit lehnt es ab, Punkt aus. Sondern die Begründung einer alternativen Nutzung ist innerhalb der Einschränkungen,

(Minister Dr. Robert Habeck)

die wir sowieso schon hinnehmen müssen, der Weg, über den wir die Versagung von CCS in Schleswig-Holstein herstellen müssen. Das haben wir mit diesem Gesetzentwurf getan.

Ich weiß und ich unterstelle, dass an dieser Stelle keine politische Debatte ausbrechen wird. Das unterscheidet diesen Gesetzentwurf sicherlich von vielen anderen Gesetzentwürfen, die diese Regierung oder auch mein Haus vorlegen wird. Denn an dieser Stelle sind sich die Gesellschaft in Schleswig-Holstein und der Landtag, Opposition und Regierung, einig.

So verstehe ich auch diesen Gesetzentwurf, der jetzt in den Landtag und damit in die Anhörung durch den Landtag, also in Ihre Hände, übergeht. Verbesserungen, alternative Prüfungen und Hinweise, wie dieser Gesetzentwurf noch gestärkt werden kann, werden gern angenommen und sind erwünscht. Wir als Kabinett haben eine Anhörung durchgeführt. Diese hat nicht zu wesentlichen Änderungen geführt. Wir haben letztlich nur formale Gebietsanpassungen vorgenommen. Das heißt aber nicht, dass andere Leute nicht noch klüger sind. Ich würde es nicht als Affront verstehen, wenn klügere Leute vielleicht etwas sehen, was wir nicht gesehen haben und dies einbringen. Ich freue mich da auf eine konstruktive Debatte.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Lassen sie mich noch zwei Sätze zum Allgemeinen sagen. Es gibt Menschen, die sagen, **CCS**, also saubere Kohle, Kohlekraftwerke, die das Klima nicht belasten, sind ein **Teil der Energiewende**. Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen.

(vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Ich halte diese Technik für ein trojanisches Pferd, das die Energiewende letztendlich aushebeln wird. Kohlekraftwerke sind zu überwinden, und Krücken, die diese Kohlekraftwerke in eine erneuerbare Zukunft retten sollen, brauchen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Deshalb ist der Hintergrund dieses Gesetzentwurfs immer auch die Energiewende. Wer wirklich gegen CCS kämpft, muss die Umstellung auf erneuerbare Energien wollen, so wie wir es in Schleswig-Holstein im Wesentlichen auch parteiübergreifend voranbringen.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass dieser Gesetzentwurf neben der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes Neuland beschreitet. Das ist das Spannende, auch das systematisch Spannende, daran. Wir haben uns vor dem Hintergrund von Fracking und auch sonst verschiedentlich über das **Bergrecht**, ein veraltetes, ein schlechtes Recht, ausgetauscht.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Aber das Bergrecht regelt im Prinzip neben all den anderen Sachen, die sozusagen unzulänglich sind, dass jeder, der ein Vorhaben hat, entlang der wenigen gesetzlichen Barrieren, die es gibt, dieses Vorhaben auch umsetzen darf. Das Bergrecht lässt nicht zu, was wir hier tun, eine alternative Nutzung zu regeln, sozusagen eine unterirdische Raumplanung, eine politische Steuerung der Vorhaben im Untergrund. Durch den Druck der Straße, durch die Arbeit der **Bürgerinitiativen**, konnte letztlich die Politik dazu gezwungen werden, diesen Weg gegen CCS zu gehen. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich noch einmal, denn ohne die Bürgerinitiativen würden wir - bei aller Einschränkung, die ich zugebe - heute nicht so weit sein, wie wir heute sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Nur deshalb ist es gelungen, an dieser Stelle durch Landesgesetz und mit den Bandagen, an die wir uns halten müssen, die Systematik zu verändern. Erstmals - ich glaube, erstmalig in Deutschland - wird politisch überlegt, wie man ein Nutzungskonzept des Untergrundes beschreiben kann.

Das sieht in diesem Fall so aus, dass wir uns die geologische Struktur angeschaut haben. Der sogenannte Glückstadt-Graben, der quasi quer durch Schleswig-Holstein verläuft, ist nicht geeignet für CO₂, weil er porös ist, weil es Abteufungen gibt. Bis 1987 hat es übrigens 1.900 Abteufungen in Schleswig-Holstein gegeben. So viele Bohrlöcher haben wir im Land. Es ist sehr interessant, das zu lesen. Dann gibt es alternative Nutzungen im Osten, im Wesentlichen im Gebiet 2, durch Geothermie und im Nordwesten durch den Vorbehalt des Tourismus. Erstmals beschreiben wir damit den Untergrund für andere Nutzungsbereiche. Wenn das gelingen wird, diese Systematik, eine politische Untergrundplanung des Raumes, auf dem wir leben, herzustellen, hätten wir ein anderes Bergrecht. Es wäre wünschenswert, das auch in anderen Bereichen durchzuführen.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Ich danke noch einmal für die bisherige Arbeit, die zu diesem Gesetzentwurf geführt hat und hoffe auf eine konstruktive Weiterführung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Bevor wir in der Debatte fortfahren, bitte ich Sie, mit mir eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Eckener-Schule aus Flensburg zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Minister hat seine Rede um gut eine Minute überzogen. Diese zusätzliche Zeit stellen wir natürlich auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sechs Minuten, die Zeit läuft. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, eigentlich kann auch ich aus dieser Position nur sagen: Herzlichen Glückwunsch zu dieser Rede und zu dem Gesetzentwurf. Wir unterstützen ihn voll und ganz.

Aber - das haben Sie vergessen - auch die Vorgängerregierung hat einen großen Anteil an diesem Gesetzentwurf, der uns hier heute vorliegt, geleistet. Insofern ist es nicht unbedingt nur ihr Ruhmesblatt, sondern auch eins von Peter Harry Carstensen. Der hat schließlich auch die Bürgerinitiativen - ausgehend von Nordfriesland - unterstützt. Er hat letztendlich auch eine Länderklausel mit auf den Weg gebracht.

Sie haben erklärt, und das hat mich vorhin etwas verwirrt, dass die heutige Vorlage des Gesetzentwurfs ein eindeutiger Beleg dafür sei, dass es richtig gewesen sei, dass die CDU die sogenannte **Länderklausel** im CCS-Gesetz im Bund eingebracht habe. Richtig war aber, dass es natürlich auch vor diesem Gesetzentwurf im Bund negative Pressestimmen dazu gegeben hat - auch von Leuten, die hier unter uns sind.

Herr Matthiessen, ich darf Sie zitieren:

„Die Landesregierung hat sich in ihrem angeblichen Verhandlungserfolg ‚Länderklausel‘ vollkommen verrannt. Die von ihr hoch

gelobte Länderklausel ist ein stumpfes Schwert ...“

Das ist eine Aussage von Ihnen vom 22. September 2011.

Frau Sellier, ehemalige Abgeordnete in der letzten Legislaturperiode - auch aus Nordfriesland, aber von der SPD -, hat am 6. September 2011 in ihrer Presseerklärung gesagt, die Länderklausel sei so löcherig wie ein Schweizer Käse und damit unwirksam.

Der Minister hat das korrigiert. Dafür kann man ihm nur danken. Er hat uns auch darüber aufgeklärt, warum das in Ihren Reihen vorher anscheinend anders gesehen wurde. Ich bin froh, dass diese Erkenntnis bei Ihnen gereift ist.

Ich wiederhole mich noch einmal: In der Ablehnung von CCS war sich der Schleswig-Holsteinische Landtag von Anfang an über alle Parteigrenzen hinweg einig. Unterschiedliche Auffassungen gab es da nur über den Weg.

Zwei Empfehlungen zum Schluss: Der Gesetzentwurf sieht auf Seite 6 in der Drucksache 18/1020 vor - die liegt ihnen vor -, dass bereits 2012 das Gesetz in Kraft treten sollte. Das müssten Sie vielleicht korrigieren. Das heißt, das, was hier als Gesetzentwurf vorliegt, war entweder ein Ladenhüter oder vielleicht auch noch ein Entwurf der Vorgängerregierung.

Ich habe noch eine Anregung. Der Presse war zu entnehmen, dass die Listen derer, die sich in den Bürgerinitiativen gegen CCS im Untergrund engagiert haben, anders als hier verfahren wurde, in Dänemark durchaus auch an die Öffentlichkeit gelangen können. Das kann natürlich nicht unser Anliegen sein. Insofern bitte ich da um Aufklärung.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Heiner Rickers [CDU]:

Natürlich, sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Rickers, Sie haben eben erwähnt, dass aufseiten der Union von

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Anfang an die CCS-Technik abgelehnt worden sei. Nun kann ich mich erinnern, dass auch der wirtschaftspolitische Vertreter der Union beim damaligen Wirtschaftsminister Austermann, das war der viertletzte Vorgänger vor dem letzten, eingeladen war, und dass sich Herr Austermann dabei in glühenden Worten für die CCS-Technik verwendet hat.

(Zurufe CDU)

Dass der Ministerpräsident dann den Schwenk der CDU so skizziert hat, dass er hier im Haus wörtlich gesagt hat: "Ich habe dazugelernt", kann ich als nicht kompatibel mit Ihrer Aussage sehen, dass die CDU beständig gegen CCS gewesen sei.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Heiner Rickers [CDU]:

Ich will gern antworten. Frau Beer, Sie haben mit Ihrer Reaktion gezeigt, dass auch ich ähnlich reagieren könnte.

Der Ministerpräsident a. D., Peter-Harry Carstensen, ist durchaus lernfähig, das haben Sie dargestellt. Herr Austermann war damals natürlich ein Verfechter von Kohleenergie in Brunsbüttel. Das ist zu den Akten gelegt. Auch unser wirtschaftspolitischer Sprecher, Herr Magnussen, hat für den Standort Brunsbüttel schweren Herzens erkennen müssen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien vielleicht auch für die dortige Region im Moment der bessere Weg ist. Insofern denke ich, dass Ihre Frage beantwortet ist.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will es kurz machen. Wie gesagt, der Gesetzentwurf findet mit den vorzunehmenden Verbesserungen unsere volle Unterstützung. Herr Minister Habeck, die Begründung ist auch für uns nachvollziehbar. Wir müssen sehen, dass wir positiv verkaufen, was wir im Untergrund zukünftig nachhaltig nutzen wollen. Dazu gehört eine Novellierung des heutigen **Bergrechts**, darüber haben wir gesprochen.

Ich freue mich auf eine weitergehende Diskussion im Umwelt- und Agrarausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Schleswig-Holstein, kurz CCS-Gesetz. Wir alle sind uns einig, dass in Schleswig-Holstein kein CO₂ verpresst werden soll. Somit ist es nur konsequent, dass wir heute den ersten Schritt gehen, um das klare Nein aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

Im Rahmen der Bundesgesetzgebung gibt es eine **Länderöffnungsklausel** für die Erprobung und Demonstration der dauerhaften Kohlendioxidspeicherung. Von dieser Klausel macht das Land Gebrauch und schließt mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf die Speicherung von Kohlendioxid in ganz Schleswig-Holstein faktisch aus.

Zur Beurteilung einer möglichen Zulässigkeit der Speicherung wurde Schleswig-Holstein in **fünf Gebiete** aufgeteilt. In allen fünf Gebieten wurde festgestellt, dass eine Speicherung aus Gründen der geologischen Beschaffenheit des Untergrundes, der potenziellen Nutzung eines Gebietes zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder der touristischen Nutzung et cetera auszuschließen ist. Das bedeutet, dass die **Speicherung von Kohlendioxid** in ganz Schleswig-Holstein mit dieser Prüfung **ausgeschlossen** wurde. Der Herr Minister hat es eben erläutert.

Weiter wurde in § 3 des vorliegenden Gesetzentwurfs eine öffentliche Beteiligung verankert, die die Kommunen frühzeitig in mögliche Planungen von Kohlendioxidleitungen einbinden soll. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Aspekt dieses Gesetzes.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Nach dem Willen des **Bundesgesetzgebers** soll nach einer Phase der **Erprobung** der CCS-Technologie möglicherweise die **dauerhafte Speicherung** neu geregelt werden. In einem solchen Verfahren werden wir Sozialdemokraten uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die CO₂-Speicherung in Schleswig-Holstein ausgeschlossen wird.

Leider gilt das jetzt vorliegende Gesetz nur bis zur 12-Seemeilen-Zone. Wir fordern, dass auch im **Nationalpark Wattenmeer** keine CO₂-Speicherung stattfinden kann.

(Olaf Schulze)

(Beifall SPD und PIRATEN)

Das war auch damals ein Kritikpunkt. Wir - und Frau Sellier - haben damals gesagt: Diese Länderklausel ist nicht so gut, wie wir sie uns gewünscht hätten. Die Grünen und der SSW waren damals bei uns, als wie gesagt haben: Wir wollen für ganz Schleswig-Holstein - auch über die 12-Meilen-Zone hinaus - eine Möglichkeit des Verbots der CCS-Technologie. Daran werden wir weiter arbeiten. Auch die Landesregierung wird sicher in Zukunft über den Bundesrat Einfluss nehmen und versuchen, dies auf Bundesebene zu ermöglichen.

Wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein waren schon früh gegen die CO₂-Speicherung. Wir lehnen diese Technik ab, weil sie energiepolitisch in eine Sackgasse führt und weil wir sie für die Energiewende auf der Basis von erneuerbaren Energien nicht brauchen. Zudem sind die Risiken der CO₂-Speicherung nicht vorhersehbar, und es gibt keine Garantie dafür, dass diese Technik für die nächsten Jahrhunderte sicher ist.

Wir waren und sind gegen die Speicherung von Kohlendioxid, und wir werden das Verbot der Speicherung nun in der Koalition umsetzen. Gleiches gilt selbstverständlich für das Fracking. Auch dagegen haben wir uns schon früh ausgesprochen, und wir werden diesen Weg weiterhin konsequent verfolgen.

(Beifall SPD)

Unsere Landesregierung steht für die Energiewende. Veraltete Technologien wie die Energieerzeugung aus Kohle werden wir nicht weiter unterstützen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Schritt auf dem Weg in die richtige Richtung für unser Land, das von dem Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren wird. Ich bin sicher, dass dieser Gesetzentwurf den Interessen aller Fraktionen in diesem Haus entspricht und dass wir ihn zügig nach der Beratung im Ausschuss in zweiter Lesung verabschieden können. Ich gehe davon aus, dass wir einige kleine Änderungen, die angekündigt wurden, einarbeiten können. Ich glaube aber, dass wir hier ein Gesetz vorliegen haben, das wir mit allen Fraktionen beschließen können. Ich hoffe, dass wir in weiteren Schritten ein Verbot im Nationalpark Wattenmeer und ein generelles CCS-Verbot umsetzen können. Daran werden wir weiter arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Regelung der Kohlendioxidspeicherung in Schleswig-Holstein zieht die Küstenkoalition einen Schlusstrich unter ein dunkles Kapitel der jüngeren energiepolitischen Geschichte. Es sollten in Schleswig-Holstein mit politischem Rückenwind von Schwarz und Gelb mehrere große **Kohlekraftwerke** gebaut werden. Kohlestrom erzeugt mit Abstand am meisten Treibhausgase pro Kilowattstunde. Um dies gesellschaftlich durchsetzen zu können, gehört dazu die sogenannte Clean Coal Technology.

Mit **CCS-Technik**, Carbon Capture and Storage oder Coal Carbon Sequestration, sollen Kohlendioxidmengen, die bei der Kohleverstromung entstehen, in unterirdische Lagerstätten verpresst und auf sehr lange Zeit von der Umwelt abgeschirmt werden. Die Technik gibt es, mögliche Lagerstätten gibt es auch. Was liegt also näher, als munter Kohle zu verbrennen? - Dieses Märchen von der sauberen Kohle in die Köpfe der Menschen einzupflanzen, war und ist das Ziel der CCS-Befürworter und Kohlestromer. Das einzige Ziel der CCS-Debatte war und ist, die Verbrennung von Kohle zu legitimieren. Daher gilt hier die Parole der Bürgerinitiativen: Saubere Kohle ist eine dreckige Lüge.

Das sagen keineswegs die um Klimaschutz besorgten Politiker. Im Gegenteil, von denen wurde der Wiedereinstieg in die Kohle als Übergangstechnologie verbrämt. Eigentlich wolle man auch erneuerbare Energien, aber eine vollständige Versorgung sei ja nicht zu schaffen, darum brauche man noch einmal 40 Jahre KohlegröÙkraftwerke, das sehe jeder ein.

Meine Damen und Herren, ich bin nicht nachtragend, aber die CDU meint in der Verkehrspolitik, die Löcher in Schleswig-Holsteins Straßen den Grünen in die Schuhe schieben zu müssen, auch wenn die CDU einen Wirtschaftsminister nach dem nächsten stellte. Daher gestatten Sie mir, an die atomfossilen Löcher in Ihrer Energiepolitik zu erinnern:

(Detlef Matthiessen)

Erst war man für CCS und Kohle und für eine Verlängerung der Atomkraftnutzung. Dann gab es im Stammland von Peter Harry Anti-CCS-Initiativen mit Friesenpower. Die CDU erklärte, man habe dazu gelernt. CCS war beerdigt.

Dann gab es die Havarie im japanischen Atomkraftwerk. Eine Laufzeitverlängerung, die eben noch als Energierevolution verkauft wurde, wurde so schnell Vergangenheit, dass einem vom Zugucken schwindelig wurde. In Brunsbüttel sollten aber zumindest zwei riesige Kohlekraftblöcke gebaut werden, aber bitte capture-ready, also für CCS-Technik vorgerüstet.

Das war noch unter dem vierten Wirtschaftsminister de Jager so. Die Vergangenheit ist tatsächlich so jung, wie ich sie beschreibe. Dann verabschiedeten sich die Investoren einer nach dem anderen. Da wurde es auch bei der CDU still, und sie „grünte“ durch. Der energiepolitische Sprecher will am liebsten nicht mehr hören, dass er einmal für Atomkraft war. Darum sagen wir auch nichts, sondern wir freuen uns heute über einen breiten Energiekonsens hier im Hohen Haus.

Mit dem Gesetz wird hoffentlich das Kapitel CCS in Schleswig-Holstein abgeschlossen. Besser wäre es gewesen, wenn der **Bundesgesetzgeber** die CCS-Technik gänzlich in Deutschland verboten hätte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu fand Schwarz-Gelb nicht die Kraft. Mein Kollege von der SPD hat schon darauf hingewiesen: Es bleibt auch vor Schleswig-Holsteins Küsten noch die Gefahr der Verklappung im Bereich des Festlandssockels der ausschließlichen Wirtschaftszone auf unseren Meeren und vor unseren Küsten.

Also müssen wir diesen Umweg über § 2 Abs. 5 des Bundesgesetzes gehen und für unser Land bestimmen, dass Erprobung und Demonstration der dauerhaften Speicherung von CO₂ in Schleswig-Holstein nur in bestimmten Gebieten zulässig beziehungsweise unzulässig ist, und zwar mit dem Ergebnis, dass sich in unserem Land nur Gebiete identifizieren lassen, die unzulässig sind.

Herr Minister, mein Respekt und meine ganze Anerkennung gelten den Fachleuten im Ministerium und in den Behörden, die für die **fünf untersuchten Gebiete** im Einzelnen die fachlichen Gründe herausgearbeitet haben. Dabei geht es um die tektonische Struktur des Glückstadt-Grabens, um volumenmindernde Druckverhältnisse in großer Tiefe

oder um konkurrierende Nutzungsansprüche, die in der Summe zu dem Ergebnis geführt haben, dass es in Schleswig-Holstein **keine Eignungsräume** für Kohlendioxideinlagerung gibt. Das ist gut so. Daher stimmen wir dem Gesetzentwurf zu. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich wurde soeben darauf hingewiesen, dass sich auf der Tribüne auch Mitglieder der Bürgerinitiative gegen CCS eingefunden haben. - Seien Sie uns ganz herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir freuen uns über Ihr Interesse an dieser Debatte.

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Kollege Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Feuerwerk fällt es mir natürlich schwer, noch eine Schippe draufzulegen. Ich versuche es trotzdem. Ich will den historischen Ablauf nicht noch einmal nachzeichnen und auch nicht erklären, was CCS ist. Ich unternehme einen ganz kurzen Ausflug in die jüngere Historie, Herr Matthiessen. Ich erinnere mich noch sehr gut an den **6. September 2011**, mehrere von Ihnen sicherlich auch. Herr Stegner, es war ein regnerischer, kühler Herbsttag. Der Wind wehte.

(Zuruf SPD: Da hast du aber eine sehr gute Erinnerung!)

Die Fraktion der LINKEN wählte an diesem Tag Antje Jansen zur neuen Fraktionsvorsitzenden. Das ist aber sicherlich nicht das, was Ihnen allen in Erinnerung geblieben ist. Nein, in Erinnerung geblieben ist uns etwas anderes, und zwar die Pressemitteilungen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ich habe ein Gedächtnis wie ein Elefant.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Serpil Midyatli [SPD]: Das sieht aber nicht so aus!)

- Danke. - In Erinnerung geblieben sind mir vor allem die Pressemitteilungen von SPD, Grünen und SSW an diesem Tag. Ich darf die Überschriften zitieren: „Länderklausel verhindert CO₂-Verpressung

(**Oliver Kumbartzky**)

nicht“ - Detlef Matthiessen; „Landesregierung kann CO₂-Speicherung nicht stoppen“ - Marion Sellier; „Schleswig-Holstein muss Gesetz mit Hintertüren ablehnen“ - Flemming Meyer.

Diese drei Überschriften bezogen sich auf ein **Gutachten**, das **BUND und Greenpeace** an diesem Tag vorgestellt hatten, nach dessen Inhalt die Länderklausel im CCS-Gesetz eben nicht wirksam sein sollte. Darüber war sich die damalige Opposition absolut einig. Dennoch hat die von Rot-Grün-Blau getragene Landesregierung heute auf der Grundlage dieser Länderklausel einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Man könnte zu diesem Gesetzentwurf wirklich sagen: Was lange währt, wird hoffentlich gut. Herr Habeck, Sie haben am Anfang Ihrer Regierungszeit selbst gesagt, dass Sie schnellstmöglich einen **Gesetzentwurf** einbringen wollen. Das hat nun ein bisschen länger gedauert. Ich denke aber, zu Recht, weil das natürlich wasserfest sein muss. Wir unterstützen Sie natürlich dabei, dieses Gesetz jetzt zügig umzusetzen.

Ich denke, dass dieses Gesetz, wenn es in Kraft ist, eine Signalwirkung entfalten kann und die Einlagerung von CO₂ im Untergrund in Schleswig-Holstein dann auch wirklich in den kommenden Jahren absolut keine Rolle mehr spielen wird.

Ein Signal ist, dass die **Wirtschaft** sich nach der Verabschiedung des CCS-Gesetzes auf Bundesebene in großen Teilen von dieser Technologie verabschiedet und sämtliche Projekte in Schleswig-Holstein sofort gestoppt hat.

Ich begrüße, dass wir uns alle darüber einig sind, dass die von Schwarz-Gelb geschaffene **Länderklausel** eben doch wirksam ist und eine gute Möglichkeit bietet, die CCS-Speicherung hier, auf dem Festland, auszuschließen. Ich bin der Meinung, dass wir zusehen sollten, die Beratungen im Ausschuss zügig durchzuführen, sodass wir den Gesetzentwurf noch in diesem Jahr in zweiter Lesung beschließen können.

Herr Habeck, ich bin Ihnen auch sehr dankbar dafür, dass Sie eine sehr wichtige Forderung gestellt haben; das ist auch eine alte Forderung von uns und anderen. Es geht um das Stichwort **Bodenkataster**. Es muss in der Tat eine Art Bodenkataster erstellt werden, um die langfristigen Ziele in den Bereichen Energiespeicherung, Geothermie und Trinkwasserversorgung festzuschreiben. Die Erstellung einer Landkarte der Unterwelt - derzeit vorangetrieben im Rahmen des Projektes ANGUS+ der CAU Kiel - ist dabei ein wirklich begrüßens- und unterstützenswertes Vorhaben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und PIRATEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da ist die Unterstützung aber sehr mäßig!)

- Ich hatte gehofft, dass auch Sie klatschen, Herr Stegner.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Gut, der kommt jetzt, Herr Stegner. Versprochen! Herr Stegner, der folgende Satz ist tatsächlich für Sie: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat der Regierung Albig mit der Länderklausel vorgebracht, wie man gute Politik für Schleswig-Holstein macht, und gezeigt, wie man sie auf Bundesebene gegen alle Widerstände umsetzen kann. Dafür bin ich der Vorgängerregierung wirklich sehr dankbar.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Herr Stegner, das war ein Angebot.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war nicht wirklich gut!)

Jetzt muss ich aber doch noch einmal böse werden mit Ihnen. Wenn wir hier schon den ganzen Tag lang über die geschichtlichen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Thema CCS reden, dann muss man auch sagen, dass der **Widerstand** gegen die **Länderklausel** hauptsächlich aus SPD-geführten Ländern kam. Hamburg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen haben dagegen gestimmt. Das dürfen wir nicht vergessen, Herr Stegner. Dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün-Blau, jetzt die Früchte einer erfolgreichen Landespolitik ernten, kann uns bei diesem Thema wirklich nur recht sein. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat die Kollegin Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich begrüße die Bürgerinitiative und ihre Vorsitzende Karin Petersen hier ganz ausdrücklich.

Diese Debatte zeigt, dass wir eigentlich einen Grund zum Freuen haben. Wir haben für Schleswig-Holstein ein gemeinsames Ziel erreicht. Das ist wichtig.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

(Angelika Beer)

Deswegen werden wir diesen Prozess natürlich positiv begleiten, auch wenn wir auf die Punkte hinweisen, über die in den Ausschüssen vielleicht noch diskutiert werden muss.

Die Freude hat allerdings einen bitteren Beigeschmack. Das wissen wir seit der Veröffentlichung des „TAZ“-Artikels unter der Überschrift „Bei Unterschrift Outing“. Das ist ein mehr als bitterer Beigeschmack, insbesondere für die Mitglieder der **Bürgerinitiative** und andere engagierte Bürger bei uns in Schleswig-Holstein. Worum geht es? Ich will das ganz kurz erklären. Auf der einen Seite herrscht Konsens über diesen Gesetzentwurf. Aber es sieht so aus, als hätten wir eine neue Debatte. Dabei geht es um einen **Datenskandal** oder zumindest um einen politischen Skandal.

(Beifall PIRATEN)

Die **dänische Energiebehörde** Energistyrelsen hat die Namen und Adressen von diesen engagierten Bürgern, insbesondere der BI, gegen CO₂ veröffentlicht.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Unerhört!)

Halten wir zunächst einmal fest, wie es dazu gekommen ist. Während wir in diesem Augenblick dabei sind, das bei uns in Schleswig-Holstein zu verhindern, treiben unsere dänischen Nachbarn ihre Pläne zur Verpressung von Kohlendioxid in der Nordsee eifrig voran. Obwohl bislang noch kein einziges Unternehmen Bedarf angemeldet hat, treibt Minister Martin Lidegaard vorsorglich die Ausweisung von unterseeischen CO₂-Lagerstätten voran. Dabei scheint ihm nicht entgangen zu sein, dass engagierte **schleswig-holsteinische Bürger** und Bürgerinnen eben solche Pläne bei uns erfolgreich mit verhindert haben. Ihm scheint auch nicht entgangen zu sein, dass sie das Ziel haben, diese Speicherung auch in **dänischen Gebieten** zu verhindern.

(Beifall PIRATEN)

Das ist gut. Dabei können Sie auf unsere Unterstützung nicht nur hoffen. Ich garantiere, sie ist da.

(Beifall PIRATEN)

Das Aufbegehren unserer Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein scheint ihm aber ein Dorn im Auge zu sein. Frei nach dem Motto „Es ist gut, seine Gegner zu kennen“, hat er bei unseren Behörden in Schleswig-Holstein offensichtlich im Rahmen der Amtshilfe um die Herausgabe der Namen der Petenten gebeten. Die Adressen hat er gleich noch mit dazu bekommen.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Unerhört!)

Das ist passiert. Nun befinden sich diese Namen im **Internet**; denn - jeder weiß es - Dänemark hat eine andere Rechtsprechung. In Deutschland wäre eine solche Veröffentlichung der Namen und Anschriften unmöglich. Aber wir wissen: Dänemark macht das grundsätzlich. Deswegen ist die Frage, ob es der Naivität unserer **Behörden in Schleswig-Holstein** geschuldet ist, dass sie einfach die Unterschriften mit sämtlichen privaten Anschriften und Daten an Dänemark weitergegeben haben, oder ob das einfach eine politische Unsensibilität war. Ich kann es nicht begreifen. Herr Habeck, ich erwarte, dass dazu Stellung genommen wird. Wenn nicht hier sofort, dann in den entsprechenden Ausschüssen.

(Beifall PIRATEN)

Ich will auch sagen, welche Auswirkungen das hat. Jeder von uns hat das Recht, das 130 Seiten lange Gutachten aus Dänemark zu studieren und Einwände zu erheben. Wer von uns in Schleswig-Holstein, welcher Bürger oder welche Initiative, würde das denn jetzt noch in der gesetzten Frist bis zum 16. September 2013 machen, wohlwissend, dass die gesamten privaten Daten in Dänemark veröffentlicht werden?

(Beifall PIRATEN)

Was geht es denn die Öffentlichkeit an, wenn ich mich, besorgt um unsere Umwelt, einer solche Initiative anschließe?

Deswegen haben wir drei ganz konkrete Forderungen an das Ministerium: Sorgen Sie dafür, dass die Unterschriften, die gesammelt werden, um in Dänemark eine Verpressung zu verhindern, **anonymisiert weitergegeben** werden.

Machen Sie das so **transparent**, dass die Menschen wissen, dass die Daten gesichert sind.

Setzen Sie sich auf dänischer Seite dafür ein, dass die **Frist** zur Einreichung eines **Widerspruchs** - 16. September 2013 - verlängert wird. Es ist jetzt Ende August. Die Menschen müssen die Gewissheit haben, dass es ein anonymisiertes Verfahren gibt. Erst dann können sie ihre Einwände erheben. Deswegen wollen wir eine Fristverlängerung.

(Beifall PIRATEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Gesetzentwurf: Ich finde es positiv, was der SPD-Kollege angeregt hat. Wir sollten auch die aktuelle Diskussion innerhalb der **Europäischen Union** berücksichtigen. Es gibt einen Ausschuss, der sich zumin-

(Angelika Beer)

dest in der Draft Opinion eindeutig für CCS als einzige mögliche Technologie für die Zukunft ausspricht. Wir müssen mit unseren Europaabgeordneten reden. Wir müssen verhindern, dass es innerhalb der Europäischen Union zu einer Beschlussfassung kommt, mit der uns letztlich ein Klotz ans Bein gebunden wird und wir sagen müssen: In Schleswig-Holstein haben wir das gut gemacht, aber die Europäische Union geht den entgegengesetzten Weg. - Wir sollten nicht nur hier, sondern grenzübergreifend für unsere Umwelt kämpfen. Insofern möchten wir diesen Punkt mit einbeziehen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Über einen langen Zeitraum hinweg haben große Teile der Bevölkerung - insbesondere bei uns im Norden - mobil gemacht gegen die Einlagerung von CO₂. Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Organisationen haben sich in einer **Bürgerinitiative** zusammengefunden und massiv auf die Problematik und Gefahr im Zusammenhang mit der **CCS-Technologie** hingewiesen.

Erst der politische Druck der Bürgerinitiative hat die Politik wachgerüttelt. Dies war sowohl in Kiel als auch in Berlin zu spüren. Diesem ehrenamtlichen Engagement haben wir viel zu verdanken. Ich möchte mich dem Dank des Ministers anschließen und der Bürgerinitiative ausdrücklich für ihren Einsatz danken. Ich bin froh, dass dieser Einsatz fortgesetzt wird, wenn wir über **Fracking** reden.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein erstes Ergebnis liegt uns heute vor. Mit der ersten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Kohlendioxidspeicherung in Schleswig-Holstein schaffen wir die Möglichkeit, die CCS-Technologie in Schleswig-Holstein auszuschließen, und das ist gut so.

Wir wollen kein CCS; denn die Technologie ist weder sinnvoll noch ausgereift. Forschung und Entwicklung hierfür verschlingen Fördergelder, die besser in die Forschung und Entwicklung regenerativer Energieformen und in Maßnahmen gesteckt

werden sollten, die den Energieverbrauch reduzieren. Die Technologie würde erst in ein paar Jahren zur Verfügung stehen, also in einer Zeit, in der wir energietechnisch viel weiter sein wollen.

CCS ist die Alibi-Technologie für die Dinosaurierkraftwerke, weil es die **Laufzeiten** der **Kohlekraftwerke** verlängert und den **Bau neuer Kohlekraftwerke** legitimiert, weil diese dann angeblich sauber wären. CCS verschlingt selbst erhebliche Energiemengen. Dafür muss dann deutlich mehr Kohle verbrannt werden.

Niemand kann garantieren, dass das Kohlendioxid im Untergrund bleibt. Die Gefahr der Grund- und Trinkwasserverseuchung ist nicht auszuschließen. Sie birgt unkalkulierbare Risiken für Mensch, Tier und Natur, und zwar über tausende von Jahren. Auf den Punkt gebracht: Die CCS-Technologie ist der falsche Weg und wird von der gesamten Bevölkerung abgelehnt.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Uli König [PIRATEN] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Es war ein langer politischer Weg bis hierher. Doch nun werden wir eine gesetzliche Grundlage bekommen, die es uns in Schleswig-Holstein ermöglicht, der CCS-Technologie halbwegs einen Riegel vorzuschieben. Der **Gesetzentwurf** ist nicht so umfassend, wie wir es uns gewünscht haben. Dies liegt eindeutig aber nicht an den **Rahmenbedingungen des Landes**, sondern an den **Rahmenbedingungen des Bundes**.

Leider müssen wir erkennen, dass ein **bundesweites Verbot** nicht gewollt war. Aus diesem Grund bleibt uns nur die **Länderklausel**. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies, dass das Land nach geologischen Kriterien in fünf Gebiete unterteilt wird. Für jedes Gebiet wurde eine separate Abwägung unternommen mit dem Ergebnis, dass eine CO₂-Speicherung nicht möglich ist. Der Minister ist ausführlich darauf eingegangen. Deshalb werde ich die fünf Gebiete und die Gründe nicht noch einmal aufzählen.

Leider bietet das CCS-Gesetz nicht die Möglichkeit, die Verpressung von CO₂ außerhalb der 12-Seemeilen-Zone zu verbieten. Auch für eventuelle Kohlendioxidleitungen, die auf schleswig-holsteinischem Gebiet verlegt werden, hat das Land keine Gesetzgebungskompetenz. Dies kann uns nicht zufriedenstellen. Das macht aber deutlich, dass es zurzeit sowohl im Bundestag als auch in den Länderkammern leider noch Mehrheiten für diese Technologie gibt.

(Flemming Meyer)

Für Schleswig-Holstein bleibt jedoch festzuhalten: Wir werden ein Gesetz bekommen, dass die Einlagerung von CO₂ im Untergrund verbieten wird, und das ist gut so. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Kollegin Astrid Damerow von der CDU-Fraktion.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch von hier aus ein Gruß an die Bürgerinitiative, die den Weg aus Nordfriesland und aus den nördlichen Landesteilen hierher gefunden hat.

Herr Minister, zunächst einmal herzlichen Dank, dass wir jetzt soweit sind. Wir haben lange auf diesen Gesetzentwurf gewartet. Wir hätten es fast schon einmal schaffen können, wenn wir nicht hätten erleben müssen, dass der Gesetzentwurf im **Bundesrat** abgelehnt worden ist. Auch darüber haben wir damals im Landtag diskutiert. Die damaligen Wahrnehmungen über Sinn und Unsinn dieser Ablehnung waren noch anders. Sei es drum. Für uns ist wichtig, dass wir als Schleswig-Holstein jetzt die Möglichkeit haben, diese Nutzung auszuschießen. Das war in all den Jahren das erklärte Ziel des gesamten Landtags.

Zu meinem Dreiminutenbeitrag bewogen hat mich der Beitrag des Kollegen Matthiessen. Geschichtsbetrachtung ist immer wichtig. Sie sollte aber wenigstens stimmen. Deshalb möchte ich einige Dinge klarstellen.

Richtig ist, dass in der CDU-Fraktion - wie in allen anderen im Landtag vertretenen Fraktionen auch - die Meinungen zur **Sinnhaftigkeit** von **CCS** sehr unterschiedlich waren. Der damalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat sich vehement - ich denke, das wird hier niemand abstreiten können - auf Bundesebene für eine Länderklausel im Bundesgesetz eingesetzt.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Und wie!)

Es ist allein der Hartnäckigkeit Peter Harry Carstensen zu verdanken, dass wir dabei weitergekommen sind.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Na, na, na!)

- Im Bundesrat verhandeln immer noch die Ministerpräsidenten. Das war damals Herr Carstensen. Die Unterstützung der anderen Bundesländer, die nicht alle durch die Bank CDU-regiert waren, war mitunter äußerst unübersichtlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Brandenburg war vehement dagegen!)

Dabei drücke ich mich sehr vorsichtig aus. Deshalb halte ich es für nicht in Ordnung, hier den Eindruck zu erwecken, wir hätten nur halbherzig gekämpft. Ich denke, das gehört auch zur Geschichte dazu.

(Beifall CDU und FDP)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Behauptung, die CDU hätte ihre Meinung erst geändert, nachdem die **Investoren** sich abgemeldet haben, ist schlicht falsch. Es war genau umgekehrt. Die Interessenten an der CCS-Technologie im nördlichen Landesteil haben alle ihre Anträge zurückgezogen, nachdem das Gesetz den Bundestag passiert hat und nachdem vollkommen klar war, wie sich der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung zu diesem Thema stellen werden. So herum wird ein Schuh daraus. Ich denke, das ist es wert, beachtet zu werden. Das ist ein Erfolg, den wir als Landtag errungen haben, an dem aber die damalige Landesregierung in erheblichem Maße beteiligt war. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/1020 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 34 auf:

Gemeinsame Beratung

a) **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/899

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

b) Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1049

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Patrick Breyer von der Fraktion der PIRATEN.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Jeder Bürger, jede Bürgerin in Schleswig-Holstein hat ein **Recht auf Wohnraum**, den sie oder er sich leisten kann. So steht es im Sozialpakt der UNO. Wenn wir uns unser Land ansehen, finden wir in bestimmten Bereichen einen entspannten Wohnungsmarkt vor - Westküste, Neumünster -, in anderen Bereichen aber einen sehr angespannten Wohnungsmarkt. Das ist auf Sylt extrem der Fall, das ist im Hamburger Umland der Fall, das ist aber auch in den Universitätsstädten Kiel und Lübeck der Fall. Hier haben wir überdurchschnittlich hohe Mieten und auch überdurchschnittlich stark noch weiter ansteigende Mieten in Schleswig-Holstein. Woran liegt das?

Erstens ist ein Faktor für diese Entwicklung, dass in bestimmten Bereichen **Wohnraum umgenutzt** oder auch **zweckentfremdet** wird. So wird zum Beispiel Dauerwohnraum auf Sylt als Ferienwohnung oder zur Zimmervermietung genutzt. Wenn solcher Dauerwohnraum wegfällt, führt das dazu, dass eine Insel wie Sylt ausstirbt. Das merkt man an der Freiwilligen Feuerwehr, bei der Menschen fehlen; das merkt man an Schulen, die geschlossen werden müssen. Wir PIRATEN fordern deswegen von der Landesregierung, die Zweckentfremdung von Wohnraum in diesen Mangelgebieten von einer **Ausnahmegenehmigung** abhängig zu machen.

(Beifall PIRATEN)

In Hamburg gibt es ein solches Gesetz schon längst, in Berlin ist es geplant, in Bayern schon umgesetzt. Wir brauchen das auch in Schleswig-Holstein.

Zweite Ursache für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind **übermäßig hohe Mieterhöhungen**. Wo Menschen durch zu stark ansteigende Mieten aus ihrer Heimat, aus ihren Wohnungen, verdrängt werden, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können, kommt es zum Phänomen der so genannten Gentrifizierung, das heißt, dass be-

stimmte Wohngegenden nur noch von Menschen mit hohem Einkommen zu bezahlen sind. Das ist eine ungesunde Entwicklung. Deswegen fordern wir PIRATEN, den bundesgesetzlichen Spielraum bezüglich der Begrenzung von Mieterhöhungen auszuschöpfen und die **Kappungsgrenze** von 20 % auf 15 % **abzusenken**, soweit es geht.

(Beifall PIRATEN)

Auch wenn das unzureichend ist, müssen wir doch wenigstens diese Möglichkeit, die wir als Land konkret haben, ausschöpfen, wie es auch andere Bundesländer schon längst tun. Unser Innenminister fordert öffentlich eine bundesweite Absenkung der Kappungsgrenze von 20 auf 15 %. Dann müssen Sie doch wenigstens hier in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, die wir haben, ausschöpfen und das in den Gebieten tun, wo wir eine besondere Mangellage haben.

(Beifall PIRATEN)

Die dritte Ursache ist, dass wir teilweise sogar einen **Wohnungsleerstand** haben oder auch einen Verfall von Wohnraum, der sich nicht mehr nutzen lässt. Wir PIRATEN fordern seit Monaten ein **Wohnungsaufsichtsgesetz**. Aber Herr Innenminister Breitner ist über eine Ankündigung, über ein Versprechen zu diesem Punkt, leider bisher nicht hinausgekommen. Ich muss schon sagen, es ist ein sehr starker Kontrast zu Ihrem Wahlkampf, den Sie als Rot-Grün mit der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum machen, dass es eine rot-grüne Koalition gewesen ist, die das Wohnungsgesetz im Jahr 2004 aufgehoben hat. Auf andere kontraproduktive Aktionen wie Privatisierung öffentlicher Wohnungen will ich gar nicht zu sprechen kommen. Aber wenn Sie mit einem solchen Thema in den Wahlkampf ziehen, müssen Sie auch das tun, was wir hier als Land tun können. Leider bewegt sich die Landesregierung bei diesem Thema bisher nur auf Ramsauer Niveau: Bauen, bauen, bauen. - Das reicht nicht aus.

(Beifall PIRATEN)

Neu bauen dauert lange; es ist teuer; und es wird nach Ihren Plänen gerade einmal rund 1.300 Wohnungen schaffen. Das geht doch an den Sorgen der allermeisten Mieterinnen und Mieter hier in Schleswig-Holstein vorbei. Uns geht es mit unserer Initiative darum, den Tausenden oder Zehntausenden von Menschen zu helfen, die nicht in den Genuss dieser Wohnungen werden können. Deswegen bitte ich Sie heute alle: Lassen Sie uns heute beschließen, alle unsere Möglichkeiten als Land Schleswig-Holstein zu nutzen und auszuschöpfen,

(Dr. Patrick Breyer)

um auch in den besonders nachgefragten Gebieten unseres Landes bezahlbaren Wohnraum zu sichern und zu erhalten. Wir hatten jetzt viel Zeit zu reden, und jetzt ist die Zeit zu handeln. - Danke.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist die **Wohnraumsituation** in **Schleswig-Holstein** so, wie sie von der Fraktion der PIRATEN in ihren Anträgen geschildert wird,

(Zuruf PIRATEN: Ja!)

oder sieht die Realität in unserem Land anders aus? Zur Beurteilung dieser Fragestellung hilft sicher das Studium der verschiedenen sehr umfangreichen **Gutachten und Untersuchungen** zu diesem Themenkomplex, die uns in jüngster Zeit zur Verfügung gestellt worden sind. So kommt nicht nur die Wohnungsmarktbeobachtung der Investitionsbank, die seit 1995 jährlich erhoben wird, in weiten Teilen zu der Auffassung, dass es in Schleswig-Holstein zurzeit keine Notsituation im Bereich des Wohnungsmarktes gibt. Auch das Mietgutachten des Innenministeriums, das uns vor zwei Monaten vorgelegt worden ist, kommt zu einer ähnlichen Beurteilung. Die I-Bank hebt insbesondere hervor, dass es einen erkennbaren Unterschied zwischen der Lage in Hamburg und in Schleswig-Holstein gibt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, den die PIRATEN bei der Sicht auf die Dinge nicht berücksichtigt haben.

In Schleswig-Holstein wird auf in einigen Bereichen angespannte Wohnraumnachfrage verwiesen, als spezielles Problem stellt sich außerdem die Situation auf Sylt dar. Im Hamburger Umland und in Lübeck ist aufgrund einer erfreulichen Neubautätigkeit eine deutlich entspanntere Lage vorzufinden. Für die anderen Teilbereiche des Landes gilt mit Ausnahme von Flensburg eher das Gegenteil, da aufgrund der demografischen Veränderung dort die Wohnungsnachfrage nachlässt. Dieser Umstand muss sich in der **regionalen Ausgestaltung der Förderung** natürlich wiederfinden. Daher ist es gut und zu begrüßen, dass die Landesregierung die Arbeit der Vorgängerregierung an dieser Stelle fortsetzt und mit ihrem Wohnungsbauförderprogramm hier die richtigen Akzente setzt.

Dank kontinuierlich hoher Investitionen in die Instandhaltung und Modernisierung konnte der **Wohnungsbestand** in Schleswig-Holstein auf einem insgesamt ausreichenden Niveau gehalten werden. Die betroffenen Kommunen können mittels Bereitstellung kostengünstiger Grundstücke eine wesentliche Voraussetzung für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum schaffen und mittels zielgerichteter Bauleitplanung auch dafür sorgen, dass die bauliche Ausnutzung von Grundstücken und Investitionen eine angemessene Wirtschaftlichkeit erreicht. Allerdings hat auch das Land Schleswig-Holstein die Verpflichtung, den Kommunen bei der Bereitstellung ausreichender Grundstücke zu helfen. Dies ist insbesondere im Bereich der Insel **Sylt** dringend erforderlich und sollte in enger Abstimmung mit den örtlichen Akteuren zeitnah in Angriff genommen werden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In Kiel ist ein erheblicher Teil der derzeitigen Situation auch der Tatsache geschuldet, dass die Stadt **Kiel** vor ungefähr 15 Jahren erhebliche Teile ihrer Wohnungsbestände an private Investoren veräußert hat

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

und die damalige Landesregierung im Rahmen des Verkaufs der HDW circa 10.000 Werkwohnungen weit unter Marktwert verscherbelt hat.

Das Niveau der **Nettokaltmieten** in Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren insgesamt stabil geblieben. Entgegen anderslautenden Meldungen sind die Mieten in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren nur moderat gestiegen, unter den Lebenshaltungskosten.

Für Mieter bedeutet das: Die Nettokaltmieten bleiben bezahlbar.

Dass die Haushalte dennoch mehr für Wohnen ausgeben müssen, ist vor allem dem starken Anstieg der **Wohnnebenkosten** geschuldet, insbesondere der Heiz- und Energiekosten. Dies hat sich insbesondere in den letzten Jahren immer stärker bemerkbar gemacht. Deshalb geht die Intention der Anträge auch in die völlig falsche Richtung. Um ausreichend bezahlbaren Wohnraum auch in Zukunft zu sichern, muss der politische Schwerpunkt vielmehr bei der Begrenzung der ausufernden Wohnnebenkosten liegen.

Deshalb lehnen wir die vorliegenden Anträge ab und empfehlen dem Antragsteller eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem wichtigen Thema

(Peter Lehnert)

der Wohnraumversorgung in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die PIRATEN sprechen ein Thema an, das uns sehr wichtig ist. Menschen sollen, Menschen müssen **bezahlbaren Wohnraum** haben. Die Wohnung, das Wohnumfeld, sind die wichtigsten Voraussetzungen für ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in den Städten immer knapper wird und für die unteren und mittleren Einkommensgruppen unerschwinglich wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung in den Städten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Schleswig-Holstein sind wir von dieser Situation weit entfernt. In Teilen **Schleswig-Holsteins** ist die Wohnlage angespannt, in anderen hingegen keineswegs. Daher müssen wir **angepasste Konzepte** haben. Die Vorschläge der PIRATEN helfen dabei nicht wirklich.

Die Entwicklungen in den Regionen unseres Landes werden sich zunehmend voneinander unterscheiden. Wer hier nicht mit planerischen Konzepten gegensteuert, wird in den strukturschwachen Regionen eine Abwärtsspirale bei der Wohnraumversorgung befördern, weil sich im freien Spiel der Kräfte in diesen Regionen der Wohnungsbau für Investoren nicht mehr lohnt.

Voraussetzung für eine **Zweckentfremdungsverordnung** ist eine **Wohnraumnotlage**. Wo diese vorliegt, darüber haben wir mit dem Mietgutachten jetzt eine Datengrundlage. Es geht um die Verhinderung der Umwandlung von Wohn- in Büroraum. Das findet heute nicht mehr statt. Was aber noch stattfindet, ist die Umwandlung von Wohnraum in gewerbliche Zimmervermietung - jedenfalls soweit

es uns von Sylt und meinem Heimatort Eckernförde bekannt ist.

Wie Sie wissen, wurden die Zweckentfremdungsverordnungen Ende der 90er-Jahre in allen Bundesländern abgeschafft, in Schleswig-Holstein erst 1999. Der Grund: Es gibt weit **wirkzamere** rechtliche **Instrumente**, von der Belegungsbindung aus dem Wohnraumförderungsgesetz über Satzungen bis hin zur Mietrechtsverordnung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial, wirtschaftlich und kulturell lebendig bleiben

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dass Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Ohne neue Wohnungen laufen alle Maßnahmen zur Begrenzung von Mieten ins Leere. Vorrang hat für uns daher der Neubau.

(Beifall SPD, CDU, FDP und SSW)

Verehrter Kollege Breyer, ich weiß nicht, wie oft Sie schon gebaut oder modernisiert haben. Mein Vater ist Bauunternehmer, ich bin sozusagen auf einer Baustelle groß geworden. Glauben Sie mir, es ist in vielen Bereichen sinnvoller, abzureißen und neu zu bauen, weil das günstiger ist, weil Sie alte Wohnungen oder Häuser energetisch gar nicht so sanieren können, um insbesondere - wie es der Kollege Lehnert angesprochen hat - die Nebenkosten zu mindern. Es ist manchmal sinnvoller, abzureißen und neu zu bauen, um auch Menschen mit Behinderung oder Familien mit Kindern ein barrierefreies Wohnen zu ermöglichen. Da lohnt ein **differenzierter Blick**.

(Beifall SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei muss allerdings auch der Bund mitziehen. Auf **Bundesebene** wollen wir ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren - in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften.

Schleswig-Holstein wird seine **Wohnraumförderung**, orientiert an den Feststellungen des neuen Mietgutachtens, ganz neu aufstellen. Dabei wird das Land auf die lokalen Akteure setzen und Fachkompetenz aktiv einbinden.

Mit der „Offensive für bezahlbares Wohnen in Schleswig-Holstein“, die vom Innenministerium, den Verbänden der Wohnungswirtschaft und dem

(Serpil Midyatli)

Mieterbund initiiert wurde, hat Innenminister Breitter schon deutlich gemacht, dass es ihm mit der **Einbindung der Beteiligten** ernst ist.

Die „**Offensive für bezahlbares Wohnen**“ hat zum Ziel, gemeinsam gegen steigende Mieten vorzugehen und für mehr preiswerte und qualitativ gute Wohnungen zu sorgen. Wenn Sie dabei sind, mit uns zusammenzuarbeiten, freuen wir uns. Wir wollen aber Konzepte haben, die funktionieren. Pauschale Aussagen und Verallgemeinerungen helfen hier nicht weiter. Wir diskutieren dieses Thema gern mit Ihnen im Innen- und Rechtsausschuss weiter, aber auch mitberatend im Sozialausschuss.

Lassen Sie mich noch eines anmerken: Auch in den **Städten** gibt es **bezahlbaren Wohnraum**. Die Studierenden möchten sich ihre Stadtteile aber gern aussuchen. Dort, wo sie vermehrt wohnen möchten, gibt es Schwierigkeiten mit bezahlbarem Wohnraum. Aber glauben Sie mir: Das trifft auch für Hamburg zu. Es gibt in Städten wie Kiel, Flensburg und Lübeck immer noch bezahlbaren Wohnraum. Da reicht der Blick hinüber auf die andere Seite der Förde. Da werden Sie immer noch bezahlbaren Wohnraum finden. Leider ist die Auswahl in den Stadtteilen begrenzt. Auch das sollten wir mit berücksichtigen.

Ich bin mir sicher, dass der Innenminister entsprechende Konzepte vorlegen wird, um die Stadtteile, in denen Menschen nicht mehr wohnen wollen, attraktiver zu machen. Dann schaffen wir es auch mit dem bezahlbaren Wohnraum für alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine **Wohnung**, ein Dach über dem Kopf, ist **Menschenrecht**, Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen und wird teilweise doch immer mehr zum Luxus, jedenfalls in Teilen unseres Landes.

Wie wir aus dem Bericht des Innenministers zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Wohnraum in Schleswig-Holstein wissen, stellt sich die **Lage** sehr **heterogen** dar. Das haben wir erst vor Kurzem in diesem Hohen Hause diskutiert.

In größeren Städten und im Hamburger Rand, aber auch auf einigen Inseln und in touristischen Hochburgen, ist Wohnraum knapp und wird teurer, in einigen ländlichen Regionen entstehen Leerstände, Mietpreise gehen zurück.

Herr Minister, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Mieten in Schleswig-Holstein über einen längeren Zeitraum um insgesamt 1 % gestiegen sind. Diese Zahl bringt uns allerdings nicht weiter, weil die Probleme in den Verdichtungsregionen liegen.

Gerade in den teuren Regionen ist der **Mietspiegel** in aller Munde als Grenzwert und Ausgangspunkt für den 15-%-Mieterhöhungsdeckel und als politisch intendierte Mietpreisbremse von 10 %, wie es einige für die Bundestagswahl vorschlagen.

(Unruhe)

Ein Vermieter darf unter bestimmten Voraussetzungen nach § 558 BGB eine **Mieterhöhung** bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete verlangen. Stimmt der Mieter einer Erhöhung innerhalb einer bestimmten Frist nicht zu, kann der Vermieter auf Zustimmung klagen. Auch bei Neuvermietungen greift das.

Die PIRATEN haben damit schon ein Feld identifiziert, bei dem wir überlegen müssen, wie wir mit Änderungen zugunsten der Mieter in teuren Regionen tätig werden können.

Energiewende und **Mietnebenkosten** sind zwei Seiten einer Medaille. Wir müssen die Möglichkeit schaffen, mithilfe einer energetischen Komponente das Investoren-Nutzer-Dilemma - der eine bezahlt, der andere profitiert - bei der Modernisierung abzuschwächen. Das Bundesbauministerium lässt gerade durch eine Studie prüfen, wie ein einheitlicher Modernisierungszuschlag im Mietspiegel verankert werden kann. Eine hochkomplexe, schwierige Aufgabe, weil sich die energetische Situation sehr heterogen darstellt. Aktuell hat nahezu jede Stadt ihr eigenes Energiekriterium in den Mietspiegeln.

Ein Blick auf die Zahlen unterstreicht den Handlungsdruck: 40 % unserer Energie wird durch Gebäudenutzung verbraucht, überwiegend zum Heizen. Allein 2012 sind die **Heizkosten** um 12 % gestiegen - um 12 %! Seit 2005 stiegen die Preise für Gas um 30 %, für Fernwärme um 45 %, für Heizöl um 60 %. Wenn wir hier die Unsicherheiten für Investoren und Nutzer beseitigen, kann das für die Kosten der Gesamtmiete sehr große Effekte haben.

Wir brauchen einen **Klimazuschuss zum Wohngeld** und eine **Aufstockung der KfW-Mittel** im

(Detlef Matthiessen)

Gebäudesanierungsprogramm, wie es die Grünen im Bundesprogramm fordern. Die demografische Entwicklung lässt erwarten, dass die Bevölkerungszahl landesweit zurückgehen und das Durchschnittsalter der Bevölkerung ansteigen wird. Das gilt aber nur bedingt für die genannten teuren Gebiete in Schleswig-Holstein. Im Hinblick auf zukünftig steigende Altersarmut stellt sich dann die Frage, ob die Mieten dort noch bezahlbar sein werden.

Eine andere Gruppe sind die **Studierenden**. Wir wollen die Studierenden an unseren Hochschulen. Im erwähnten Bericht der Landesregierung zeigt sich hier eine dramatische Unterversorgung. Wir müssen einer ökonomischen Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen in den Zentren entgegenwirken. Eine Entmischung gilt es zu verhindern.

Wir haben es wohnungsraumpolitisch mit einer Zieltrias zu tun: Wir brauchen angemessene Renditen bei der Vermietung, auch im Zusammenhang mit Neubau. Wir brauchen eine energetische Sanierung. Wir brauchen eine behutsame Baupolitik mit sparsamem Flächenverbrauch.

Meine Damen und Herren, auch dazu eine Zahl: Die **Siedlungsfläche Deutschlands** wächst bei Rückgang der Bevölkerung um 30.000 ha jährlich. Das ist 30-mal der Wesselburener Koog oder die Stadtfläche von München.

Die Vorschläge der PIRATEN adressieren ein wichtiges Problem. Die Vorschläge sind ernsthaft zu diskutieren. Das wollen wir im Ausschuss tun. Auch wir sprechen uns daher wie die SPD-Kollegin für eine Überweisung an die zuständigen Ausschüsse aus. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich etwas für mich eigentlich ungewöhnliches tun. Frau Midyatli, Sie haben eine Rede gehalten, von der ich - ich hoffe, ich schade nicht Ihrer Karriere - 90 % auch hätte halten können, weil es tatsächlich um das Thema geht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das sagen Sie vor der Bundestagswahl? Danke, Herr Kubicki!)

- Sie stehen ja bedauerlicherweise nicht zur Wahl. Sie würde ich gerne nach Berlin mitnehmen. Kollege Stegner bleibt ja hier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der PIRATEN, „Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern“, geht an der **Ursache steigender Mieten** komplett vorbei. Die Idee mag im ersten Moment sympathisch klingen. Nützlich ist sie allerdings nicht.

In einem Stadtviertel sollte grundsätzlich Platz für jeden sein, für den kleinen Handwerksbetrieb genauso wie für den Anwohner und die Arztpraxis. Ein **Zweckentfremdungsverbot** konterkariert dieses Ziel und suggeriert, dass Wohnraum über alles geht. Dies könnte am Ende aber dazu führen, dass sich Gebiete zu reinen **Trabantenstädten** entwickeln, ohne jeglichen Kern, ohne eine lokale Wirtschaft, ohne Kultur- und Ausgehendmöglichkeiten und möglicherweise nur mit einer unzureichenden Daseinsvorsorge. Eine Vor-Ort-Versorgung mit den Gütern und Dienstleistungen des täglichen Gebrauchs ist an solchen Plätzen dann nicht mehr darstellbar.

Wenn Frau Midyatli darauf hinweist, dass wir **Stadtviertel** neu entwickeln müssen, um sie **attraktiv zu machen**, dann trifft das genau den Kern, um den es geht.

(Beifall FDP)

Wohngebiete, die zu reinen Schlafstätten verkommen, bieten nur wenig Anreiz. Wer möchte schon in einer solchen Wohngegend leben? Es besteht die Gefahr, dass sich ein solches Gebiet zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt; denn wo die gewohnte Daseinsvorsorge fehlt, ziehen die Menschen weg. Zurück bleiben vor allem jene, die sich einen Wegzug nicht leisten können. Solche Trabantenstädte bilden in vielen europäischen Nachbarländern wie Schweden oder Frankreich den Kern gesellschaftlicher Unzufriedenheit, die dann immer wieder in sozialen Unruhen münden. Dies müssen wir um jeden Preis verhindern.

In **touristischen Gebieten** besteht - anders als in den Ballungsgebieten - eine andere Gefahr, nämlich dass ein Zweckentfremdungsverbot nachhaltige Schäden im Tourismus anrichtet. Deshalb müssen wir die Interessen zwischen tourismus- und wohnungspolitischen Zielen sorgfältig abwägen. Der Tourismus ist eines unserer größten Wertschöpfungspotenziale im Land, und dieses Potenzial dür-

(Wolfgang Kubicki)

fen wir nicht gefährden. Deshalb warne ich davor, in Tourismusgebieten voreilig ein Zweckentfremdungsverbot zu verordnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die PIRATEN bilden mit ihren Anträgen nur Randprobleme am Wohnungsmarkt ab. Das Hauptproblem in den Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt ist, dass das **Angebot an frei verfügbaren Wohnungen** zu gering ist. Auch hierauf hat Frau Midyatli zutreffend hingewiesen. Wir müssen anerkennen, dass die Gefahr einer Verödung der Städte der Vergangenheit angehört. Es ist attraktiver denn je, in der Stadt zu wohnen. Die Städte und ihr Umland haben eine magnetische Anziehung. Um diesem Problem Herr zu werden, hilft nur neuer Wohnraum.

(Beifall FDP)

Dabei muss der Schwerpunkt bei **angepassten Kleinwohnungen** liegen; denn vor allem die Anzahl der Singlehaushalte nimmt stetig zu. Die FDP-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, die Rahmenbedingungen für die Schaffung neuen Wohnraums durch eine Wiedereinführung der degressiven Abschreibung zu verbessern, übrigens, Herr Kollege Stegner, ein Vorschlag, den auch der SPD-Spitzenkandidat zur bayerischen Landtagswahl, Christian Ude, verfolgt, ganz im Gegensatz zu den sonstigen Beschlüssen seiner Partei.

Die Mieten steigen doch nicht, weil die gesetzliche Regulierung fehlt, sondern weil vor Ort zu wenig Wohnraum zur Verfügung steht. Die Hoffnung, den Wohnungsmangel dadurch zu beheben, dass man ihn besser verwaltet, ist eine Illusion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Instrumente wie eine **Mietpreisklemme** bei Neuvermietungen sind dabei sogar kontraproduktiv. Die Hoffnung, dass sie kurzfristig den Anstieg der Mieten begrenzen, ist trügerisch; denn sie halten Investoren von neuem, dringend notwendigem Bau von Wohnungen ab. Das ist auch etwas, was Wohnungsbauunternehmen, die gemeinnützig organisiert sind, bei Diskussionen immer wieder bestätigen.

Ich bin froh, dass der Innenminister das erkannt hat und selbst erklärt, dass er einer gesetzlichen Mietpreisklemme zumindest bei Neubauten und der Grundsanierung von Wohnungen distanziert gegenübersteht. Wörtlich erklärte er bei der Vorstellung des Mietgutachtens der Landesregierung:

„Es besteht in Schleswig-Holstein die Gefahr, dass Investitionen gehemmt werden.“

Niemandem ist geholfen, am allerwenigsten den Sozialschwachen, wenn wir am Ende keine oder zu wenige Wohnungen haben; denn die Sozialschwachen würden dies bei der Wohnungssuche am stärksten zu spüren bekommen.

Auch wir plädieren übrigens wieder für eine **Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus** oder, Frau Midyatli, für mehr Belegungsrechte, die Bewohner kaufen und erwerben können, um vor allen Dingen eine Durchmischung von Wohngebieten zu erreichen, sodass da keine Gettobildung in der einen oder anderen Art und Weise geschieht.

Wenn die regierungstragenden Fraktionen aber wirklich etwas tun möchten, um den Wohnungsmangel zu bekämpfen, dann sollten sie die von der Landesregierung vorgesehene **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** auf 6,5 % - den bundesweit höchsten Satz - zurücknehmen; denn diese Erhöhung wird die Bautätigkeit sinken lassen und die Lage an den angespannten Wohnungsmärkten weiter verschärfen oder - andersherum - wegen Steigerung der Kosten der Errichtung zu höheren Mieten führen oder führen müssen. Wir werden dazu einen entsprechenden Antrag in das Haushaltsverfahren einbringen. Sie werden dann Farbe bekennen müssen, ob die Lage am Wohnungsmarkt für Sie reine Lippenbekenntnisse sind oder ob Sie tatsächlich nach Lösungen suchen. Frau Finanzministerin hat zu Recht darauf hingewiesen: Die Anträge müssen unterlegt und finanziert werden. Wir werden dies tun.

Ansonsten freue auch ich mich auf die Beratung in den Ausschüssen, an denen ich hoffentlich noch teilnehmen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Immobilien** haben einen zentralen Bezugspunkt, und das ist die **Lage**. Leere Einfamilienhäuser in Dithmarschen helfen der alleinerziehenden Mutter in Kiel herzlich wenig. Wir haben in Schleswig-Holstein nicht einen Mietwohnungsmarkt, sondern viele **regionale Märkte**. Der Innenminister hat darum die Wohnraumförderung in Ballungsgebieten und in Regionen mit Wohnungsmangel in den Vordergrund gestellt. Schleswig-Holstein steht

(Lars Harms)

in dieser Beziehung bundesweit ganz gut da, jedenfalls als Land. Andere Bundesländer sind aus dem Neubau von Wohnungen schon weitgehend ausgestiegen. Es ist gut, dass das bei uns nicht so ist. Was mit Fördermitteln geht, wird auch hier getan. Aber wir haben natürlich nicht mehr die Zuwächse wie in den 1990er-Jahren.

Andererseits ist die Landesregierung eigentlich nicht der richtige Akteur, wenn es um die Umsetzung von konkreten Maßnahmen bei der **regionalen Wohnraumversorgung** geht. Regionale Gegebenheiten, Bedarfe und Baulücken kann man nicht von Kiel aus steuern. Die Wohnraumplanung und deren Umsetzung ist also das Kerngeschäft der **Kommunen**. Wohnungspolitische Hilfestellungen können vom Land kommen. Die politischen Entscheidungen fallen aber vor Ort. Allerdings muss die Kommunalpolitik das Problem ernsthaft anpacken.

Im **ländlichen Raum** haben wir es mit einem besonderen Problem zu tun. Dort sind die Kommunen aufgrund der kleinteiligen Struktur gar nicht in der Lage, die Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, adäquat zu erfüllen. Ich würde es gern zuspitzen: Die Kleinheit schleswig-holsteinischer Kommunen behindert in vielen Fällen eine effektive Wohnraumförderung. Nehmen wir einmal an, es möchte sich ein Gewerbebetrieb im ländlichen Raum ansiedeln und seinen Beschäftigten ein lukratives Wohnungsangebot machen. Daraus wird nichts werden, solange die betreffende Kommune gar nicht die Planungskapazitäten hat. Die Folge ist, dass es keinen Wohnraum gibt und damit auch keine Investitionen.

Wir haben in **einigen Regionen** tatsächlich zu wenig bezahlbare Mietwohnungen. Es fehlt an **bezahlbarem Wohnraum** für Schüler, Studierende oder ältere Einzelmietler. Die Zahl der Haushalte hat in den letzten Jahren noch einmal prozentual stärker zugenommen als die Zahl der Wohnungen. Auch ohne Neubau sorgt allein der gesellschaftliche Wandel für eine wachsende Nachfrage nach Wohnungen. Einzelmietler, die eine kleine Wohnung benötigen, haben beispielsweise auf dem städtischen Mietwohnungsmarkt schlechte Karten.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Deshalb gilt es hier für die Kommunen, Schwerpunkte zu setzen. Besonders problematisch sieht es in unseren **Ferienorten** aus. Das aktuelle Mietgutachten für den Innenminister zeigt, dass die touristische Nutzung in einigen Feriengebieten zu Engpässen führt. In Schleswig-Holsteins Tourismusorten

liegen die Mieten über dem Landesdurchschnitt. Da ist **Sylt** einsamer Spitzenreiter. Während 2012 für nichtpreisgebundene Wohnungen durchschnittlich 6,44 € netto kalt fällig waren, musste der Sylter Mieter fast das Dreifache zahlen, nämlich 17,85 €. Bei Neubezug liegt Sylt natürlich auch über dem Landesdurchschnitt. Hier wird bei jedem Mieterwechsel noch einmal kräftig zugelangt. So wächst das Problem, dass auf Sylt - und zunehmend auch auf Föhr - Menschen, die auf der Insel arbeiten, keine bezahlbare Bleibe mehr finden.

Deshalb muss man gerade hier auf kommunaler Ebene genau darüber nachdenken, ob mögliche **Nachnutzungen von Liegenschaften** - wie zum Beispiel der Bundeswehrliegenschaften - nicht auch für den **sozialen Wohnungsbau** reserviert sein sollten. Das setzt allerdings voraus, dass die kommunale Politik den sozialen Wohnungsbau als Politikfeld der Zukunft erkennt und dann natürlich auch in der Lage ist, hier ein Zeichen setzen zu können. Wenn Einzelinteressen von Minikommunen dem entgegenstehen, dann stimmt etwas an der Struktur nicht. Auch das muss man sich immer wieder vor Augen halten, wenn wieder einmal ein Projekt gescheitert ist.

Grund- und Nebenmieten erklimmen für viele Schleswig-Holsteiner unbekannte Höhen. Diese Entwicklung kollidiert mit einer sehr moderaten Einkommensentwicklung. Mit anderen Worten: Die Erst- und Zweitmiete fressen den Mietern die Haare vom Kopf. Mieterhöhungen können die Familien nur noch ausgleichen, indem sie an anderer Stelle sparen, zum Beispiel bei langfristigen Anschaffungen. Allerdings ist die Dynamik nicht in allen Regionen vergleichbar. Auch hier müssen wir genau hinsehen.

Meine Damen und Herren, bezahlbarer Wohnraum ist nach unserer Auffassung ein Menschenrecht.

(Beifall SSW, SPD und PIRATEN)

Deshalb ist es für uns als Land notwendig, die **Strukturen** zu hinterfragen, zu fragen, ob strukturelle Probleme dazu führen, dass bezahlbarer Wohnraum nicht geschaffen werden kann. Die kommunale Seite - auch das ist sehr wichtig - muss dieses Politikfeld wieder neu entdecken. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher des Lebenshilfewerks in Mölln. - Herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag! Wir freuen uns sehr, dass Sie bei uns sind.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich unsere ehemalige Kollegin und Landtagsvizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die Landesregierung hat der Herr Innenminister Andreas Breitner.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihren Anträgen will die Fraktion der PIRATEN bezahlbaren Wohnraum durch ein Zweckentfremdungsverbot sichern und - zweitens - in bestimmten Gebieten die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von 20 auf 15 % absenken. Die gesetzlichen Voraussetzungen für diese Vorschläge scheinen identisch zu sein. Der Gesetz- beziehungsweise Verordnungsgeber kann beide Maßnahmen ergreifen, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum in einer Gemeinde besonders gefährdet ist. In der Sache muss man allerdings den jeweiligen **Schutzzweck** und die **Zielrichtung der gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten** genau betrachten. Schnellschüsse ergeben überhaupt keinen Sinn. Zunächst zum **Zweckentfremdungsverbot!** Dieses hat es bis 1999 in Schleswig-Holstein gegeben. Hintergrund war die Beobachtung, dass in angespannten Wohnungsmarktlagen Wohnungen zu oft in Büros umgewandelt wurden. Eine Verlängerung des Zweckentfremdungsverbot über 1999 hinaus war wohnungspolitisch und rechtlich nicht begründbar. Die Wohnungsmarktsituation hatte sich deutlich entspannt. Aktuell besteht die Gefahr der zu häufigen Umnutzung in Büros, die den Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung rechtfertigen könnte, nicht. In **Einzelfällen** kann allenfalls die Vermietung von Wohnungen als Ferienquartiere den Wohnungsmarkt belasten. Die Notwendigkeit eines allgemeinen Verbots der Zweckentfremdung ergibt sich daraus aus unserer Sicht jedoch nicht. Höchstens für besondere Lagen - wie zugegebenermaßen auf den **Nordfriesischen Inseln** - ist eine Prüfung und auch eine Anwendung möglich.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall PIRATEN)

Eines haben die Erfahrungen von früher auch gezeigt: Das Zweckentfremdungsverbot mit Genehmigungsvorbehalt ist ein sperriges Instrument mit **hohem Verwaltungsaufwand**, insbesondere für die Kommunen. Für die Landesregierung hat aus diesen Gründen die Prüfung einer Zweckentfremdungsverordnung derzeit keine Priorität. Wir brauchen keine generellen Lösungen für Probleme, die es im Land nur punktuell gibt.

Bezüglich der **Absenkung der mietrechtlichen Kappungsgrenze** - zweites Thema - ist zu berücksichtigen, dass derzeit in einigen Teilen des Landes - die Vorredner haben alles sehr detailliert dargestellt - die Mieten insbesondere im Neubau und für hochwertig energetisch sanierte Wohnungen steigen. Steigende Mieten sind ein Zeichen für Knappheit in einer Region, in der es zu wenige Wohnungen gibt. Sinkende Mieten sind langfristig nur durch mehr Wohnungsbau zu erreichen.

Mit unserer Offensive für bezahlbares Wohnen sind wir, so glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Die Landesregierung wird die seit Mai bestehende Möglichkeit, in angespannten Wohnungsmärkten per Rechtsverordnung die Spielräume für Mieterhöhungen einzuschränken, sehr genau prüfen. Klar ist aber: Der beste Mieterschutz sind **neue Wohnungen**. Deshalb heißt unsere Devise tatsächlich: Bauen! Bauen! Bauen! - Dazu brauchen wir private Unternehmen, denen wir Brücken in eine - dann auch rentierliche - Investition bauen.

Auf der Grundlage des kürzlich festgestellten Mietgutachtens, das landesweit Bestands- und Neuvermietungsrenten analysiert, werden wir über eine mögliche Senkung der Kappungsgrenze von 20 auf 15 % entscheiden.

(Beifall PIRATEN)

Mietpreisbremsen sind ein geeignetes Instrument, um Mietwucher zu begegnen. Wir müssen uns aber auch bewusst sein: Diese Verordnung zielt auf Miethöhen in bestehenden Mietverträgen und betrifft gerade nicht das Segment der höchsten Mietsteigerungen, die wir bei Neuvermietungen verzeichnen. Das mag ein Grund sein, warum bislang erst drei Bundesländer von ihrem Ordnungsrecht Gebrauch gemacht haben. Andere - wie Schleswig-Holstein - befinden sich in der Prüfung.

Wir werden uns sorgfältig, aber bestimmt für bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein einsetzen. - Herzlichen Dank.

(Minister Andreas Breitner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es gehört zu einer lebendigen Debatte dazu, auf das, was gesagt worden ist, zu antworten. Es war eine interessante Debatte. Auf einige Punkte, die angemerkt worden sind, möchte ich noch einmal kurz eingehen.

Ich habe zu Beginn der Debatte gehört, in **Hamburg** hätten wir eine völlig andere Situation als in Schleswig-Holstein. Dann erklären Sie doch einmal den Menschen in Norderstedt, warum für einen Meter jenseits der Landesgrenze die Situation völlig anders sein soll. In Hamburg gilt längst ein Zweckentfremdungsverbot, und die Kappungsgrenze wird auf 15 % gesenkt.

Aus der FDP-Fraktion habe ich gehört, durch ein Zweckentfremdungsverbot könnten **Trabantenstädte** entstehen. Das ist, gelinde gesagt, völliger Unfug. Das Zweckentfremdungsverbot betrifft doch nicht Neubauten. Es geht vielmehr darum, dass Bauten, die schon als Wohnungen genutzt werden, nicht umgewandelt werden dürfen. Die schon bestehenden Geschäfte können natürlich erhalten bleiben. Es kann aber nicht angehen, dass in Gebieten wie Sylt der ganze Wohnungsbestand in eine Touristenunterkunft umgewandelt wird. Auch die Menschen, die vor Ort leben, brauchen Strukturen. Sie haben eine Heimat und das Recht darauf, in ihrer Heimat zu leben.

Was das Thema **Kappungsgrenze** angeht, so hat mir Kollegin Midyatli leider nicht erklären können, wieso das Verhalten der Landesregierung nicht schizophoren ist: Einerseits stimmt der Herr Innenminister im Bundesrat einem Antrag zu, der eine generelle Absenkung der Kappungsgrenze - in ganz Deutschland! - auf 15 % vorsieht. Andererseits wird gezögert, dies wenigstens in den Gebieten Schleswig-Holsteins, in denen der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist, umzusetzen. Wenn Sie schon eine generelle Absenkung fordern, müssen Sie das erst recht hier in Schleswig-Holstein tun.

Zu dem Argument, wir brauchten keine generelle Lösung für punktuelle Probleme: Wir haben einen sehr zielgenauen Antrag vorgelegt und auch Ihr

Wohnungsmietgutachten durchgelesen. Es geht um die Gebiete mit überdurchschnittlich angespanntem Wohnungsmarkt: Hamburger Rand, Sylt, Kiel, Lübeck.

Wir haben häufig das Hohelied vom **Wohnungsneubau** gehört. Gehen Sie doch einmal zu den Menschen auf Sylt und sagen Sie denjenigen, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, dann müsse eben neu gebaut werden. Ab einem bestimmten Grad geht das nicht mehr; dann hilft der Wohnungsneubau nicht mehr. Wenn schon neu gebaut wird, dann in der Regel kein bezahlbarer Dauerwohnraum.

Ich will auch nicht unwidersprochen die Behauptung im Raum stehen lassen, nur drei Bundesländer hätten bisher von der Möglichkeit, die **Kappungsgrenze abzusenken**, Gebrauch gemacht. Es gibt nämlich weitere Länder, die diesen Schritt schon angekündigt haben. Das sind übrigens nicht nur die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, sondern auch in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen gibt es eine gesenkte Kappungsgrenze. Deswegen dürfen wir diese Entscheidung nicht auf die lange Bank schieben. Ich hoffe, dass ich Sie im Ausschuss davon überzeugen kann, dass wir das brauchen. Vielleicht halten wir auch einmal eine Ausschusssitzung auf Sylt ab, um uns die Situation vor Ort anzusehen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Dort müssen wir erst einmal ein Zimmer bekommen! - Heiterkeit)

Präsident Klaus Schlie:

Das sollten Sie jedenfalls nicht vom Wetter abhängig machen. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge auf den Drucksachen 18/899 und 18/1049 dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Nachhaltigkeitsbeirat für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/970](#)

Energiewendebeirat

(Präsident Klaus Schlie)

Änderungsantrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1071

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Jens Magnussen für die CDU-Fraktion.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die großen Aufgaben der Gegenwart bedürfen politischer Entscheidungen, die nicht nur für einen Zeitraum von fünf Jahren oder weniger gelten, wie mittlerweile in Schleswig-Holstein üblich, sondern deren Wirkung über die volle Wahlperiode hinausgeht. **Nachhaltigkeit** - insbesondere und beispielhaft seien hier die Energiewende genannt, der Landesentwicklungsplan, der Infrastrukturerhalt und dessen Ausbau sowie der demografische Wandel - bedeutet nicht, emotionale und ideologische Probleme zu lösen, sondern sachbezogen technisch und finanziell realisierbare Ziele zu verfolgen.

Herr Habeck, im Oktober vergangenen Jahres haben wir im Wirtschaftsausschuss über den **Monitoringbericht** zur Energiewende gesprochen, der diesem Haus seit Juni diesen Jahres vorliegt. Vielen Dank noch einmal dafür, aber natürlich mit einer Einschränkung: Der zugrundeliegende Antrag, der Ursache des Monitoringberichts war, beinhaltete auch die Einsetzung eines Beirates. Seit dem Bericht haben wir von diesem Beirat leider nichts mehr gehört. Aber vielleicht hat ja der Klimarat getagt. Die auf der Homepage dargelegte Zusammensetzung dieses Beirats lässt mich jedoch daran zweifeln.

Die derzeitigen Missstände an unseren verkehrlichen Infrastrukturen und die Hemmnisse sprechen Bände. Das Handwerk und die Unternehmensverbände äußern große Sorge. Herr Ministerpräsident, Sie stehen in der Verantwortung, die Missstände konstruktiv und nachhaltig abzustellen. Die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit.

Wir haben ein Defizit an Entscheidungs- und Gestaltungskraft. Nachhaltigkeit lässt sich politisch organisieren. Nachhaltigkeit fordert immer auch die Bereitschaft, auf die Verwirklichung von ideologischen Idealen im ersten Augenblick zu verzichten. Wenn Sie alle Bäume im Wald auf einmal fällen, haben Sie den maximalen Holzertrag, aber Sie haben schon im nächsten Jahr überhaupt keinen Ertrag mehr. Nachhaltige Politik verlangt die Bereit-

schaft zum kurzfristigen Verzicht, um mittel- und langfristige Wachstumschancen und Gewinnchancen zu realisieren. Effekthascherei durch Ideologie schadet dem Land und seiner Entwicklung.

Die meisten Fehler von **Großprojekten** werden in einem frühen Planungsstadium gemacht. Die Einrichtung und Berufung eines unabhängigen und wissenschaftlich begleiteten **Nachhaltigkeitsbeirats** würde in einer frühen Planungsphase fach- und sachbezogenen Diskussionsansätze einbringen. Ein unabhängiger Nachhaltigkeitsbeirat ohne ein vorgefasstes Meinungsbild wäre ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Politik Verantwortung ernst nimmt. Deshalb ist für mich die Planung und Durchführung solcher Großprojekte wie der Energiewende der Lackmus-Test, wie ernst die Politik die Bürger nimmt und wie sehr sie mit ihrem Handeln selbst Akzeptanz schaffen kann und will.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Der gesellschaftliche Konsens ist ein Produkt von offener und ehrlicher Politik. Ohne klare Ziele und Strategien bleibt aber auch die Definition von Nachhaltigkeit unkonkret und vage. Ohne Fundament wird ein Gebäude nicht lange Bestand haben. Um zu überprüfen, ob Ziele und Strategien eingehalten werden, bedarf es verschiedener Beurteilungskriterien von Nachhaltigkeit, die zu entwickeln sind. Um Nachhaltigkeit überhaupt greifbar zu machen, müssen vorher durch einen unabhängigen Beirat Probleme ideologiefrei thematisiert werden. Diese Indikatoren müssen dann im Abstand von zwei Jahren in Indikatorenberichten aktualisiert und der aktuelle Stand und die Entwicklung dargestellt werden. Glaubwürdigkeit von Politik hängt auch von externer unabhängiger Begleitung und von einem unabhängigen Nachhaltigkeitsbeirat ab.

Die CDU bittet um Abstimmung in der Sache, da für Nachhaltigkeit endlich Fakten geschaffen werden müssen.

(Martin Habersaat [SPD]: Ideologiefrei!)

- Sehr gut.

Die CDU steht für einen Nachhaltigkeitsbeirat, der in der Staatskanzlei angesiedelt ist. Den Antrag der regierungstragenden Fraktionen lehnen wir ab, da er für das Gesamtspektrum der Aufgabenfülle - wie am Anfang geschildert - aus unserer Sicht zu kurz gesprungen ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und denjenigen, die heute Mittag nicht in

(Jens-Christian Magnussen)

die Ausschussberatung müssen, einen guten Appetit.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Magnussen, es ist wunderbar, dass auch Sie jetzt die Nachhaltigkeit entdeckt haben. Wenn Sie sagen, unser Antrag sei zu kurz gesprungen, kann ich nur sagen: Es wäre schön, wenn bei Ihnen dann in der Nachhaltigkeitsrede der Klimaschutz ein bisschen stärker vorgekommen wäre. Wir als SPD haben deswegen auch ein Zeichen mit unseren Koalitionspartnern setzen wollen, dass wir ganz klar beim Umweltminister einen **Klima- und Energiewendebeirat** ansiedeln wollen, wo er auch hingehört.

Über Klimawandel wird in der letzten Zeit eigentlich viel zu wenig geredet. Wenn wir über Energiewende reden, reden wir eigentlich immer wieder über Stromerzeugung und darüber, dass wir die Energiepolitik von der Atomkraft wegbekommen müssen, aber wir reden nicht darüber, wie wir eigentlich zukünftig den **Klimaschutz**, wie wir ihn in Kyoto verabredet haben, umsetzen wollen.

Deswegen sage ich hier ganz klar: Wir werden einen Klimaschutz- und Energiebeirat einrichten, der diese Punkte hier berücksichtigt. Der ist beim Umweltministerium richtig gut angesiedelt

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Klimarat haben wir schon, Kollege!)

- Ja, jetzt können Sie wieder zuhören. Ich finde es gut, dass Sie - als derjenige, der noch über Atomkraftwerke als Rückgrat der deutschen Energiepolitik gesprochen hat - endlich so weit gekommen sind, dass Sie jetzt auch die erneuerbaren Energien unterstützen.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Gut, dass Sie mich haben!)

Ich habe vorhin gehört, dass Sie sich auch von der Kohlekraft verabschiedet haben. Das finden wir auch gut.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Gut, dass Sie mich haben!)

- Ja, ich sage nur, dass wir diese Diskussion eben auch schon geführt haben.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Insofern ist es richtig, dass wir die Bedeutung des Klimaschutzes wieder mehr in den Fokus und in den Mittelpunkt unserer Debatten rücken. Es ist erschreckend, wenn man sehen muss, wie zurzeit die Pole abschmelzen, wie immer mehr Gletscher abschmelzen. Hiergegen müssen wir als Schleswig-Holsteiner etwas tun, weil wir es hier wegen eines erhöhten Meeresspiegels spüren werden. Wir müssen diese Herausforderung auch für unser Land bewältigen. Deswegen werden wir unserem Antrag zustimmen, und Nachhaltigkeit - das, was Sie angesprochen haben - werden wir sicher noch mit aufnehmen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir möchten den zu schaffenden Beirat lieber **Energiebeirat** nennen oder **Energiewendebeirat**. Wir fordern die Landesregierung auf, einen solchen Energiebeirat Schleswig-Holstein als Beratungsgremium zu berufen, das dem Land unabhängig und auf fachlich hohem Niveau bei der Mammutaufgabe Energiewende zur Seite steht - eine Frage-, Denk-, Konzept- und Kritikfabrik. Mit der Umbenennung wollen wir dem Antragsteller entgegenkommen. Wir meinen, dass Nachhaltigkeit im Vergleich dazu vielleicht ein deutlich breiter zu definierender Begriff ist und

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Das ist so gemeint, Herr Kollege!)

daher unser Begriff da besser passt.

(Volker Dornquast [CDU]: Das widerspricht sich doch nicht!)

Insofern verstehen Sie bitte unseren Änderungsantrag nicht als dagegen gerichtet, sondern als eine leichte Richtungskorrektur.

Wenn der Energiebeirat die Aufgabe haben soll, die Umsetzung und **Fortschreibung** des **integrierten**

(Detlef Matthiessen)

Energie- und Klimaberichts für Schleswig-Holstein zu begleiten, dann ergeben sich doch noch eine Reihe von Fragen hinsichtlich Auswahl der Mitglieder des Beirats, Häufigkeit der Sitzungen, Zusammenarbeit mit dem Landtag und so weiter. Daher beantrage ich hier eine Abstimmung in der Sache über die beiden Anträge, die hier zur Abstimmung stehen, nämlich dass der Landtag einen solchen Energiebeirat befürwortet, dann aber doch auch eine Überweisung an den zuständigen Wirtschaftsausschuss, um die nähere Ausgestaltung dort zusammen mit der Landesregierung zu beraten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hören immer wieder den Begriff Nachhaltigkeit in fast allen Reden der Koalitionsabgeordneten und der Minister. Doch niemand weiß, ob das Handeln der Regierung und der Koalition wirklich nachhaltig ist und ob einige Maßnahmen überhaupt sinnvoll sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nachhaltig schlecht!)

- Oder sie sind nachhaltig schlecht, genau.

Um vor allem im Bereich der **Energiewende** das Handeln **wissenschaftlich** zu begleiten, hatten wir in der vergangenen Legislaturperiode nicht nur einen jährlichen Bericht eingefordert, sondern eben auch die Einrichtung eines Beirats, der die Ergebnisse unabhängig bewertet. Zwar konnten wir über den Bericht in der Juni-Tagung sprechen, aber den begleitenden Beirat gibt es bis heute nicht.

Vielleicht fürchtet Minister Habeck, dass der Beirat Kritik an seinem derzeitigen Vorgehen beziehungsweise an dem nicht wirklich vorhandenen Handeln äußert. Denn bis auf Diskussionen mit dem Bundesumweltminister über Atomzwischenlagerungen und der Genehmigung von Aufsuchung und Bewilligung von Gebieten zur Beförderung von Kohlenwasserstoffen scheint das Ministerium in diesen Bereichen in den vergangenen Monaten nicht besonders weit gekommen zu sein.

Damit es nicht zum Stillstand oder zu Fehlentwicklungen kommt, sollte der Beirat eine vernünftige

Begleitung der **Energiewende** gewährleisten. Deshalb begrüße ich auch den Antrag der CDU-Fraktion, dem wir zustimmen werden, um eben auch diesen Beirat noch ein wenig auszuweiten auf andere Themen zum Stichwort **Nachhaltigkeit**.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Denn spätestens seit der Einführung des Programms PROFI ist auch deutlich geworden, wie wichtig ein solcher Beirat wäre. Im Rahmen von PROFI sollen Millionen € für Sanierungsprojekte ausgegeben werden, und die Landesregierung ist nicht in der Lage, uns genau darzustellen, ob sich die Maßnahmen rentieren werden und wie sinnvoll diese Maßnahmen wirklich sind. Wir benötigen endlich eine wissenschaftlich geprägte Sicht auf solche Maßnahmen und nicht nur den ideologisch geprägten Blick durch die grüne Brille.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Man könnte den Beirat auch thematisch noch breiter aufstellen. Schließlich wurden in den letzten Monaten auch in anderen Bereichen Entscheidungen durch die grüne Brille getroffen. So hat der grüne Umweltminister ohne Not und ohne jegliche wissenschaftliche Begleitung einen neuen **Knickerlass** in Kraft gesetzt. Eine abschließende wissenschaftliche Begründung für die willkürlich festgelegten 50-cm-Randstreifen gibt es nicht. Ob dieser Erlass zu einem verbesserten Natur- und Artenschutz führen wird, ist ebenfalls nicht abschließend geklärt. Dafür wird ein ganzer Berufsstand unter dem Deckmantel des Natur- und Artenschutzes gegängelt. Darüber werden wir nachher noch einmal reden. Das war jetzt nur das Anteaesern dafür. Herr Schulze, solche Punkte könnte man von dem Beirat dann auch wissenschaftlich begleiten lassen.

Neben diesen bereits getroffenen Entscheidungen steht unser Land noch vor weiteren fragwürdigen Entscheidungen. Die Landesregierung hat bereits angekündigt, erneut den **Landesentwicklungsplan** zu verändern und auf den Prüfstand zu stellen. Was diese Änderung, nur wenige Jahre nach der letzten Neufassung, mit nachhaltiger Politik zu tun hat, ist mir wirklich schleierhaft.

(Beifall FDP)

Statt zunächst einmal die Steuerungswirkung des gültigen Landesentwicklungsplans abzuwarten, soll sich die Wirtschaft direkt wieder auf einen neuen Entwicklungsplan einstellen. Nachhaltige Politik sieht wirklich anders aus, meine Damen und Herren.

(Oliver Kumbartzky)

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es geht der Koalition momentan wirklich nur darum, ihre eigenen ideologischen Überzeugungen durchzusetzen. Das wird auch im jetzt vorliegenden **Dauergrünlanderhaltungsgesetz** deutlich. Hier soll wieder einmal ohne ausreichende Prüfung ein großer Teil unseres Landes quasi aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen werden. Welche Konsequenzen daraus für weitere Flächen und die Städte entstehen und ob es dadurch zu der erhofften Verbesserung des Naturschutzes kommt, ist zumindest fragwürdig.

Lassen sie uns also gemeinsam einen Beirat ins Leben rufen. Wir werden dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen, wir streiten nur noch über Definitionen. Herr Matthiessen, ich habe noch nicht genau verstanden, ob Sie das jetzt in den Ausschuss überweisen wollen oder erst über den Antrag abstimmen und dann noch einmal im Ausschuss darüber reden wollen, wie man das im Einzelnen ausfüllt. Ich glaube, das haben auch Ihre Koalitionspartner noch nicht ganz nachvollzogen. Das werden wir dann sehen. Wir werden uns auf jeden Fall bei Ihrem Antrag enthalten. Hauptsache wir bekommen diesen Beirat, um dann in der Sache endlich voranzukommen.

Ich denke, auch für den Minister kann ein solcher Beirat von Vorteil sein. Wenn Sie alle von Ihrer Politik überzeugt sind, sollten Sie den Beirat auch nicht fürchten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Lassen sie mich verfahrensbegleitend sagen, dass sich bisher alle Rednerinnen und Redner dafür ausgesprochen haben, heute in der Sache abzustimmen. Wenn etwas anderes gewünscht sein sollte, werden wir das sicher noch erfahren.

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist also an der Zeit, dass wir einmal etwas anderes hören. Um den Ernst der Sache diskutieren zu können, plädieren wir dafür, die Vorlagen in die entsprechenden Ausschüsse zu überweisen. Alles andere ist populistischer Wahlkampf, und dafür ist uns sowohl das Thema Nachhaltigkeit als auch das Thema Energiewende zu schade.

(Beifall PIRATEN)

Die CDU-Fraktion wünscht sich einen **Nachhaltigkeitsbeirat** für Schleswig-Holstein. Das wissen wir seit zwei Monaten. Wir haben das diskutiert, und wir haben gesagt: Das ist im Grundsatz ganz gut. Es ist aber auch ein bisschen witzig, dass die CDU jetzt so einen Beirat einrichten will, um zu sehen, ob die jetzige Landesregierung das Programm der ehemaligen Landesregierung auch wirklich umsetzt. Aber schön, darüber kann man ja reden.

Die SPD hat zwei Monate seit der Einbringung des CDU-Antrags gebraucht, um uns vor zwei Tagen ihren Änderungsantrag zu präsentieren. Es handelt sich um einen Vierzeiler, in dem gefordert wird, einen **Energiewendebeirat** einzusetzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Problem an beiden Anträgen ist, dass sie sachlich nicht definiert sind, dass sie nicht überprüft sind und wir nicht bereit sind, aufgrund einer solchen Verkürzung der breiten Thematik diesem Populismus heute zuzustimmen. Wenn Sie die Diskussion in den Ausschüssen wirklich wollen, wenn es wirklich einen Beirat geben soll, der auch im Interesse des Parlaments gemeinsame Ziele verfolgt, dann sollten wir das definieren. Dann sollten wir auch überprüfen, inwieweit **Kosten** entstehen. Denn ein Beirat muss vernünftig ausgestattet sein. Es kann nicht sein, hier einfach zwei Anträge gegeneinanderzustellen. Offen gesagt, damit meine ich nicht, dass wir dagegen sein. Aber wenn Sie zwei Monate brauchen, um einen fünfzeiligen Antrag zu formulieren, dann frage ich mich, ob da etwas in der Koalition selbst nicht stimmt, weil Sie sich nicht einig sind, oder was das sonst eigentlich soll.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Das fragen Sie sich noch?)

- Ja, anders kann ich mir das nicht erklären. Ich meine, für vier Zeilen brauche ich nicht zwei Monate. Entweder steckt wirklich ein dicker Knochen dahinter, oder es ist nicht ernst gemeint.

Aber jetzt zu dem, was wir gern möchten. Deshalb beantragen wir auch, das in die Ausschüsse zu überweisen. Wir diskutieren bereits das **Dauergrünlanderhaltungsgesetz**. Wir haben im Moment das Problem, dass einige Landwirte damit drohen, in Zukunft keinen Acker mehr in Grünland umzuwandeln, weil sich das nach dem momentan vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung nicht mehr rückgängig machen lassen würde. Kurzum: Der Gesetzentwurf ist kontraproduktiv.

(Angelika Beer)

(Sandra Redmann [SPD]: Was ist das denn für eine Logik!)

Er verärgert die Bauern und nutzt dem Naturschutz daher nur bedingt. Der Bundesverband der Deutschen Milchviehalter schlägt die Gründung eines Kompetenzzentrums vor, ein **Grünlandkompetenzzentrum**. Das ist ein anderer Bereich, aber das sind Bereiche, die wir zusammen diskutieren müssen. Dann erst werden wir letztlich sagen können, welche Kapazitäten und welche Mittel wir haben, um alle guten Vorschläge zusammenzubringen und vielleicht etwas auf die Beine zu stellen, was auch Strategien nach vorne entwickeln kann.

Ein solches Kompetenzzentrum auch im Rahmen des von mir erwähnten Dauergrünlanderhaltungs-gesetzes ist im Koalitionsvertrag vorgesehen. Das steht damit also gar nicht im Widerspruch. Selbst die Koalition hat in ihren eigenen Papieren einen solchen Weg vorgezeichnet. Auch die Opposition, das ist Seite 38 des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts, sieht das ähnlich. Deshalb frage ich mich, warum hier eine Sachdebatte verhindert wird.

Ich bleibe dabei: Wir möchten die Überweisung der Vorlage in den Ausschuss. Wir sind an der Sache interessiert, wir möchten einen Beirat mit ausformulieren. Wir wollen unsere Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, nicht ad acta legen. Dafür brauchen wir keinen Beirat, sondern wir brauchen einen Beirat, der wissenschaftlich nach vorne zeigt und begleitet. Dafür taugt keine Ad-hoc-Abstimmung. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der **Agenda 21** wurde bereits 1992 von den Vereinten Nationen ein Aktionsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung ins Leben gerufen. Sie dient als Leitfaden für alle gesellschaftlichen Organisationen, die Wirtschaft und die Politik. Auch wenn wir heute nicht mehr viel von den Agenda-21-Bündnissen hören, ist zu erkennen, dass sie ihre Spuren in unserem täglichen Leben hinterlassen haben. In Anbetracht der Zeit - ich sollte mich kurzfassen -, werde ich jetzt darauf verzichten, weiter auf diese Agenda im Detail einzugehen.

Ich werde mich darauf konzentrieren, dass sich die **Aufgaben** inzwischen **verlagert** haben. Gerade der Ausstieg aus der Atomenergie und der mittelfristige Ausstieg aus den fossilen Energieträgern sowie die Einhaltung der Klimaziele sind für uns eine Herkulesaufgabe, die uns vor ganz große Herausforderungen stellen. Ich meine deshalb, dass es wichtig ist, dass die Landesregierung zur Energiewende und zum Klimaschutz jährlich einen Bericht veröffentlicht, den wir im Parlament und in den zuständigen Fachausschüssen beraten und evaluieren können. Wir können dann die entsprechenden Schlüsse aus diesem Bericht ziehen und sie zu einem Leitfaden für die Aufgaben der Politik machen.

Mit der Einberufung eines Beirats, der die Umsetzung der Energiewende begleitet und Empfehlungen zu Schwerpunkten bei der weiteren Umsetzung formuliert, schaffen wir eine zusätzliche Instanz, die als unabhängiges Beratungsgremium der Landesregierung beiseitesteht. Aus diesen Empfehlungen wird auch das Parlament profitieren, um politische Entscheidungen zu Schwerpunkten der Energiewende zu treffen.

Den Beschluss, einen Energiewendebeirat einzuberufen, sehe ich als Handreichung, um die Meinungsbildung bei allen politischen und gesellschaftlich Verantwortlichen zu fördern. Entscheidungsträger ist und bleibt aber die Politik.

Energiewende und Einhaltung der Klimaschutzziele sind originäre Themen der Agenda 21. Es gilt, dies wieder stärker in den Fokus der Bevölkerung zu rücken. Der Energiewendebeirat könnte als Vorbild dienen, um auf lokaler Ebene ein vergleichbares beratendes Gremium einzurichten, um die jeweiligen Kommunen bei energiepolitischen Zukunftsfragen zu beraten. Daher meine ich, wir sollten in der Sache abstimmen. - Danke.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Jens Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Redezeit nicht verlängern, aber ich möchte für die CDU erklären, dass wir dem Wunsch der PIRATEN nachkommen, eine Ausschussüberweisung vorzunehmen, weil uns das Thema Nachhaltigkeit mehr am Herzen liegt, als nur einen Beirat zu installieren. - Vielen Dank.

(Jens-Christian Magnussen)

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich erstens an die Adresse von Herrn Kumbartzky gerichtet sagen: Ihr Beitrag war in vielen Bereichen so nachhaltig kenntnislos, dass es schwer für mich sein wird, jetzt auf alle Themen einzugehen. Wir haben heute Nachmittag noch Zeit, da lässt sich leicht einiges aufklären. Auf den Bereich **Energie** würde ich allerdings jetzt gern zu sprechen kommen.

Zweitens sehe ich mir die unterschiedlichen Positionen und das an, was hier gefordert wird. Es reicht vom Knickerlass über die Auswertung von im Verfahren befindlichen Gesetzen wie dem Grünlanderhaltungsgesetz bis zur Evaluation der Energiewende. Ich hoffe, es ist nicht frech, wenn ich darauf hinweise, dass es nicht verboten ist, wenn der Landtag selbst ein Gremium einberuft beziehungsweise dieses Gremium bei sich ansiedelt. Vielleicht sind dann mehr Wünsche zu erfüllen. Ich jedenfalls habe Schwierigkeiten zu verstehen, was die Redner der Opposition mit diesem Beirat wirklich bezwecken wollen.

Ich bin dankbar für die Konkretisierungen durch den Antrag der Regierungsfractionen. Dieser Antrag ist klar und deutlich und auf die Sache bezogen. Er gibt einen klaren Arbeitsauftrag, nämlich die **Evaluation** des Fortschritts und des Zustands der **Energiewende**. Das ist handhabbar, hier weiß man, woran man ist. Da weiß man auch, dass man keine Erwartungen enttäuscht, wenn man versucht, diesen Beirat einzusetzen. Erlauben Sie mir, darauf hinzuweisen, dass ein Beirat, sei er so ideologiefrei besetzt, wie er sein mag, niemals die politische Entscheidung ersetzen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben gerade über das CCS-Gesetz gesprochen. Sollte ein Beirat zu dem Schluss kommen, CCS sei eine nachhaltige Form der Energieproduktion, so werde ich Ihnen garantieren, dass ich diesem Rat nicht folgen werde. Ich glaube, auch der Landtag würde dies nicht tun.

(Beifall PIRATEN und Olaf Schulze [SPD])

Das bedeutet einmal mehr, dass Rat gut ist, dass sich eine Demokratie aber nicht über neutrale oder ideologiefreie Gremien definiert. Gerade zum Thema **Energiewende** muss man sagen, dass es hier einen **harten Interessenkonflikt** gibt. Die Energiewende ist ein Kampf um die Energiepolitik in Deutschland. Hier geht es um Cents und um Milliardenbeträge. Zu glauben, es gäbe eine Neutralität in der politischen Beratung, ist nicht von dieser Welt und wird der Debatte, wie wir sie führen, nicht gerecht.

Was kann also ein **Beirat**, wie ihn die regierungs-tragenden Fraktionen wollen, leisten? - So wie ich ihn mir vorstelle und wie ich ihn gern einberufen würde, würde er dem **Bericht**, der zum Zustand der Energiewende für den Landtag erstellt wurde, **evaluieren** und dann entlang der konkreten Sachentscheidung überprüfen, ob die Dateninterpretation, die diese Regierung vornimmt, richtig ist.

Das bezieht sich beispielsweise auf die Annahme, dass der **Strom aus erneuerbaren Energien** beispiellos **günstig** ist. Ja, wir haben Abschaltungen, aber noch immer ist es so, dass der Onshore-Windstrom der Billigmacher der Energiewende ist. Daraus leiten wir sowohl politische Schlussfolgerungen für die anstehende EEG-Reform als auch für die bundespolitische Debatte ab. Sollten wir die Interpretation falsch aufstellen, wäre es hilfreich, dies vom Beirat gesagt zu bekommen.

Der Beirat könnte uns Hinweise über die **Biomassenutzung** in der Zukunft geben: Ist es sinnvoll, Biogasstrom einzuspeisen, wenn schon Windstrom das Netz füllt? Oder müssten die Fördersysteme umgestellt werden? Er könnte uns Hinweise zu der Abstimmung des Zubaus der erneuerbaren Energien und dem Netzausbau geben. Das erwarte ich von dem Beirat, nämlich dass er die Arbeit der Landesregierung konkret evaluiert.

Es ist mir sehr wichtig, für diesen Beirat nicht Menschen, Wissenschaftler oder Politiker zu gewinnen, die keine Meinung haben. Sie sollen gerade eine Meinung haben. So ein Beirat ist erst dann stark, wenn dort **meinungsstarke Persönlichkeiten** agieren. Daraus folgt aber auch, dass die Politik, also das Ministerium, die Landesregierung, aber auch die Landtagsfraktionen selbst eine Meinung haben muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Minister Dr. Robert Habeck)

Da ich dabei bin, erlauben Sie mir noch, auf drei oder vier Punkte hinzuweisen, die den Zustand der Energiewende in Schleswig-Holstein und die Umsetzung präsent machen. Ich möchte darauf hinweisen, dass das **Amt für Planfeststellung** neu aufgestellt wurde. Wir haben mit den Netzbetreibern in engen Gesprächen eine Abstimmung des Vorgehens erreicht, sodass wir immer genau wissen, wer wann welchen Schritt tut. So werden wir die Westküstenleitung drei Jahre schneller bauen können, als es ursprünglich geplant war.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die **Leitung Hamburg/Nord-Dollern** planfestgestellt ist. Das ist der erste große Schritt. In diesen Tagen wird mit dem Bau begonnen. Das ist die Leitung, die den Strom an Hamburg vorbei über die Elbe führt und somit im Laufe des nächsten Jahres ein Nadelöhr des Stromabtransports aus Schleswig-Holstein beseitigt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es aus diesen Gesprächen heraus gelungen ist, trotz des Zubaus von 2 TWh, wir sind im Jahr 2012 von 7 auf 9 TWh gekommen, die **Abschaltungen** in Schleswig-Holstein auf dem gleichen Niveau zu halten. Wir haben etwa ein Viertel mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert, aber die Abschaltungen sind durch Umbeseilung und durch ein kluges Monitoring gleich geblieben. Sie sind noch immer zu hoch, aber immerhin haben wir einen Zubau an erneuerbaren Energien und keine weiteren Abschaltungen.

Es ist gelungen, den Korridor C, das ist der **HGÜ-Korridor**, der den Strom letztlich von der Westküste nach Bayern und Baden-Württemberg transportieren soll, so zu verhandeln, dass dies der erste Korridor ist, der bundesweit gebaut wird, und dass dort als Vorzugsbehandlung eine Erdverkabelung der HGÜ-Leitung möglich ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das ist eine politische Leistung gewesen, die nicht umsonst zu haben war. Sie wird uns die Perspektive eröffnen, dann, wenn wir 2017/2018 mit der Westküsten- und der Ostküstenleitung fertig sind, den Strom auch nach Süddeutschland zu bringen. Wir haben das Rennen gegen Niedersachsen gewonnen, das **NORD.LINK-Kabel** als erstes landplanfestzustellen. Die Anträge sind eingereicht, die Leute sitzen an der Bearbeitung. Auch hier ist im Jahr 2015 mit der Planfeststellung zu rechnen, sodass wir dieses Kabel in den Jahren 2017/2018 bauen können. Sollte sich mit dem HGÜ etwas verzögern, so hätten wir dort einen zweiten Korridor.

Weiterhin sind wir dabei, und ich bin zuversichtlich, dass es gelingt, die Entscheidung an der Ostküste zu revidieren, sodass wir auch dort einen Netzausbaupfad beschreiten können und als nächsten Netzentwicklungsplan die Ostküstenleitung in einer kleineren Dimension einbauen können, und zwar durch die Aufgabe der Leitung Kiel-Göhl und durch den Einbau der Leitung Kiel-Lübeck.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu sagen, die Energiewende in Schleswig-Holstein gehe nicht voran, heißt, die Augen zu verschließen. Ich hoffe, ein Beirat wird uns helfen, die Objektivität wieder in diese Debatte einzuführen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/970 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/1071 als selbstständigen Antrag federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:08 bis 15:02 Uhr.)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten wieder in die Beratung ein.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/1028](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag zum Erhalt einer bäuerlich-unternehmerischen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein wird Sie nicht verwundern. Warum? Wir sind im Wahlkampf - das möchte ich hier gern zugeben -, und in 14 Tagen wird eine sehr wichtige Veranstaltung stattfinden: Die NORLA steht vor der Tür.

Sehr geehrter Herr Minister Habeck, Sie sind über ein Jahr im Amt. Bei der NORLA wird alles aus dem ländlichen Raum, was Rang und Namen hat, auflaufen. Dort wird darüber diskutiert, wie es zukünftig in der Landwirtschaft weitergehen soll und wie es in der Vergangenheit in Schleswig-Holstein gelaufen ist.

Sie werden mich natürlich fragen: Was verstehen Sie unter einer **bäuerlich-unternehmerischen Landwirtschaft**, und warum gibt es Unterpunkte in dem Antrag? Ich kann Ihnen deutlich sagen, wie die Definition unserer Meinung nach lautet: Natürlich sind die familiengeführten Einzelunternehmen, die an Fläche und Eigentum gebunden sind, die persönlich haften und im ländlichen Raum verwurzelt sind, die Betriebsform, die wir von der CDU in Schleswig-Holstein nach wie vor politisch stützen wollen. Die Strukturen gibt es hier bei uns: Es gibt über 13.000 Vollerwerbsbetriebe, ökologisch und konventionell bewirtschaftete. Wir wollen sie im globalisierten Markt weiterhin wettbewerbsfähig halten. So weit, so gut.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Herr Minister, ich werde jetzt versuchen, Ihnen zu erklären, warum das aus unserer Sicht mit der jetzigen Landesregierung, insbesondere mit dem grün geführten Landwirtschaftsministerium in Zukunft so nicht machbar sein wird. Dabei geht es nicht nur um die Stimmung bei den Bauern. Es gibt auch hinsichtlich Recht und Gesetz etliche Dinge, die wir heute anprangern wollen. Auf dem Landesbauerntag auf der NORLA im letzten Jahr haben Sie - das habe ich erwähnt - einen durchaus respektablen Start hingelegt. Darauf reagierte auch der Landeshauptausschuss. Wir haben alle von Dialog gesprochen. Es gab klare Zielvorgaben: Bis Weihnachten müssen Sie die **Düngeverordnung** umsetzen, liebe Bauern! - Auch das ist geschehen. Eigentlich haben Sie mit Ihrer Verwaltung nur die gängige Rechtslage kontrolliert. Ich denke, dass das in der Ausübung so richtig war.

Aber dann - siehe da -, Mitte Januar, die Lager waren voll, die Ersten fuhren raus, keiner wusste, ob der Boden noch gefroren war, ob es getaut hat, ob

der Boden befahrbar war. Eine große Unsicherheit hat sich breitgemacht. Angesichts der Berichte auf Kreisbauertagen fragt man sich, ob es nicht in Ordnung wäre, den Spielraum angesichts so schwieriger Verhältnisse einmal etwas größer zu fassen, wenn die Polizei nicht gleich mit Blaulicht losfahren würde, um einen Gülletransporter zu stoppen.

So ging das weiter. Sie können sich erinnern, dass wir im Ausschuss über das **Tierschutz-Verbandsklagerecht** diskutiert haben. Das ist eine Idee, über die nicht nur in Schleswig-Holstein schon seit etlichen Jahren diskutiert wird, sondern auch in anderen Bundesländern. Aufgrund der Ergebnisse der Anhörung wissen Sie, dass das, was Sie als Gesetzesnovellierung vorgelegt haben, ein riesiges bürokratisches Monstrum darstellen würde. Das zeugt nicht von Vertrauen in die eigenen Behörden. Im Gegenteil, es wurde sogar von Rechtsbeugung durch die eigenen Behörden, besonders die Kreisveterinäre gesprochen. Das unterstellen Sie ihnen indirekt. Sie haben das verschoben. Warum haben Sie das verschoben? Weil Sie wissen, dass das so nicht umsetzbar sein wird und das Thema aller Wahrscheinlichkeit nach nach der Bundestagswahl wieder auf der Tagesordnung stehen wird.

Wir haben aber auch ein Dauergrünlanderhaltungsgesetz im Entwurf von Ihnen erhalten, und zwar am 5. Juni 2013, also vor wenigen Monaten. Herr Voß, Sie wissen, dass wir lang und breit darüber diskutiert haben, zwar nicht in der ersten Lesung - die ist zu meinem Bedauern abgesetzt worden -, aber wir haben darüber diskutiert. Sie kommen aus der Wilstermarsch. Wie soll es werden? Wollen Sie die halbe Wilstermarsch unter Schutz stellen? Soll das ein einziges Biotop werden? Wollen Sie die Leute, die über Jahrhunderte dort vorbildlich **Dauergrünlandwirtschaft** betrieben haben - im Kreislauf - abstrafen? Auch dieses Thema wird nach der Wahl auf der Tagesordnung stehen.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie können natürlich gern Fragen stellen.

Ich erinnere an die Novellierung des **Landesjagdgesetzes**. Auch das wurde aufgeschoben. Politischer Wille ist bleifrei. Die Unsicherheit ist sehr groß. Mit Blick auf den Bundesgesetzgeber, aber auch wegen der fachlichen Beiträge in der Anhörung wurde das verschoben. Auch dieses Thema wird nach der Wahl kommen.

Es kommt noch besser: Knickverordnung. Dazu müsste ich etwas länger reden. Herr Habeck, Sie sa-

(Heiner Rickers)

gen immer, ein halber Meter sei der Kompromiss. Einen Meter haben Sie geplant. 70 Grad oder 90 Grad? Bei Frost oder nicht? Wie gehen Sie mit dem Grünland um? Die schwierigste Frage wird sein: Wie gehen Sie mit den Innenbereichen um? Darf mein Nachbar nur noch Rasen mähen, oder darf er bis an meinen Knick, wenn er mir gehört, pflastern? Wie wird das umgesetzt? Sie haben versprochen, innerhalb kürzester Zeit eine Broschüre herauszugeben. Auf diese Broschüre warten wir immer noch.

Es gilt ein Prinzip: Wer damals den Baum abgesägt hat, braucht sich heute nicht mehr zu kümmern. Wer den Knick beseitigt hat, braucht sich auch nicht mehr zu kümmern. Von Freiwilligkeit keine Spur. Sie vertrauen auf den Staat und auf Ihr Ministerium. Bürokratie und Überwachungsstaat sind Tür und Tor geöffnet. So kann es nicht sein.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Redezeit ist gleich zu Ende. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass man mit Dingen wie einem Filtererlass für große Stallanlagen vielleicht leben kann, aber nicht mit verschärften Anforderungen an die Lagerung von Mist auf Gülle auf nicht befestigten Flächen, also vornehmlich auf Grünland, was vom Ministerium zumindest angedacht wird.

Ich erinnere auch an die wiederkehrenden Initiativen zur **Tiertransport-Verordnung**. Da sollen die Transportzeiten auf vier Stunden reduziert werden. Dann können Sie kein Tier mehr aus Nordfriesland in Westfalen schlachten lassen, weil der Transport vor dem Tunnel steht und nicht nach vier Stunden, sondern erst nach zwei Tagen ankommt. Das kann nicht gehen.

Ich versuche, ein Resümee zu ziehen: Sie haben Ihr wahres Gesicht gezeigt. Der Landesbauerntag steht wieder vor der Tür. Wir erwarten einen heißen Herbst.

Ein Wort an Sie, Herr Ministerpräsident: „... Familienunternehmen sind nun wahrlich das Rückgrat unserer Wirtschaft“. Das ist ein Zitat aus den letzten Tagen von Ihnen. Das haben Sie in Glücksburg gesagt. Ich fordere Sie hier auf: Nehmen Sie Ihren grünen Umwelt- und Landwirtschaftsminister an die Kette beziehungsweise ins Gebet, und weisen Sie ihn darauf hin, dass gerade die Familienunternehmen aus dem ländlichen Bereich unter dem leiden, was er umzusetzen versucht. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Mitglieder des Seniorenbeirats Eggebek. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein - ja, in diesem Ziel sind wir uns einig. Sind wir das? Bevor wir keine gemeinsame Definition dafür haben, was wir unter bäuerlicher Landwirtschaft verstehen, bevor wir nicht wissen, ob wir die gleichen Werte, Inhalte und Zielsetzungen damit verbinden, so lange können wir dem Antrag der CDU nicht zustimmen.

Das Thema **bäuerliche Landwirtschaft** ist zu ernst, zu wichtig für dieses Land, um es, wie gerade von Herrn Rickers erwähnt, als Wahlkampfthema zu nehmen. Wir müssen in diesem Land gemeinsam, alle miteinander, um eine gemeinsame Definition ringen, auf die wir uns verständigen können. So ein Prozess ist eine Herausforderung; denn wir diskutieren nicht im luftleeren Raum. Das muss ganz konkret am Thema passieren. Deshalb werden wir die aktuellen Verfahren auch nicht stoppen. Wir brauchen die Anhörungen, die respektvolle Auseinandersetzung, die transparente Diskussion und Entscheidungen, damit wir wissen, woran wir miteinander sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Landwirtschaft** hat sich verändert. Mit diesem **Strukturwandel** geht ein zunehmender wirtschaftlicher Druck in der Landwirtschaft durch die Globalisierung und die Veränderungen der Marktverhältnisse in Deutschland und Europa einher. In vielen Bereichen hat die Entwicklung zu erheblicher Arbeitserleichterung und zu Professionalisierung geführt, zu Ertragssteigerungen und zu Wettbewerbsfähigkeit. Aber machen wir uns doch nichts vor: Das hat in Teilen auch zu mehr Dünger, zu mehr Chemie, zu mehr Nitratbelastungen im Grundwasser, zu mehr Antibiotikaeinsatz und zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Mir ist es an dieser Stelle ganz wichtig zu sagen, dass das kein Generalverdacht gegen die Landwirtschaft ist. Aber die Veränderung der Kulturlandschaft, der Verlust von Arten, das Verschwinden von Strukturelementen und so weiter sind doch für uns alle offensichtlich. Dabei haben sich Gesellschaft und Landwirtschaft immer weiter voneinander entfernt, und zwar so weit, dass viele Menschen gar keine Vorstellung mehr davon haben, wie ihre Lebensmittel produziert werden. Auf der einen Seite werden die idyllischen Bilder ländlichen Lebens hochgehalten. Auf der anderen Seite entscheidet im Supermarkt eine weit verbreitete Geiz-ist-geil-Mentalität.

Die aktuellen Überlegungen sind dringend notwendig. Wir brauchen ein Leitbild für das Tierwohl. Wir müssen unser Grünland nachhaltig erhalten. Wir müssen unser Grundwasser schützen. Wir müssen über die Küstenfischerei und die zukünftige Nutzung im Nationalpark Wattenmeer nachdenken. Das sind die Herausforderungen dieser Zeit, und dafür ist diese Landesregierung angetreten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die zum Teil heftigen und kontroversen Auseinandersetzungen zeigen, wie weit sich Interessengruppen in den vergangenen Jahren voneinander entfernt haben, auch weil man glaubte, den Dialog nicht nötig zu haben. Deshalb bitte ich alle Beteiligten um einen fairen Umgang. Lassen wir doch die polemischen Angifftereien und die persönlichen Beleidigungen! Es geht nicht um das Ahnen, Fühlen, Glauben oder Hoffen. Fakten auf den Tisch! Zahlen offenlegen! Nur belastbare Daten und sachliche Argumente helfen uns weiter.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Uns geht es auch nicht ums Rechthaben. Es geht darum, Lösungen zu finden. Der lang versäumte Diskurs ist nicht mal so eben nachzuholen. Man kann die Rahmenbedingungen nicht ändern, wie man einen Schalter umlegt.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, eine bäuerliche Landwirtschaft ist eine Landwirtschaft, die in Kreisläufen wirtschaftet, die in die Region und in die ländliche Gemeinschaft eingebunden ist und deren Handeln auf die Sicherung der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen ausgerichtet ist.

Wir unterstützen ausdrücklich das Leitbild einer Landwirtschaft, die flächendeckend wirtschaftet, multifunktional ausgerichtet ist und dem Ziel einer

ressourcenschonenden Produktionsweise verpflichtet ist. Für die SPD definiert sich eine bäuerliche Landwirtschaft durch die Art und Weise, wie Betriebe bewirtschaftet werden, und durch das verantwortungsbewusste Handeln von Landwirtinnen und Landwirten, aber nicht durch die absolute Betriebsgröße. Ich kann Ihnen sagen, dass uns die Herausforderungen, denen der ländliche Raum ausgesetzt ist und vor denen unser Land angesichts großer Strukturveränderungen und der damit einhergehenden Flächenkonkurrenz steht, sehr bewusst sind.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Rickers?

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Ja.

Heiner Rickers [CDU]: Frau Kollegin Eickhoff-Weber, unser Antrag enthält auch einige Unterpunkte. Insofern wünschen wir uns, dass Sie auf das Grünlanderhaltungsgesetz eingehen oder Stichworte zum Knickschutz nennen. Gehen Sie konform mit der vorgegebenen Linie? Sehen Sie das im Tierschutz-Verbandsklagerecht ähnlich? Sie müssen nicht zu allen Punkten etwas sagen, aber ich hoffe, dass das in Ihrer Rede noch vorkommt.

- Ich danke Ihnen für diese Frage, weil das in meiner Rede sonst nicht vorgekommen wäre. Die Punkte, die Sie beschrieben haben, Herr Kollege, sind auf dem Weg. Sie sind noch im Verfahren. Das heißt, wir sind in der **Diskussion**. Wir sind im Austausch über die Fakten, die ich eingefordert habe. Das müssen wir ernsthaft miteinander diskutieren. Ich merke, dass wir alle miteinander etwas ungeübt sind. Dies sind die bäuerlichen Vertretungen, der Bauernverband, der Naturschutz, die bäuerliche Landwirtschaft und alle, die miteinander um ein Ergebnis ringen müssen. Wir sind ein bisschen aus der Übung. Wir sollten diese Verfahren nutzen, um uns auf einen vernünftigen Weg zu machen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir werden nicht immer Einigkeit erreichen. Schließlich vermeidet Mittelmäßigkeit den Streit. Mittelmäßig wollen wir aber nicht sein. Wir sollten uns zusammen auf den Weg machen.

Präsident Klaus Schlie:

Der Herr Abgeordnete Rickers hat das Bedürfnis nach einer weiteren Zwischenfrage.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Ja.

Heiner Rickers [CDU]: Besteht die Hoffnung, dass beim Knickerlass tatsächlich nachgebessert wird?

- Beim **Knickerlass** ist es so, dass sich der Minister am Rande der Rindermastbereisung während einer kleinen Demonstration dazu eindeutig geäußert hat. Er hat gesagt, dass die Verordnung so ist, wie sie ist. Sie wird aber einer fachlichen Überprüfung standhalten müssen. Außerdem hat der Minister ganz klar gesagt, dass er bereit ist, den Knickerlass der Realität anzupassen.

Ich habe diese Information sehr aufmerksam aufgenommen. Wir sind der Auffassung, dass vor Ort, also da, wo die Menschen leben, wo die Menschen wirtschaften und wo sie ihre Heimat gestalten, Verantwortung sein muss. Vor Ort muss die Möglichkeit zur Gestaltung und zur Entwicklung gegeben sein. Es geht nicht nur um das Konservieren des jetzigen Zustands, sondern es muss auch um Zukunftsentwicklungen gehen. Wir hoffen, in diesem Rahmen noch darüber diskutieren zu können.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir eine moderne **Agrarpolitik** immer auch im Sinne lebendiger ländlicher Räume verstehen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Der Antrag der CDU führt zwar den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft im Titel, der Inhalt des Antrags hat damit aber herzlich wenig zu tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bitten uns quasi, das Regieren einzustellen. Dem widerspricht aber der Wählerwille, der Sie ganz bewusst und aus gutem Grund auf die Opposi-

tionsbänke verbannt hat. Sie sagen: Alles ist gut. Wir brauchen keine Veränderung in der Landwirtschaft.

Wenn dies so wäre, dann hätten wir heute gar keine Probleme. Wenn der Markt alles regulieren würde, wenn Freiwilligkeit funktionieren würde, wenn die gute fachliche Praxis ausreichen würde, dann wäre alles bestens. Die Meere wären voller Fische, der Artenschwund an Tieren und Pflanzen wäre gestoppt, die Flüsse und Seen wären in einem hervorragenden Zustand. Eine Idylle wie auf einem Landliebe-Sahnejoghurt. Schleichwerbung darf ich hier gar nicht machen. Entschuldigung.

Das ist aber leider mitnichten der Fall. Die CDU, die sich selbst als eine konservative Partei bezeichnet, hat überhaupt keine konservative - sprich: bewahrende - Politik gemacht. Der **Artenschwund** schreitet voran. Wertvolle Wiesen werden in Äcker umgewandelt. Badeverbote werden wegen Blaualgen ausgesprochen. Überall gibt es Maismonokulturen. Das ist nicht konservativ, sondern kurzsichtig und dumm. Ich habe schon gestern gesagt, dass die CDU das Attribut „konservativ“ zu Unrecht trägt. Sie haben weder die Natur noch die Straßen in unserem Land bewahrt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir wollen eine intakte Landschaft mit vielfältiger Nutzung auf den Äckern, mit Knicks, die noch aussehen wie Knicks und nicht wie Gartenhecken. Wir wollen sauberes Wasser, den Erhalt des Grünlands und den Erhalt der bäuerlichen Nutzung der Grünlandregionen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung sucht wie noch keine Landesregierung zuvor den Dialog mit den Betroffenen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Es gab vor Robert Habeck noch keinen Landwirtschafts- und Fischereiminister, der derart viel im Land unterwegs war, so viel zugehört hat und so viele Gespräche geführt hat. Aber missverstehen Sie mich nicht: Dialog zu führen und offen zu sein, heißt nicht, meinungslos zu sein. Wir haben klare Vorstellungen und Konzepte, wie die Probleme in der **Landwirtschaft** und im **Naturschutz** im Einklang miteinander gelöst werden können. Nichtstun ist keine Alternative.

Ich möchte kurz auf die einzelnen Punkte eingehen. **Grünlandschutz.** Das Gesetz zum Erhalt des Dauergrünlands ist notwendig - das wissen Sie auch,

(Eka von Kalben)

liebe Kollegen von der CDU -, um zu verhindern, dass noch in diesem Herbst, wenn die auf EU-Recht beruhende Dauergrünlandverordnung vermutlich ausläuft, wieder massiv Grünland umgebrochen wird. Ich finde, es ist schon eine ungewöhnliche Vorgehensweise, die Sie hier wählen, indem die Opposition im Landtag parallel zu einem im Landtag laufenden Gesetzgebungsverfahren, an dem die Opposition beteiligt ist, einen Antrag formuliert und sagt: Wir wollen das Gesetz nicht. - Bringen Sie Ihre Kritik doch bitte bei den Beratungen im Ausschuss und in den Debatten im Landtag dazu vor!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist das denn für eine Nummer? Jetzt sagen Sie uns, wie wir arbeiten sollen!)

Gleiches gilt für das Tierschutz-Verbandsklagerecht und die Änderungen des Landesjagdgesetzes. Zu beidem gibt es ebenfalls laufende Verfahren.

Vollkommen absurd sind Ihre Forderungen, von den Überlegungen zur zukünftigen Nutzung im **Nationalpark Wattenmeer** Abstand zu nehmen. Sie wollen, dass die Landesregierung aufhört zu überlegen. Das kann nicht Ihr Ernst sein. Zur Nutzung im Nationalpark gibt es noch nicht einmal Entwürfe von Entwürfen, die irgendetwas festlegen. Es gibt den Evaluierungsbericht von unabhängiger Stelle. Es wird jetzt einen Dialogprozess an der Westküste mit allen Betroffenen geben. Da werden die im Bericht gegebenen Handlungsempfehlungen breit diskutiert. Aber Sie wollen, dass in diesem Land nicht einmal mehr nachgedacht werden darf. Das lässt tief blicken.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich sage Ihnen: Wäre der Antrag ernst gemeint und nicht nur Klamauk, müssten auch Frau Aigner, Frau Merkel und die Europäische Kommission sofort zurücktreten. Eine Selbstaufgabe von Politik, aus Angst vor Entscheidungen ablehnen und hoffentlich unbemerkt versenken. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rund ein Jahr ist die Landesregierung im Amt, und immer mehr Berufsgruppen fühlen sich von dieser Landesregierung wirklich im Stich gelassen. Sie nehmen zurzeit wahr, dass sie in ihren Rechten und Möglichkeiten zu wirtschaften durch die derzeitige Landesregierung bis hin zur Existenzgefährdung eingeschränkt werden. So haben sich **Fischer** zu einer fischereilichen Notgemeinschaft zusammengetan. Sie haben sich mit Landwirten und Jägern zu einem **Aktionsbündnis** zusammengetan.

(Zuruf CDU: Hört, hört!)

Blicken wir einmal ein Jahr zurück. Vor einem Jahr gab es auf der NORLA eine schöne Rede von dem damals selbst ernannten „Draußenminister“ Robert Habeck. Da hörte sich alles noch ganz nett an. „Dialog“ und „Miteinander“ waren die Zauberworte.

Und jetzt? Ich will eine kleine Anekdote erzählen. Auf dem Sommerfest der Stiftung Naturschutz letzte Woche hat Robert Habeck sich und seinen Staatssekretär selber als Max und Moritz bezeichnet. Max und Moritz, das sollte niedlich-witzig klingen. Aber traurige Gewissheit ist, dass die Streiche, die Max und Moritz in der Erzählung von Wilhelm Busch gespielt haben, bei Weitem nicht so schlimm waren wie die Streiche, die Max und Moritz der Neuzeit jetzt der Landwirtschaft und weiteren Berufsgruppen spielen.

(Beifall FDP und CDU)

Um es frei nach Wilhelm Busch zu formulieren - das passt an dieser Stelle -:

Max und Moritz machten beide,
als sie regierten,
keinem Freude.

Es werden Bestimmungen zum **Knickschutz** veröffentlicht, ohne vorher den Dialog mit der Landwirtschaft zu suchen. Die Änderungen an der Biotopverordnung stellen einen massiven Eingriff in die Eigentumsrechte der **Landwirtschaft** dar. Hinzu kommt, dass der vorgeschriebene zusätzliche Schutzstreifen die landwirtschaftlich nutzbare Fläche deutlich reduziert.

Das mit dem Knickschutz war der erste Streich, und der zweite folgt sogleich. Die Landesregierung legte einen Gesetzentwurf zum Erhalt von **Grünland** vor. Dieser Gesetzentwurf - das zeigt schon die schriftliche Anhörung - ist wirklich eine Zumutung

(**Oliver Kumbartzky**)

für die Landwirte und reißt neue Gräben zwischen **Naturschutz** und Landwirtschaft auf, die dieser Minister eigentlich schließen wollte.

Aber nicht nur der Landwirtschaft geht es an den Kragen, sondern auch der **Fischerei**. Die Fischer haben eine fischereiliche Notgemeinschaft gegründet, und der Vorsitzende des Landesfischereiverbands äußert sich regelmäßig mit markigen Worten. Ich zitiere einmal einen Satz:

„Der Minister ist offensichtlich getrieben von den Naturschutzverbänden.“

Um noch einmal Wilhelm Busch zu bemühen:

Max und Moritz, diese beiden,
mochten ihn deshalb nicht leiden.
Also lautet der Beschluss,
dass der Fischer leiden muss.

Die Stellnetzfisherei in der Ostsee soll massiv eingeschränkt werden - darüber reden wir beim nächsten Tagesordnungspunkt -, und auch an der Nordseeküste soll es nach dem Willen der Landesregierung deutliche Einschränkungen geben. Stichwort: Nullnutzungszonen.

Wenn sich der Minister einmal selbst aus der Schusslinie nehmen will, dann kommen die Fraktionen und stellen Gesetzesanträge, wie beispielsweise zum **Tierschutz-Verbandsklagerecht**. Dieser Gesetzentwurf ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit Abstand der schärfste. Auch die schriftliche und die mündliche Anhörung, die wir hatten, haben gezeigt, was die Experten davon halten. Gerade die Tierärzte und der Richterverband haben da wirklich sehr starke Kritik geäußert.

Dann haben die Fraktionen vor zwei Wochen im Umweltausschuss eine Änderung des **Landesjagdgesetzes** beschlossen. Sie wollen die Nutzung bleihaltiger Munition bei der Jagd verbieten, und das, obwohl in der Anhörung ganz deutlich geworden ist, dass die Untersuchungen zur bleifreien Munition noch nicht abschließend zu bewerten sind und die Experten vor allem bei der Frage des Abprallverhaltens von bleifreier Munition noch viel Klärungsbedarf sehen. Die Änderung, die Sie beschlossen haben, geschah ohne Not völlig übereilt. Es gab bei dieser Ausschusssitzung sogar eine Sitzungsunterbrechung. Ich hoffte, dass es da noch Änderungen gibt. Aber nein, Sie haben es dann doch durchgezogen.

Sie hätten sich zumindest einmal die Fristen ansehen sollen. Sie wollen das Gesetz zum 1. April ändern. Ich bin einigmaßen froh darüber, dass das in dieser Landtagstagung noch nicht Thema, sondern

noch einmal geschoben worden ist. So haben Sie ja noch die Chance - gerade Sie, Herr Stegner, ich setze auf Sie -, da noch Änderungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal zusammenzufassen: Verbot, den Acker bis zum Knickfuß zu bewirtschaften; Verbot, Grünland umzubereiten; Verbot, mit großen Mähreschern zu fahren - auch ein großartiger Behördenstreich -; Verbot, mit bleihaltiger Munition zu jagen; Verbot, Stellnetzfisherei zu betreiben; Verbot der Muschelfischerei und so weiter und so fort. Man fragt sich wirklich, was da als Nächstes noch alles kommen mag. Ich denke, in der grünen Schublade liegen schon die nächsten Erlasse und Verordnungen. Schon jetzt steht fest, dass Herr Habeck wirklich nur Verbote schafft. Gerade Sie, Herr Habeck, Sie persönlich und ihre grüne Landtagsfraktion sind längst zum Selbstbild des Obrigkeitsstaats geworden; das muss ich einmal ganz klar so sagen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Es ist wieder ein Verbot, das gesetzt wird, Herr Stegner. Ich kann Ihnen sagen - gutes Stichwort -: Früher kam der Obrigkeitsstaat mit der Pickelhaube. Heute kommt er in Birkenstocksandalen dahergeschlichen und setzt hier im Landtag Verbote durch.

(Beifall FDP und CDU)

Ich frage mich wirklich, Herr Stegner, warum Sie, Ihre Fraktion und die Abgeordneten des SSW das alles zulassen und tatenlos zusehen, wie ein Minister in Ihrem Lieblingsland, in dem von Ihnen selbst gewählten Lieblingsland nur mit Verbotskultur herrschen kann. Dem müssen Sie endlich einmal etwas entgegensetzen, Herr Stegner. Ich setze wirklich auf Sie und darauf, dass Sie bei den laufenden Gesetzgebungsverfahren noch deutliche Änderungen herbeiführen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal zu den Antragstellern: Ihr Antrag ist insofern wirklich ambitioniert, als je Abgeordnetem nur fünf Minuten Zeit besteht, sechs unterschiedliche Bereiche zu be-

(Angelika Beer)

handeln. Daher wird das jetzt ein kleiner Rundumschlag. Ich bitte dafür um Entschuldigung.

Zum Grünlandgesetz habe ich vorhin schon etwas gesagt. Darauf werde ich jetzt nicht weiter eingehen.

Gehen wir also gleich weiter zum **Tierschutz-Verbandsklagerecht**. Ich möchte hier das zweite Mal betonen, dass wir PIRATEN dies klar befürworten, und zwar in dem Vertrauen darauf,

(Beifall PIRATEN)

dass die Tierschutzverbände an die Anwendung dieses Rechts mit Sorgfalt und Bedacht herangehen werden. Dass sie das wollen, haben sie im Umweltausschuss überzeugend dargelegt. Vorschlägen dazu, wie sich die Sorgfalt im Gesetz noch klarer verankern lässt, stehen wir PIRATEN natürlich offen gegenüber.

Zum **Landesjagdgesetz**. Bleifreie Munition ist mit Sicherheit wünschenswert. Solange sie aber andere Nachteile mit sich bringt, ist die Gesetzesänderung aus meiner Sicht klar abzulehnen. Ich will noch einmal unterstreichen - mein Kollege hat es gerade gesagt -: Die Koalition hat aufgrund der hohen Qualität der Anhörungen im Umweltausschuss offensichtlich intern erhebliche Abstimmungsprobleme. In den Anhörungen ist durch unabhängige Fachexperten dezidiert klargemacht worden, dass ein Verbot jetzt verfrüht ist. Dass das einfach in den Wind geschlagen wird, ist auch ein Affront gegenüber dem Umweltausschuss und unserem Instrument der Anhörung im Parlamentsverfahren.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Deswegen freue ich mich auf die Auseinandersetzung in der nächsten Landtagsdebatte im September; das hat nichts mehr mit Verantwortung und Vernunft zu tun, sondern mit Ideologie, die mit der Brechstange umgesetzt werden soll, übrigens zulasten der Sicherheit von Tieren und Menschen, weil die Treffsicherheit noch nicht nachgewiesen ist.

Damit komme ich kurz zur **Landesjagdzeitenverordnung**. Sie ist aus meiner Sicht noch nicht spruchreif. Das Thema ist relativ komplex. Es scheint mir kaum möglich zu sein, zum jetzigen Zeitpunkt eine qualifizierte Aussage zu treffen, ohne Einblick in die Biologie des bejagten Wildes zu nehmen. Die Anhörung von Fachleuten scheint mir daher angebracht zu sein. Ich möchte den Beratungen nicht vorgreifen.

Zum **Nationalpark Wattenmeer**: Die Einrichtung von Nationalparks hat einen berechtigten Grund,

den jede verantwortlich handelnde Regierung würdigen sollte. Das Problem mit Grundschleppnetzen ist einfach, dass damit der Meeresboden wie ein Acker umgepflügt wird. Es ist nun einmal Fakt: Der Meeresboden ist kein Acker, sondern ein vielfältiger Lebensraum, der durch Schleppnetze erheblich geschädigt wird. Genau deshalb ist es so wichtig, dass es Zonen gibt, die von der wirtschaftlichen Nutzung ausgenommen sind, Räume, in denen sich unter anderem Krabbenlarven ungestört entwickeln können. Daher halten wir es für notwendig, die Schutzzone um 15 % zu erweitern.

(Beifall PIRATEN)

Zu guter Letzt komme ich zu der viel zitierten Knickverordnung. Diese haben wir PIRATEN zwar mitgetragen - anfänglich -, verbunden mit dem Glauben an die Regierung, dass der Dialog auch mit den betroffenen Landwirten geführt werde. In der Praxis ist es aber anders. Das Motto lautet anscheinend: Wir wollen es sowieso. Kritik wird nicht ernst genommen. Wir verordnen einfach, weil wir gerade die politische Mehrheit haben, ohne das zu kommunizieren. - Ich glaube, dass damit weder den Knicks noch den Bauern geholfen ist. Wir werden nicht dabei sein, falls das im Verfahren weiter diktiert wird.

Ich möchte an dieser Stelle der Landesregierung einen Kulturtipp geben: Falls Sie - spätestens im nächsten Jahr - das Vergnügen haben, die Klein Kummerfelder Kuhstall-Konzerte zu besuchen, werden Sie sicherlich wieder den Auftritt der „Melker“, einer Bauernband aus Hanerau-Hademarschen, erleben. Man kann das unter das Motto stellen: Bauern müssen in die Politik. - Wenn Sie in diesem Jahr dabei gewesen wären, hätten Sie drei Lieder zu dem Knickschutz gehört. Das ganze Publikum hat gestanden und gefragt: Wie kann eine Landesregierung so mit den Menschen in unserem Land umgehen? - Die Antwort hören Sie sich bitte selbst an.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der vorliegende Antrag Schwächen in Schleswig-Holstein aufzeigt, dann betreffen diese in erster Linie den Antrag selbst.

(Flemming Meyer)

Die Verantwortung dafür liegt somit bei dem Antragsteller, der CDU-Fraktion.

Unter der Überschrift „Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein“ wird in dem Antrag alles miteinander vermischt, was nicht bei drei auf den Bäumen ist. Die Nutzung des Nationalparks Wattenmeer, die Küstenfischereiordnung und das Landesjagdrecht haben mit dem Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft nichts zu tun. Dieser klägliche Versuch, einen politischen Rundumschlag gegen die Koalition und die Landesregierung zu führen, fällt auf Sie selbst zurück. In dem vorliegenden Antrag wird, wie gesagt, thematisch alles in einen Topf geworfen nach dem Motto: Einer wird schon treffen. - Aber für diesen Antrag muss man noch nicht einmal die Deckung hochnehmen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können uns inhaltlich gern streiten und bei der politischen Bewertung uneins sein. Aber nur weil Wahlkampf ist, die Landesregierung aufzufordern, von angedachten Strategien oder von Überlegungen mir nichts, dir nichts Abstand zu nehmen, das ist doch wirklich erbärmlich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Koalition und die von ihr getragene Landesregierung haben wichtige, notwendige Schritte eingeleitet, um **Landwirtschaft** und **Naturschutz** in Schleswig-Holstein wieder unter einen Hut zu bringen. Dies ist über Jahre versäumt worden, wir ändern das; denn das ist durchaus ein Aspekt der bäuerlichen Landwirtschaft.

(Beifall SSW)

Dauergrünland ist in Schleswig-Holstein wichtiger Bestandteil der landwirtschaftlichen Nutzung. Leider ist über viele Jahre hinweg immer mehr Dauergrünland unter den Pflug geraten. Die Wettbewerbskraft des Dauergrünlands konnte dem Druck der Ackerflächen nicht standhalten. Insbesondere der Anbau von Mais zur Energiegewinnung hat den Rückgang von Dauergrünland forciert. Dauergrünland hat aus naturschutzfachlicher Sicht wichtige Funktionen für Boden und Wasser. Es ist Lebensraum für viele Arten. Auch dies sind wichtige Aspekte der bäuerlichen Landwirtschaft.

Zwar gilt zum jetzigen Zeitpunkt noch die Dauergrünlanderhaltungsverordnung; jedoch droht die entsprechende EU-Richtlinie demnächst auszulafen. Damit wäre die Schutzgrundlage genommen, und es wäre ein weiterer Verlust von Dauergrün-

landflächen zu befürchten. Dies zu verhindern ist Aufgabe der Landesregierung. Aus diesem Grund sind Vorkehrungen absolut notwendig.

Wenn man es mit der bäuerlichen Landwirtschaft ernst meint, sollte man sich tatsächlich inhaltlich mit dem Grünlanderhaltungsgesetz auseinandersetzen und die Zusammenhänge erkennen. Das Ganze befindet sich im politischen Verfahren. Die CDU ist eingeladen, sich an dem Prozess konstruktiv zu beteiligen. Angesichts eines Antrags, wie wir ihn heute vorliegen haben, kommen uns jedoch Zweifel, inwieweit sich die CDU tatsächlich konstruktiv einbringen will.

Gleiches gilt für die anderen Themen, die fälschlicherweise in diesen Antrag geraten sind. Auch dafür gilt: Die politischen Prozesse und Dialog sind in Gange. Die CDU ist eingeladen, sich konstruktiv daran zu beteiligen. Der vorliegende Antrag ist aber kontraproduktiv. Daher kann er nur abgelehnt werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Wir kommen nun zu den Dreiminutenbeiträgen. Zuerst hat Herr Abgeordneter Hauke Göttsch das Wort.

Hauke Göttsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Habeck, heute Morgen haben Sie an der Debatte zu CCS teilgenommen. Sie wissen: Die CDU kann auch loben; das macht sie. Sie haben gesagt, wir stünden in einem Dialog. Wenn Sie gute Vorschläge und Gesetzentwürfe einbringen, loben wir das, und wir stehen dann auch dahinter.

Sie haben heute Morgen gesagt, dass Sie Vorschläge gern annehmen. Seit einem Jahr sind Sie, der selbst ernannte „Draußen-Minister“, im Amt. Wenn Sie den Landwirten so gut zuhören, dann nehmen Sie doch bitte etliche ihrer Vorschläge an! Ich komme nachher noch einmal dazu, Frau Eickhoff-Weber.

(Zuruf SPD: Jetzt geht es aber los! - Heiterkeit)

Was die Definition „bäuerliche Landwirtschaft“ angeht, so hat mein Professor Dr. Langbehn immer gesagt: „Das kommt darauf an.“ Im Jahr 1980 war das etwas anderes als in den Jahren 1950 oder

(Hauke Götttsch)

1990. Das ist immer im Fluss, insoweit gebe ich Ihnen recht. Eine **bäuerliche Landwirtschaft** beschäftigt heute mehrere Arbeitnehmer. Die Größe ist nicht klar definiert; das kann sich schon in zwei Jahren wieder ändern. Heute gibt es auch Landwirte, die Energiewirte sind. Das alles muss man bedenken.

Sie haben einen Vergleich in Bezug auf Antibiotika angestellt. Waren die 50er-Jahre der Vergleichszeitraum? Das würde ich gern noch einmal von Ihnen hören.

Zu **Dauergrünland** haben wir viel gehört. Frau von Kalben, insofern bin ich etwas erstaunt; denn Sie haben in Ihren Reihen einen bäuerlichen Landwirt, Herrn Voß. Er kommt aus der Wilstermarsch und hat dort Dauergrünland. Fragen Sie ihn!

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben wir gemacht!)

Er weiß, wie es vor Ort aussieht. Er lebt dort seit 50 Jahren. Deshalb hätten wir ihn heute gern gehört. Vielleicht kann er in einem Dreiminutenbeitrag seine Sicht darstellen.

(Beifall CDU)

Herr Meyer, was die Debatte über das Dauergrünland angeht, muss ich Ihnen sagen: Die erste Lesung fand ohne Aussprache statt. So viel zum „Dialog“.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister Dr. Habeck, unsere Landwirte sind sehr gut ausgebildet. Sie können sie gern fragen und bekommen ordentliche, fachlich fundierte Antworten. Man braucht den Landwirten nicht immer per Gesetz oder Verordnung etwas vorzuschreiben. Beispiele sind genug genannt, etwa zu den **Knicks**.

Fragen Sie den Ministerpräsidenten! Wir haben zusammen einmal eine Win-win-Situation in Kiel herbeiführen können. Das war für die Landwirtschaft, die Natur und die Menschen gut. Herr Rickers hat gesagt, Sie, Herr Habeck, sollten an die Kette genommen werden. Herr Ministerpräsident, nehmen Sie ihn an die Kette!

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Götttsch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten von Kalben?

Hauke Götttsch [CDU]:

Ja.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Götttsch, ich stelle diese Frage, weil Sie - wie schon Herr Rickers - auf die fehlende Aussprache Bezug genommen haben. Ist Ihnen in der Fraktion mitgeteilt worden, warum es zur ersten Lesung keine Aussprache gab und auf wessen Initiative hin dies geschah?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auf Ihre!)

- Es war eine Entscheidung im Ältestenrat, dass es von der Tagesordnung heruntergenommen worden ist; das wurde uns mitgeteilt.

- Genau, und ist von den Regierungsfraktionen vorgeschlagen worden, dass wir darüber nicht reden wollen? Ist Ihnen das so mitgeteilt worden?

- Das habe ich so nicht in Erinnerung, das weiß ich nicht.

- Gut, dann würde ich mir wünschen, dass diese Unterstellung, wir wollten keine Debatte, zukünftig bitte nicht mehr gemacht wird, weil es so nicht gewesen ist.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Dann freuen wir uns auf die zukünftige Debatte.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollten ihn sogar prominent setzen!)

Herr Minister Habeck, Sie haben in diesem einen Jahr Regierung alle Baustellen in der **Landwirtschaft** eröffnet, die man eröffnen kann. Sie haben fünf Jahre Zeit. So lange soll die Legislaturperiode dauern. Nehmen Sie sich ein bisschen mehr Zeit! Vielleicht machen Sie es Step by Step. Die CDU ist offen, denn sie kann auch loben, wenn gute Vorschläge kommen. Sie haben auch noch andere Baustellen wie die Energiewende. Da können Sie sich genügend verausgaben.

Frau von Kalben, ich komme noch einmal zu Ihnen. Sie haben Gesetze und Verordnungen erwähnt. Aber wissen Sie es besser? Wie fühlt sich ein Landwirt, der draußen jeden Tag - 365 Tage - hört, er mache alles verkehrt, er mache alles verkehrt? Gerade die schleswig-holsteinische Landwirtschaft sorgt für einen großen Teil der Arbeitsplätze, auch im nachgelagerten Bereich. Sie ist auch sehr stark an der Wertschöpfung in Schleswig-Holstein beteiligt. Unser Land ist eine Kulturlandschaft. Wir wollen keine Nulllösung.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, schauen Sie zwischenzeitlich vielleicht einmal auf die Uhr.

Hauke Göttisch [CDU]:

Das war schon mein letzter Satz. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, folgende Bemerkung meinerseits: Ich habe den Zwischenruf „So etwas Verlogenes“ so verstanden, dass er keiner Abgeordnetenpersönlichkeit zuzuordnen ist. Deswegen habe ich ihn nicht weiter kommentiert. Ich gehe davon aus, dass ich das so richtig verstanden habe.

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde gern noch weitere Dinge klären, die hier bislang nicht richtig wiedergegeben wurden. Herr Kumbartzky hat gerade noch einmal gesagt, wir hätten keinen Dialog geführt oder nicht mit den Leuten gesprochen. Bei der Verordnung zum Knickschutz waren **Anhörungen** im Ministerium das normale Verfahren. Das wissen Sie. Diese Anhörungen haben zum Beispiel ergeben, dass die Umwelt- und Naturschutzverbände Schrägschnitt um 70 Grad dezidiert nicht wollten. Sie haben 50 cm statt einem Meter, wie er naturschutzfachlich sinnvoll und angemessen gewesen wäre, als Kompromiss ergeben. Was macht der Bauernverband? - Es waren Vorschläge des Bauernverbands, jetzt regt er sich darüber auf und erzählt - und Sie nehmen es auf -, dass mit ihm nicht darüber geredet worden sei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das würde ich auch als etwas nicht Wahrhaftiges bezeichnen wollen. Darüber hinaus gibt es Berechnungen ohne Ende - wenn Sie immer von Nullnutzung und davon sprechen, wir könnten kein Brot mehr backen -, auch vom Bauernverband, der sie uns vorgelegt hat, die deutlich machen, dass Pflege, Pestizid- und Düngereinsatz dieser 50 cm teurer sind als der Ertrag, den man dort erreichen würde, weil diese Flächen unmittelbar am Knick aus verschiedenen Gründen eben nicht den gleichen Ertrag abwerfen wie die gesamte andere Fläche. Das sind

also Ammenmärchen, die überhaupt nicht zu halten sind. Ohne **Dialog** ist das schon gar nicht gemacht worden.

Bei der Diskussion um bleifreie Munition war es genau das Gleiche. Wir haben eine Anhörung durchgeführt. Frau Abgeordnete Beer, ich empfehle Ihnen die Seiten des BMELV, dort stehen zig-fach Studien - sie wurden im Frühjahr zusammengefasst vorgestellt -, die belegen, dass bei Büchsenmunition sowohl die Tötungswirkung als auch die Sicherheit für Jägerinnen und Jäger nicht vom Material, sondern von der Geschosskonstruktion abhängig sind. Viele Jägerinnen und Jäger sagen mir in vielen Veranstaltungen seit vielen Jahren - das sind keine Ökojäger, sondern Jäger, die im Jagdverband zusammengeschlossen sind, für den Herr Baasch glaubt zu sprechen -, dass sie diese Munition seit Jahren ohne Probleme einsetzen. Auch da wird mit vielen Unwahrheiten und Halbwahrheiten argumentiert. Dass auch Schützenhilfe aus dem BMELV - Staatssekretäre, die aufgefordert werden, Briefe zu schreiben, die der Landesjagdverband dann herumschickt - geleistet wird, finde ich schon ein starkes Stück und bezeichnend.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Beer?

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Angelika Beer [PIRATEN]: Frau Kollegin, können Sie bestätigen, dass, als wir diese Anhörung durchgeführt haben und sehr fundierte Fachkenntnisse vermittelt bekommen haben, Sie schon draußen waren und eine Pressemitteilung herausgegeben haben, in der Sie behauptet haben, dass die grüne Argumentation vollkommen bestätigt sei?

(Beifall PIRATEN, CDU und Oliver Kumbartzky [FDP] - Zuruf: Unerhört!)

- Ich kann Ihnen sagen: Die Anhörung hat ungefähr drei Stunden gedauert. Es sind viele Thesen und viele Argumente ausgetauscht worden, die sowohl schriftlich vorlagen als auch mündlich vorgetragen wurden. Nicht alles war neu, jedenfalls nicht für mich - und sicherlich auch nicht für manch andere -, die sich mit dem Thema, bevor wir diesen Antrag gestellt haben, sehr wohl auseinandergesetzt haben. Ich bin etwa 5 Minuten, bevor die Anhörung mit den letzten Dialogen beendet wurde, hinausge-

(Marlies Fritzen)

gangen. Das können Sie im Protokoll nachlesen. Sie können auch Frau Tschanter fragen. Ich habe das überprüft. Ich habe dann eine Pressemitteilung mit dem von Ihnen genannten Inhalt herausgegeben. Ich habe mich durch die Anhörung in meiner Auffassung, die ich durch lange Vorbereitungsarbeit vorher gewonnen habe, bestätigt gefühlt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde gern noch weiter ausholen. Abschließend vielleicht nur so viel: Es ist die Frage, ob man sich inhaltlich unterschiedlich dazu äußern möchte oder ob man - Herr Kollege Meyer hat es gesagt - konstruktiv Vorschläge machen kann für Dinge, die draußen umgesetzt werden sollen. Da habe ich noch von keinem einzigen von Ihnen irgendetwas gehört. Im Gegenteil, ich vernehme, wenn ich mit Bäuerinnen und Bauern und Jägerinnen und Jägern spreche, dass sich diese zum Teil abgrundtief schämen für manche Kampagne, die in den letzten Wochen gelaufen ist, für manches Wort und die Art, wie manche Auseinandersetzung gelaufen ist, und die sich bei Weitem nicht mehr von ihren Verbandsspitzen vertreten fühlen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Fritzen, das waren tolle Worte zum Abschluss, die man hier so hineinschießen kann, ohne dass sie zunächst jemand verifizieren kann; das ist auch ein parlamentarisches Verfahren.

Ich will aber gern darauf hinweisen: Wir sind uns in diesem Haus über den hohen Stellenwert von Naturschutz, von Tierschutz und gesunden Lebensmitteln und alldem einig,

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir uns überhaupt nicht einig! Nie gewesen!)

worauf auch der Kollege Heiner Rickers richtigerweise hingewiesen hat. Nur unsere Überzeugung - das unterscheidet uns - ist, dass dieses alles gemeinsam mit den Menschen positiv auf den Weg zu bringen ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja!)

Ich erinnere mich an die Worte des Ministerpräsidenten auf dem letzten Landesbauerntag, bei dem er mit Blick auf die Fischer sagte - aber er hat auch die Landwirte gemeint -, das sei so ein ehrenwerter Beruf, den man nun wirklich nicht mit Bürokratie überziehen dürfe. Herr Albig, das Problem an Ihrer Politik ist: Ihre Politik ist das exakte Gegenteil dieser Ankündigung.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Sie und Ihr Umweltminister überziehen die **Wirtschaft** und die **Landwirtschaft** mit **Bürokratie**. Sie greifen ganz konkret in Eigentumsrechte ein. In der Anhörung zum Grünlanderhaltungsgesetz zeigen sich erste Ansätze, die auch in Richtung verfassungsrechtlicher Problematik gehen. Sie greifen in das Eigentum ein. Sie stellen die Verantwortungsbereitschaft der Menschen in diesem Land regelmäßig infrage. Das ganze Paket, über das wir hier beraten - deswegen macht es in der Tat auch Sinn, gemeinsam über diese Themen zu beraten -, diese Politik ist am Ende ein Angriff auf die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes.

(Beifall CDU und FDP)

Es sind eben nicht nur die Landwirte betroffen. Es sind eben nicht nur die Fischer betroffen, die, wie schon gesagt wurde, eine Notgemeinschaft gründen. So groß kann der Dialog bei Ihnen gar nicht sein. Es sind in der weiteren wirtschaftlichen Kette die Handwerksbetriebe und das Gewerbe im ländlichen Raum betroffen. Deswegen werden wir wirtschaftlich negative Entwicklungen durch Ihre Gesetzesvorhaben erfahren. Ich kann Sie deshalb wirklich nur eindringlich auffordern: Nehmen Sie dieses Gesetzespaket gegen den ländlichen Raum vom Tisch! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Schönen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion heißt „Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein“. Lassen Sie mich kurz fragen, ob überhaupt die Prämisse, über die wir hier streiten, richtig gewählt ist. Mir scheint, es ist nicht so.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, wie sich die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren entwickelt hat, ist festzustellen, dass die Zahl der Betriebe von ungefähr 30.000 vor 20 Jahren auf jetzt 15.000 zurückgegangen ist. Die Hälfte der Betriebe ist also in den letzten 20 Jahren aufgegeben worden. Die Fläche, die bewirtschaftet wird, hat sich in dieser Zeit etwa verdoppelt, im Durchschnitt der Betriebe von etwa 35 ha auf 70 ha.

Schauen wir uns etwas genauer den Bereich der Rinderhaltung in Schleswig-Holstein an, der vielleicht der stärkste Zweig innerhalb der Landwirtschaft ist. Da stellen wir fest, dass die Zahlen noch deutlicher werden. 1999 hatten wir noch 11.000 Rinder haltende Betriebe, 2010 nur noch 7.900. Bei der Milchviehhaltung, also einem großen Teil der Rinder haltenden Betriebe, ist die Zahl von 7.500 Betrieben in 1999 auf 5.000 in 2010 zurückgegangen. Das heißt, in zehn Jahren haben wir einen Rückgang von einem Drittel der Betriebe in Schleswig-Holstein gehabt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

In diesen zehn Jahren waren auch Grüne mit an der Regierung. Aber im Wesentlichen wurde die Politik von anderen Kräften bestimmt. Man kann also nicht sagen, dass der „Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft“ - ich komme noch auf diesen Begriff - in den letzten zehn Jahren sonderlich stark ausgeprägt gewesen ist. Im Gegenteil, wir haben - man nennt es euphemistisch „Strukturwandel“ - eine Situation, in der die Betriebe weniger und größer werden und sich in der Konsequenz die Höfe aus den Dörfern zurückziehen.

Jeder von uns wird feststellen, dass es eine Entfremdung von Verbrauchern und landwirtschaftlicher Produktion gibt. Häufig gibt es eine doppelte Verbrauchertäuschung. Auf vielen Milchtüten, die in Supermarktketten angeboten werden, sind Kühe mit Hörnern auf der Weide zu sehen. Die meisten von Ihnen werden wissen, dass die Kühe in der Regel heute enthornt werden und nicht auf der Weide stehen, sondern mindestens die Hälfte des Jahres im Stall. Einige Haltungformen in der Milchviehhaltung setzen ausschließlich auf Indoor-Kühe.

Die Leute kaufen also Produkte in der Annahme, wir hätten eine intakte sogenannte bäuerliche **Landwirtschaft**. In Wahrheit haben wir einen **Strukturwandel**. Das wird immer dann deutlich, wenn ein Skandal im Lebensmittel- oder Futtermittelbereich auftritt oder die Diskussion über einen neuen Schweinestall oder einen neuen Kuhstall

deutlich macht, was eigentlich schon längst Wirklichkeit in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ist. Es ist eine hochproduktive Wirklichkeit. Das ist ohne Frage so. Aber es ist jedenfalls nicht so - wie der Ausdruck „Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft suggeriert“ -, dass kleine Betriebe, wie wir sie etwa von Astrid Lindgren kennen, im Land die Struktur des ländlichen Raumes prägen, Standard in Schleswig-Holstein sind. Wir haben vielmehr einen harten Strukturwandel, der immer wieder dazu führt, dass Betriebsaufgaben Realität sind. Insofern würde ich sagen, dass schon der Titel des Antrags grenzwertig gewählt ist.

Bei der **Fischerei** ist es ähnlich, vielleicht - jedenfalls für die Zukunft - noch bedrückender. Wir hatten 1980 2.000 Fischereibetriebe und 1.300 Kutter in Schleswig-Holstein, in diesem Jahr sind es noch 1.000 Betriebe mit etwa 650 Kuttern. Bedrückend ist vor allem die Altersstruktur. Das Durchschnittsalter der Fischer ist 56 Jahre. Das heißt, ohne eine Änderung im Milieu der Fischerei wird die Fischerei - egal, unter welcher Regierung - dramatisch abnehmen. Wir haben diesen Rückgang in den letzten Jahren gehabt. Er hat nichts mit Politik zu tun. Es stellt sich die Frage, ob die bisherige Politik den Erhalt einer kleinteiligen, handwerklichen Fischerei oder Landwirtschaft tatsächlich gefördert hat.

An dieser Stelle möchte ich zu dem Begriff „bäuerliche Landwirtschaft“ kommen. Herr Götsch, Sie haben gesagt, der Professor habe gesagt, es komme immer darauf an. Ich möchte etwas weitergehen. Ich glaube nicht, dass es darauf ankommt. Es gibt Prinzipien, die gemeint sind. Es ist sicherlich keine Frage der Größe. Auch die Familie unterliegt dem Wandel. Politisch wird man die Frage negativ bescheiden können, was bäuerliche Landwirtschaft nicht ist. Aus meiner Sicht - das ist für meine Politik handlungsleitend - ist bäuerliche Landwirtschaft nicht eine Landwirtschaft, die abhängig ist vom Diktat großer Konzerne, die also die Eigenverantwortung von den Betrieben nimmt. Die haben wir in der Tat. Sowohl in der Preisgestaltung wie in der Produktpalette entscheiden nicht die Bauern selbst, was sie wollen. In weiten Fällen wird von Konzernen, von großen **Lebensmittelketten** vorgegeben, zu welchem Preis welches Fleisch, welche Milch wann wie produziert wird. Häufig genug - das wissen die Landwirte ganz genau, und sie leiden wie ein Hund darunter - ist ihre Produktion nicht das, womit die Lebensmittelketten Gewinne machen. Landwirte produzieren für Lockangebote von Discountern, die damit ihre Windeln oder ihre Taschenbücher absetzen können.

(Minister Dr. Robert Habeck)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welch ein Skandal ist es, das dann noch mit dem ehrbaren Beruf des Bauern in Einklang zu bringen!

Ich habe mir im Sommer sozusagen den Weg des Fleisches vom Ferkelstall bis zur Salami in zwei konventionellen Anlagen angeschaut. Das hat viele Debatten in meiner Partei, in meiner Fraktion, in meinem Ministerium, in der Gesellschaft nach sich gezogen.

Lassen Sie mich jenseits aller Debatten - ich rede im Moment nicht von Tierwohl oder bäuerlicher Landwirtschaft - Folgendes sagen: Am Ende des Tages stand ich in einer großen Wurstfabrik. Nachdem all das überstanden war, ich mir die industrielle Schlachtung angeschaut habe, ich versucht habe, die Transportwege nachzuvollziehen, mir die Haltungsformen angesehen habe, die Debatte darüber geführt habe, wie viele Ferkel eine Sau haben soll, wurde die fertige Wurstpalette, die schon abgezählt war - Mortadella für einen großen Discounter -, wie folgt bearbeitet: Dort standen zwei junge Damen, guckten sich die Wurst an. Weil ein Stückchen Paprika, das vielleicht 2 mm groß war, fehlte, wurden die zehn Wurstscheiben rausgenommen und in den Mülleimer geschmissen und zu Tiermehl verarbeitet. Und das nicht nur einmal. Etwa jede vierte Palette wurde so entsorgt. Was für ein Skandal!

Eine Gesellschaft, die zulässt, dass die Wurst so weggeworfen wird, aber nicht darauf schaut, unter welchen Haltungsformen die Tiere leben, macht etwas falsch, und zwar prinzipiell falsch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Aus meiner Sicht bedarf es keines grünen Landwirtschaftsministers, überhaupt keines Ministers, um das zu thematisieren. Ich würde mich freuen, wenn die Bauern - und jeder hier im Plenarsaal - mir zur Seite stünden und sagten: Das kann nicht richtig sein. Wir wollen gute Arbeit leisten. Dafür wollen wir gute Preise bekommen. Aber wir wollen nicht für Lockangebote für Discounter unsere Arbeit leisten und wissen, dass ein Viertel davon in der Tiermehltonne landet. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Also ist eine bäuerliche Landwirtschaft - das übertrage ich genauso auf die Fischerei - eine Landwirtschaft, die den Wert der Arbeit, die Tradition der Familien und die Ehrbarkeit des Berufs hoch-

schätzt. Diese Produktionsform haben wir derzeit nicht.

Nehme ich das alles zusammen, stelle ich fest, es gibt einen Widerspruch in der betriebswirtschaftlichen Sicht der Landwirte. All die Maßnahmen, zu denen ich gleich kommen werde, sind ohne Frage eine Einschränkung der betriebswirtschaftlichen Sicht. Das ist so. Das ist zuzugeben. Die Frage ist allerdings, ob es Aufgabe einer Regierung oder eines Ministers sein kann, allein die betriebswirtschaftliche Sichtweise zu nehmen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder ob nicht die Aufgabe eines Politikers, der für die Gesellschaft gewählt ist, ist, die Balance zu suchen zwischen dem Schutz der öffentlichen Güter, also der volkswirtschaftlichen Sicht - größer verstanden als das Bruttosozialprodukt, einbeziehend Boden, Wasser, Luft, Klima und Artenschutz -, und der betriebswirtschaftlichen Sicht.

Wenn das so ist, wenn das nicht in Abrede gestellt wird, lassen Sie mich sagen, dass Ihr Antrag viel fordert, aber keine einzige Lösung bereitstellt. Er enthält keinen einzigen Vorschlag. Darin wird nur gesagt, was nicht gemacht werden soll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Frage ist: Was würden Sie denn tun, wenn die Analyse richtig ist, dass die Güter der Gemeinschaft, die nicht ökonomisch zu beziffern sind, aber von denen wir alle leben, geschützt werden müssen? Was würden Sie tun, wenn Sie wissen, dass wir - es wurde gesagt - **Grünland** verlieren und damit die CO₂-Werte nach oben treiben? Was würden Sie tun, wenn Sie wissen, dass wir in den letzten Jahren vor allem aufgrund des Maisanbaus erhöhte Nitratwerte vor allem durch Grünlandverlust bekommen haben? Das Grundwasser sickert etwa mit einer Geschwindigkeit von 1 m pro Jahr durch. Auf den sandigen Böden auf dem Geestrücken, dort, wo die meisten Maisflächen stehen, liegt der Grundwasserspiegel häufig bei 10 m. Wir laufen sehenden Auges auf eine Nitratbelastung des Grundwassers zu. Der Schaden ist angerichtet. Die Frage ist, wie wir verhindern, dass in Zukunft weiterer Schaden entsteht. Was ist Ihre Antwort darauf? Wie würden Sie den Artenrückgang in Schleswig-Holstein stoppen? Wie wollen Sie das tun?

Als ich den Artenschutzbericht vorgestellt habe, der häufig mit der Jagdstrecke korreliert wird, war die bittere Erkenntnis, dass wir im Grunde keine Rebhühner mehr in Schleswig-Holstein haben. Das ha-

(Minister Dr. Robert Habeck)

be ich mir nicht ausgedacht. Das sagen mir die Jäger. Die schießen keine Rebhühner mehr. Warum nicht? Weil die Knicks zurückgegangen sind, weil es keine Rückzugsgebiete mehr gibt, weil es keine hohen Gräser mehr gibt, in denen sich die Viecher verstecken können. Was ist Ihre Antwort darauf? - Keine. Nichts tun. Das kann man machen. Meine Antwort ist das nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch mein politischer Ehrgeiz ist weitaus größer.

Eine letzte Bemerkung möchte ich machen und dann zum Konkreten, zu Ihren Anträgen kommen. Wenn die Analyse richtig ist, dass sich Politik nicht allein auf die betriebswirtschaftliche Sicht konzentrieren kann - wohl auch, aber nicht allein -, dann reden wir nicht über Entweder-Oder, dann reden wir nicht über Ordnungsrecht versus Freiwilligkeit, sondern wir reden einzig und allein darüber: Wo verläuft die vernünftige Mitte? Darüber können wir streiten, ohne Frage. Das ist so.

Das ist ohne Frage so. Da werden Partecouleur, Lebensumstände, gesellschaftlicher Blick und meinetwegen auch persönliche Erfahrungen eine Rolle spielen. Das ist aber kein Streit um das Prinzip der Politik. Es gab vorher einen **Knickerlass**. Wir haben ihn verbessert. Einige sagen, wir haben ihn überzeichnet. Meinetwegen soll das so sein. Die Frage, ob es einen Knickerlass gab oder nicht, ist aber beantwortet. Den gab es vorher.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat in den letzten Monaten vorgeschlagen, die Privilegierung des ländlichen Bauens einzuschränken, das Arzneimittelgesetz umzusetzen. Wir haben darüber diskutiert, das Tierschutzrecht zu verschärfen. All das ist Ordnungsrecht. Aus meiner Sicht geht dies an vielen Stellen nicht weit genug, aber zu sagen: „Ihr macht Ordnungsrecht und überzieht das Land mit der Pickelhaube, und auf der anderen Seite stehen die freiheitsliebende Union oder die FDP, die so sauviel Ahnung von allem haben“, ist einfach falsch. Wir reden über den Verlauf der Kompromisslinie.

In einem Artikel im „Bauernblatt“, der mir ansonsten wenig Freude gemacht hat - ich nehme an, er hat wenigen Leuten Freude gemacht -, stand sehr bemerkenswert formuliert, dass **Tierhaltung** immer ein **Kompromiss zwischen Tierwohl und Ökonomie** ist. Das ist ein bemerkenswerter Satz. Aus meiner Sicht würde der Kompromiss wahrscheinlich etwas weiter auf der einen Seite verlaufen, aus anderer Sicht vielleicht ein bisschen mehr auf der anderen Seite, aber zu sagen, Tierhaltung sei ohne

Tierwohl möglich, das traut sich noch nicht einmal das „Bauernblatt“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite: Zu sagen, Tierwohl bedeute keine Tierhaltung, ist eine genauso falsche Position. Damit bin ich bei den konkreten Anträgen.

Flemming Meyer hat es gesagt: Das **Grünlanderhaltungsgesetz** ist deshalb erforderlich, weil wir eine bestehende ordnungsrechtliche Regelung der EU haben, die den Verlust von Dauergrünland stoppen soll und gestoppt hat. Diese Regelung wurde nicht von den Grünen gemacht. Man bemerke - das ist die geltende Argumentation des „Bauernblatts“ -: Das geltende Ordnungsrechtssystem hat den Verlust von Dauergrünland gestoppt, und zwar so erfolgreich, dass wir jetzt möglicherweise - bezogen auf ein Referenzjahr - unter die Quote von 5 % kommen, unter die dieser Schutz des Grünlands fallen würde. Wenn wir also nichts täten, würden wir vielleicht ab Herbst in eine Situation geraten, in der Dauergrünland ohne rechtlichen Schutz wieder umgebrochen werden darf.

Kein Mensch in Schleswig-Holstein und kein Landwirt wird die Garantie geben, dass es dann nicht zu massiven Umbrüchen mit der Konsequenz käme, dass etwas extensiver wirtschaftende Milchviehbetriebe wie beispielsweise Ökobauern überhaupt keine Chance mehr haben, Flächen für ihr Vieh zu bekommen. Jeder Minister - auch ein CDU-Minister - wäre an dieser Stelle zum Handeln gezwungen gewesen, und wir tun das.

An zweiter Stelle kommen Neuerungen hinzu. Das ist aber auch richtig und dringend geboten. Die jetzige Regelung, die wir bei der Dauergrünlanderhaltungsregelung wählen, schreibt im Wesentlichen das fort, was zuvor **Gesetzgebung** war. Das ist **nichts Neues**. Wir übersetzen das, was vorher über die EU-Regelung galt, in ein Gesetz, weil diese Regelung möglicherweise ausläuft. In der Sache passiert aber überhaupt nichts. Wir schreiben einfach das fort, was vorher da war. Man kann sich darüber aufregen, dass man fortsetzt, was schon zehn Jahre lang gegolten hat, aber der Aufschrei geht an der Sache vorbei.

Neu ist in der Tat, dass wir ein **striktes Umbruchverbot** für Dauergrünland, für altes Grünland in Wasserschutzgebieten, in den Mooren und an den Hängen einführen. Wir tun das aus gutem Grund. Wir haben in Schleswig-Holstein die Situation, dass Moore umgebrochen wurden, um auf dem Land Mais für Biogasanlagen anzubauen. Das hat mit guter fachlicher landwirtschaftlicher Praxis nichts zu

(Minister Dr. Robert Habeck)

tun. Es gibt keine Ökobilanz dieser Welt, die den Umbruch von Mooren mit Bezug auf Klimagas so rechnen kann, dass die Biogasanlage, die Mais anbaut, besser wegkäme als ein Kohlekraftwerk. Es ist falsch, das zu tun. Da es getan wird, agieren wir an dieser Stelle. Wir müssen die **Moore** schützen.

Entsprechend ist die Situation in den **Wasserschutzgebieten**, also dort, wo die Brunnenstände und das Grundwasser besonders hoch stehen. Ich habe gesagt, dass wir Grünland gegen Mais verloren haben. Das ist nicht tolerabel. Wir schützen dadurch die Trinkwasserqualität in Schleswig-Holstein. Bei **Hängen**, also auf relativ kleinen Kulissen, verbietet es sich, Grünland umzubrechen, weil die Ausbringung von Gülle und Pflanzenschutzmitteln sozusagen unmittelbar in den Gewässern landet. Wenn man also sagt, man kippt ein bisschen Pflanzenschutzmittel - manche sagen dazu Pestizide - auf abschüssiges Gebiet, dann heißt das, dass dies direkt in die Flüsse geht. Das sind die beiden Kernpunkte des Gesetzes. Sie können das attackieren, aber ich meine, es gibt starke Gründe dafür, an dieser Stelle zu handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zum **Tierschutz-Verbandsklagerecht**: Dies ist ein Gesetzentwurf der Fraktionen. Es steht mir als Minister im Grunde nicht an, dazu zu reden. Wenn ich doch aufgefordert bin, das zu tun, dann lassen Sie mich kurz grundsätzlich sagen: Tiere können sich trivialerweise nicht vor Gericht vertreten. Irgendeiner muss es tun. Wir haben im Naturschutz gesehen, dass es richtig ist und dass es funktioniert, diese Vertretung den Verbänden einzuräumen. Die Fragen, wie weit diese gehen kann und wo die Kompromisslinie zwischen Schutz und der Übertretung von Schutz läuft, sind sicherlich Teil der politischen Debatte. Das ist keine Frage. Aber zu sagen, es gibt im Tierschutz kein Verbandsklagerecht, heißt, nicht zu verstehen, dass wir die Balance, die wir suchen müssen, so nicht hinkriegen.

Daher ist es aus meiner Sicht richtig, ein Verbandsklagerecht einzuführen. Die Erfahrungen aus dem Naturschutz mit den wenigen Klagen und der hohen Trefferquote der Klagen zeigen uns, dass die Verbände sehr wohl in der Lage sind, verantwortungsbewusst damit umzugehen. Ich nehme an, im Tierschutz-Verbandsklagerecht wird dies genauso erfolgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Volker Dornquast?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Gern.

Volker Dornquast [CDU]: Können Sie mir erläutern, was Sie mit dem Satz gemeint haben: Das traut sich noch nicht einmal das „Bauernblatt“?

- Das „Bauernblatt“ hat sich in jüngster Zeit durch Artikel ausgezeichnet, die die Grenze der objektiven Berichterstattung überschritten haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich komme zum Landesjagdgesetz und der **Landesjagdzeitverordnung**. Auch hier kann ich es kürzer machen, weil sich dieses Thema noch in der Anhörung befindet. Die Landesjagdzeitverordnung zu verändern hat den Sinn, den jagdlichen Druck nicht das ganze Jahr über in der Fläche zu halten. Das heißt: Natürlich muss die Bejagung stattfinden. Wir haben in Schleswig-Holstein einen zu hohen Rehbestand und übrigens auch einen zu hohen Wildschweinbestand. Wir bauen unsere Wälder gerade um. Ich wäre sehr froh und könnte erfolgreicher agieren, wenn die Rehe nicht immer die jungen Buchen wegknabbern würden. Das Prinzip ist dann, in kürzeren Zeiträumen intensiv zu jagen und der Natur dafür für den Rest des Jahres Ruhe zu lassen. Auch hier kann man eine andere Meinung haben, aber es gibt gute fachliche Hinweise dahin gehend, dass dies ein vernünftiges Prinzip ist, und das ist handlungsleitend für die Novellierung der Landesjagdzeitverordnung.

Über das **Landesjagdzeitgesetz** wurde hier diskutiert. Frau Fritzen hat es ausgeführt: Es geht hier im Wesentlichen darum, ob die **bleihaltige Büchsenmunition**, die häufig zu Vergiftungen von zum Beispiel Seeadlern führt, abgelöst werden kann. Es ist so, dass wir - seitdem diese Regierung im Amt ist - in den Landesforsten bleifrei jagen. Das ging bisher ohne Probleme. Die Gegner sagen, dass die Tötungswirkung von den nicht bleihaltigen Geschossen etwas geringer ist. Diese Geschosse spreizen sich angeblich nicht so weit aus, sodass man dann, wenn man keinen sauberen Herzschuss landet, vielleicht mit dem Tierschutz in Konflikt tritt. Das ist ein ernst zu nehmendes Argument, aber ich

(Minister Dr. Robert Habeck)

kann Ihnen sagen, dass in den Landesforsten bisher keine Probleme aufgetreten sind.

Die Kreisjägerschaft in Lauenburg, und das sind keine grünen Ideologen, jagt traditionell schon seit längerer Zeit bleifrei. Als das Kabinett in Lauenburg war, war ich dort und habe mir das angeschaut. Dort gibt es keine Probleme. Möglicherweise brauchen andere Leute in anderen Gegenden größere Spreizbreiten bei den Geschossen, aber es gibt im Land, und nicht nur in Schweden, wo seit einiger Zeit auch bleifrei gejagt wird, einen Erfahrungswert, der so solide ist, dass ich persönlich meine, man kann diesen Schritt jetzt mit vernünftigen Übergangsfristen gehen.

Ich komme zur **Küstenfischereiverordnung**. Das ist vielleicht einer der wesentlichsten Bereiche, die im Moment meine Zeit und Aufmerksamkeit erfordern. Die **Stellnetzfischerei** in Schleswig-Holstein oder überhaupt in der Ostsee ist ohne Frage eine der ressourcenschonenden Fischereien. Das ist eine hoch selektive Form, sie hat aber zwei Nachteile, und diese müssen irgendwie angegangen werden. Das ist zum einen der Beifang von Tauchenten im Winter, die in die Netze hineinschwimmen und dann ertrinken, und zum anderen von Schweinswalen im Sommer.

Über dieses Problem habe ich mit den Fischern vielfältigste Gespräche geführt. Häufig geschah dies vor Ort, einige Abgeordnete waren manchmal dabei. Das war wahrhaft ein dickes Brett. Ich glaube, in keiner anderen Konstellation im Land sind die Fronten so verhärtet beziehungsweise gibt es so gar keine Gesprächskultur zwischen Naturschutzverbänden, Ministerien und Nutzern wie bei der Fischerei. Diese Gespräche haben zu meiner Überraschung nach anfänglichen Schwierigkeiten schnell eine enge Vertrauensbasis gefunden und - so meinte ich zumindest - zu guten und pragmatischen Lösungen geführt. Wir haben nach vielleicht zehn Gesprächsrunden mit den Fischern versucht, einen Beirat zu gründen. Auch deshalb haben wir uns einmal getroffen und ich werde demnächst wieder einladen.

(Zurufe)

- Ich komme noch zu den Muschelfischern und zu der fischereilichen Notgemeinschaft. - Das soll ein **Beirat für nachhaltige Fischerei** werden. Im Rahmen dieses Gesprächs habe ich gefragt, ob es für die Fischerei in Ordnung sei, die Summe dieser Einzelerfahrungen als KüFO-Änderung so in die Anhörung zu geben, wie ich es getan habe. Dem wurde zugestimmt. Dann habe ich so agiert. Das

heißt, dass der Weg bis hierhin ein gemeinsam beschrittener Weg ist.

Mir geht es darum, die Fischerei in Schleswig-Holstein zu stärken, gerade die Stellnetzfischerei und die handwerkliche Fischerei. Ich kann das aber nur, wenn ich mir selbst treu bleiben soll und der Analyse folge, die ich gemacht habe, wenn die ökologischen Probleme zumindest angegangen werden. Das heißt, wenn die Fischerei bereit ist, diesen Diskurs zu führen - ich sehe es so, dass sie bereit ist, diesen Diskurs zu führen -, dann wird man auch gute Lösungen finden, diese Fischerei zu stärken und den Rückgang - ich habe die Zahlen genannt; wir haben noch 1.000 Kutter, der Fischer ist durchschnittlich 56 Jahre alt - politisch so zu beantworten, dass Fischerei in Schleswig-Holstein eine Chance hat.

Auch da räume ich ein, dass man sagen kann: Was kümmern mich die Schweinswale, was kümmern mich die Enten, ist doch wurscht. - Meiner Ansicht nach ist der alte Weg nicht erfolgreich gegangen worden. Deswegen werden wir einen neuen Weg gehen, der sagt: Wir wollen Naturschutz, Ökologie und Ökonomie in der Fischerei zusammendenken. - Das werden wir machen. Wir werden sehen, wohin uns dieser Weg führt.

Interessanterweise ist festzustellen, dass sich sehr viele Fischer konstruktiv einbringen und sagen: Ihr wollt die KüFO ändern, muss vielleicht nicht sein, aber es ist okay, schneidet die Gebiete aber ein bisschen anders, kürzt die Zeiten ein bisschen. - Interessanterweise - vielleicht darf ich das an dieser Stelle schon sagen - lautet der Antrag der CDU, über den wir in der nächsten Tagung reden wollen, nicht: „Lasst die KüFO ändern“, sondern er sagt - ich lese es einmal kurz vor -:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der Änderung Küstenfischereiverordnung sicherzustellen, dass die zeitliche Einschränkung - mit einem Verbot der Stellnetzfischerei - nicht auf 5 beziehungsweise 8 Monate ausgedehnt wird. Stattdessen ist die Einschränkung auf die 4 bis 6 Wochen des Hauptvorkommens von Schweinswalen im Sommer zu begrenzen.“

Selbst die CDU sagt im nächsten Antrag das Gegenteil von dem, was sie hier sagt, nämlich: Schränkt die Fischerei ein, begrenzt sie in den Zeiten, allerdings nicht so weit, wie ihr wollt. - Okay, das sage ich ja, darüber kann man streiten. Aber offensichtlich ist die CDU bereit, eine **Einschränkung der Stellnetzfischerei** in einem gewissen

(Minister Dr. Robert Habeck)

Zeitrahmen vorzusehen. Das ist doch cool. Wie weit sind wir schon gekommen? Diesen Antrag hätte sie in der letzten Legislatur nicht gestellt. Das ist großartig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wo wir landen werden, kann ich heute nicht sagen. Aber dass sich etwas bewegt, ist bei der Fischerei und offensichtlich auch bei der CDU festzustellen, und darüber freue ich mich.

Ich komme zur **Nutzung im Nationalpark Wattenmeer**. Dort sind zwei Prozesse zu unterscheiden, erstens die **Muschelfischer** und zweitens die **Krabbenfischer**. Bei der Muschelfischerei - sie ist die treibende Kraft hinter der fischereilichen Notgemeinschaft - ist es so, dass es im letzten Herbst eine aufgeheizte Situation gab, als die Muschelfischer entlang des Muschelvertrags, den sie mit der Vorgängerlandesregierung geschlossen haben, neue Smart Farms, also Aquakulturen für Muscheln, ausbringen wollten. Diese **Aquakulturen** müssen noch genehmigt werden. Das ist ähnlich wie bei den Windmühlen. Man hat die Gebiete, aber noch nicht das Genehmigungsverfahren. Diese Genehmigung braucht ähnlich wie bei den Windmühlen eine gutachterliche Begleitung. Wir sind im Nationalpark. Man muss sich da schon an die Spielregeln halten. Diese gutachterliche Begleitung kam nicht herüber. An einer Stelle habe ich mir erlaubt zu sagen: „Wenn ihr jetzt noch wollt, dass das Ding im nächsten Frühjahr, also zu Ostern 2013, ausgebracht wird, dann geht es nur noch, wenn ihr selbst ganz schnell kompensatorische Maßnahmen vorschlagt, die so eindeutig diesen Eingriff in den Nationalpark beheben, dass man nicht einzeln im Detail groß prüfen muss, sondern einfach sagen kann: Das passt.“

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass das, was als Wegeröffnung gedacht war, als Erpressung dargestellt wurde. Das ist wohl der Ansatz der fischereilichen Notgemeinschaft. Gleichwohl stelle ich fest, dass der Antrag für die nächste Ausbringung immer noch nicht eingegangen ist. Ich würde mich freuen, wenn uns die Muschelfischer diesen Druck im Kessel das nächste Mal ersparen würden, also rechtzeitig alle Unterlagen einbringen. Dann werden wir selbstverständlich auf der rechtlichen Grundlage, die die Landesregierung vor mir geschaffen hat, nach Recht und Gesetz prüfen - wie immer.

Bei den **Krabbenfishern** ist es etwas komplizierter oder eigentlich viel einfacher. Die Krabbenfischer haben ein laufendes Verfahren zur MSC-Be-

siegelung ihrer Fischerei. **MSC**, Marine Stewardship Council, besiegelt nachhaltige Fischerei. Das begrüße ich außerordentlich, das finde ich vernünftig, sowohl ökologisch, weil es bedeutet, den Beifang zu minimieren, als auch ökonomisch. Ökonomisch deswegen, weil dann, wenn eine andere Krabbenfischerei, sagen mir die Schotten oder die Holländer, ein solches Siegel bekommen wird, die Nachteile für die schleswig-holsteinischen Fischereien enorm sein werden. Oder umgekehrt gesprochen: Wenn die schleswig-holsteinischen Fischer dieses Siegel bekommen, bekommen sie für ihre Krabben mehr Geld und werden ökonomisch weit besser dastehen. Das kann nur vernünftig sein, und ich unterstütze das nach Kräften.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings gibt es das Problem, dass die Krabbenfischer innerhalb dieses Siegelverfahrens den Nachweis erbringen müssen, dass die Befischung nicht den Bestand gefährdet. Das ist bei der Krabbe anders als bei anderen Fischarten schwer, weil die Krabbe überall und nirgends ist. Deswegen ist es bisher auch in Holland nicht gelungen, dieses MSC-Siegel zu erlangen.

Wir haben im Ministerium nachgedacht, und ich habe mir einen Weg überlegt, der so aussieht: Im Regelwerk des MSC gibt es einen Seitenweg, dass bei diesen schwierigen Arten eine Möglichkeit gefunden werden kann, dadurch, dass man auf bestimmte Gebiete verzichtet, den Nachweis zu erbringen, dass die Krabbe im Bestand stabil bleibt. Wenn dieser Weg gegangen würde, dann wären die Krabbenfischer Herr des Verfahrens, wir würden es, etwa durch Gutachten, finanziell unterstützen können, und die Fischer würden am Ende des Tages entscheiden, ob die Einschränkungen, die, wenn überhaupt es erfolgreich zu Ende gegangen werden könnte, hinnehmbar sind und die ökonomischen Vorteile überwiegen. Das ist der Vorschlag, letztlich eine Win-Win-Situation für Naturschutz und Krabbenfischerei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Es liegt allerdings in den Händen der Krabbenfischer. Sie bestimmen darüber. Sie hätten selbstverständlich, wenn sie diesen Weg gehen würden, Rechtssicherheit, dass dieser Weg vor anderen Debatten schützt, Nullnutzungszonen unabhängig von den Nutzern einzuführen. Das ist, glaube ich, ein interessanter politischer Gedanke, den sie vielleicht noch einmal aufnehmen sollten. Das hängt selbst-

(Minister Dr. Robert Habeck)

verständlich daran, dass die Krabbenfischer dem Prozess vertrauen.

Ich habe durch die fischereiliche Notgemeinschaft wohl zur Kenntnis genommen, dass das Vertrauen in meine Person offensichtlich geschwunden ist. Deswegen habe ich Herrn Lindemann, den ehemaligen Landwirtschaftsminister aus Niedersachsen, seines Zeichens CDU, gefragt, ob er sozusagen als Obmann zur Verfügung steht, als jemand, der aufpasst, dass ich die Krabbenfischer nicht übers Ohr haue - was ich an dieser Stelle wirklich nicht vorhabe. Vielleicht gelingt es, wenn man es wirklich parteiübergreifend aufstellt, dass die Vorteile dieses Prozesses, die ich sehe, die Fischer wieder zurückholen.

Von einer Enteignung oder Verdrängung aus dem Nationalpark ist in diesem Fall keine Rede, sondern es ist ein Vorschlag, den ich gemacht habe, von dem ich mir in der Tat erwartet hätte, dass er mehr Bereitschaft auslösen würde. Aber wir sind da noch in der Diskussion, allerdings nicht mehr ewig lange. Die Krabbenfischer wissen das jetzt seit einem Jahr. Wir werden es noch einmal vorstellen, und dann liegt die Entscheidung bei ihnen. Wenn sie sagen: „Wir wollen das nicht“, dann ist diese Diskussion an dieser Stelle zu Ende, und ich wünsche ihnen viel Erfolg beim Siegelerwerb über die konventionellen Verfahren; ich wünsche ihnen wirklich, dass sie das MSC-Siegel so bekommen.

Ich komme jetzt noch zum Knick.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein! Wir wollten keine halbe Stunde von Ihnen!)

- Ja, nun, Sie wollten es ja so.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber das steht uns dann auch wieder zur Verfügung!)

- Dann müsste ich einen Hinweis geben, dass Sie in Zukunft Ihre Antragstellung überdenken. Sie wollten sozusagen eine Erklärung haben, wie ich die bäuerliche Landwirtschaft und auch die kleinteilige Fischerei schützen will, und das trage ich Ihnen jetzt hier vor.

Der Knick - auch das ist diskutiert worden - ist in Schleswig-Holstein in einem schlechten Zustand. Nicht überall, es gibt vorbildliche Bauern, aber es gibt durch die Größe der Flächen, die größer werdenden Fahrzeuge und die hohen Preise, die inzwischen gezahlt werden, ausgelöst vor allem durch das EGG und die Energiewende, einen erheblichen Druck im ländlichen Raum. Das wissen alle, die

sich damit beschäftigen. Dieser Druck führt, das kann man sehen, dazu, dass immer enger an den Knickwall herangepflügt wird und dass die Knicks immer weiter zurückgeschnitten werden. Deswegen muss der **Knickschutz** entlang des Austarierens zwischen öffentlichen Gütern und betriebswirtschaftlicher Denke neu tariert werden. In der Tat ist es so gewesen, dass wir, ausgehend von dem Gerichtsurteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts, einem Urteil, das dem Knick mit der Überlegung, „einen Meter und gerade hoch“ weit größere Rechte zugesprochen hat, gestartet sind. Bei längerem Überlegen schien mir die Lösung „einen halben Meter und einen Schrägschnitt“ ökologisch das Gleiche zu bewirken und für die Landwirtschaft weniger Nachteile zu bedeuten. So ist es dann auch gekommen.

Der **Knickerlass** ist seit Ende Juni in Kraft und führt den **Saumstreifen** neu ein. Damit verbinden sich ohne Frage neue Fragen. Aber wir streiten in der Landwirtschaft im Wesentlichen nicht mehr darum, ob man überhaupt so etwas machen darf. Das wäre auch absurd, weil es vorher einen Knickerlass gab. Von Enteignung kann keine Rede sein. Vielmehr ist es der Schutz eines Biotops.

Zweitens bekommen die Landwirte Geld dafür. Sie wissen, dass die Prämienzahlung die Knicks eingeschlossen hat. Landwirte bekamen in Schleswig-Holstein in der Summe pro Jahr 340 Millionen €. Das sind alles Gelder, die die öffentliche Hand aufbringen muss, steuerbezahlt, in Deutschland schuldenfinanzierte Gelder. Die Knicks werden aus der Fläche nicht herausgerechnet.

Durch die neue EU-Agrarpolitik kommt das sogenannte **Greening** dazu. Greening heißt, man bekommt die Prämienzahlung nur, wenn man einen bestimmten Prozentsatz an landwirtschaftlichen Elementen ökologisch vorhält. Wir haben im Land 3 % ökologische Vorrangflächen. Es müssen aber 5 % sein. 2 % fehlen. Wahrscheinlich wird für viele Betriebe der Knicksaum dazu führen, dass sie die Vorgaben aus der Europäischen Union einhalten können. Insofern ist es nicht eine Enteignung, sondern der Knicksaum löst viele Probleme, bringt sozusagen vielen Betrieben am Ende des Tages auch noch bares Geld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein Letztes! Wir streiten nicht mehr über das Grundprinzip der Enteignung, darüber, ob man das darf. Wir streiten auch nicht mehr darüber, ob es ein Meter oder ein halber Meter ist. Klar, wir strei-

(Minister Dr. Robert Habeck)

ten zwar noch ein bisschen darüber, aber das ist nicht der Kern der Debatte.

Der Kern der Debatte hat sich verschoben: Wir streiten darüber, ob die Rückschnittsfrist bei schnell wachsenden Gehölzen, etwa bei Südknicks, wenn die Fruchtart hochsteht, meinetwegen Mais oder Weizen, einzuhalten ist, ob die Weiden an Südknicks schneller herauswachsen, als es der Knickerlass mitgedacht hat. Wir streiten über solche Detailfragen: Wie gehen wir mit Spargelfeldern um? Was ist mit Tannenbaumkulturen? Darf man, wenn der Mährescher bei der Rapsernte höher steht, in den Knick hineinwenden? Darf man den Knick bei der Rübenverladung ausnahmsweise einmal herunternehmen?

Meine Damen und Herren, in allen Fällen lassen sich gute Lösungen finden, und zwar Lösungen, mit denen der Landwirt leben und das Prinzip gewahrt bleiben kann. Da sage ich Ihnen - das hat auch Frau Eickhoff-Weber gesagt - jede pragmatische Überprüfung zu. Das Prinzip ist beschlossen, das Prinzip ist gerechtfertigt. Pragmatische Lösungen - Sie sehen, wie klein die Probleme auf einmal geworden sind - rechtfertigen aus meiner Sicht nicht einen Antrag, in dem es heißt, die bäuerliche Landwirtschaft werde durch diesen Knickschutz ausgehebelt.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Erstens. Herr Minister, Ihre Vermutung, die FDP-Fraktion habe „sauviel“ Ahnung, werte ich als den Versuch, möglichst ländlich, kernig zu sprechen. Ansonsten halte ich diese Begrifflichkeit und Charakterisierung einer Fraktion für nicht sehr parlamentarisch.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir fühlen uns auf jeden Fall sauwohl! - Weitere Zurufe)

- Die Bewertung sollten Sie mir überlassen.

Zweitens. Ich teile Ihnen mit, dass die Landesregierung die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 26 Minuten überzogen hat. Diese Redezeit steht jetzt selbstverständlich auch allen Fraktionen zur Verfügung.

(Zuruf: Schönen Abend! - Weitere Zurufe)

- Frau Abgeordnete, ich habe Verständnis dafür, dass Sie noch einen Elternabend haben. - Ich möchte gern die Zusatzbemerkung machen: Wenn für die Landesregierung erkennbar ist, dass es sinnvoll wä-

re - was verständlich ist -, längere Ausführungen zu machen, sollten wir das im Ältestenrat miteinander besprechen.

Nun hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg für die FDP-Fraktion das Wort.

(Zurufe)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, ich brauche auch keine 13 Minuten, sondern will nur etwas zum Abstimmungsverhalten meiner Fraktion sagen. Wir werden dem Antrag der Union zustimmen. Auch ich werde ihm zustimmen, weil ich ihn in der Grundtendenz richtig finde.

Ich bin nach vorn gegangen, weil im Antrag unter anderem das **Tierschutz-Verbandsklagerecht** angesprochen wird. Sie wissen, dass ich ein ausdrücklicher Befürworter des Tierschutz-Verbandsklagerechts bin. Ich werde das, wenn das Tierschutz-Verbandsklagerecht im Landtag zur Abstimmung steht, mit meinem Stimmverhalten dokumentieren. Heute habe ich allerdings kein Problem damit, dem Unionsantrag zuzustimmen, auch wenn Sie, anders als ich es richtig finde, das Tierschutz-Verbandsklagerecht mit einem Spiegelstrich in Ihrem Antrag erwähnen.

Im Übrigen erlauben Sie mir die Abschlussbemerkung: Herr Minister, Sie haben sage und schreibe 31 Minuten gebraucht, um einen Antrag, über den sich die Koalitionsfraktionen eher lustig gemacht haben, zu rechtfertigen. Insofern scheint er nicht ganz von ungefähr zu kommen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Rickers möchte gern noch einmal zu Wort kommen.

(Heiner Rickers [CDU]: Wie viele Minuten waren das? - Zurufe: 26!)

- Bitte nicht länger als 26 Minuten.

(Peter Sönnichsen [CDU]: Du kannst noch einen Dreiminutenbeitrag ranhängen! - Heiterkeit und Zurufe - Heiner Rickers [CDU]: Was würde passieren, wenn ich die Zeit überziehe?)

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Habeck, genau das ist das, was wir uns gewünscht haben, und zwar

(Heiner Rickers)

nicht nur hier, sondern auch im Ausschuss. Da ist die Aussprache zu kurz gekommen: zum Beispiel bei der **Knickverordnung** - anders, als Sie es beschrieben haben, Frau Fritzen. Die Fachlichkeit, die heute auch einmal vom Minister vorgetragen worden ist - da muss ich Sie bestätigen, Herr Dr. Garg -, ist hier im Parlament genau richtig, weil uns im ländlichen Raum das alle angeht. Wir sind mitten in der Debatte, und die sollten wir fortführen.

(Beifall)

Wo verläuft die Mitte? Gute Frage! Es ist doch klar, dass auch wir von der CDU etliches erkannt haben. Wir wären ja nicht für den **Tierschutz**, wenn nicht auch uns das Problem der Tauchenten und Schweinswale, das nachher noch unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt diskutiert wird, unter den Nägeln brennen würde. Aber wie Sie mit den Verbänden umgegangen sind, würden wir es nicht machen. So kann es nicht laufen. Sie haben angekündigt: vielleicht fünf bis acht Wochen Verbot der Fischerei. Das kann ich ja noch verstehen, wenn die Fischer so lange Urlaub machen. Aber doch nicht acht Monate! Was sollen die denn in der Zwischenzeit machen? Die müssen doch ihren Lebensunterhalt verdienen. So kann es nicht laufen. Sie sehen, dass der Druck aus Reihen der Fischer so groß geworden ist, dass sie sich zur Notgemeinschaft, zum Bündnis zusammenschließen und dagegen angehen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Sehr geehrter Herr Dr. Garg, wenn Sie zum **Tierschutz-Verbandsklagerecht** sprechen und Argumente vortragen, die wir im Ausschuss diskutiert haben, muss man ehrlich sein. Da gibt es zwei ganz unterschiedliche Lösungen, die eine Lösung aus Bremen, immer als vorbildlich und anerkannt genannt. Im Nachgang erging eine Verwaltungsentscheidung: Darf der eingetragene und anerkannte Tierschutzverband klagen? Damit könnte man vielleicht noch leben. Das wäre ähnlich wie im Naturschutzrecht. Das haben Sie ja hoch gelobt. Sie wissen, dass auch wir in einigen Fällen damit leben könnten. Man kann doch nicht den Tierschutzverbänden im Vorwege mehr Rechte einräumen als den ausgebildeten Kreisveterinären und den Ordnungsbehörden vor Ort.

(Sandra Redmann [SPD]: Warten Sie doch erst einmal ab!)

- Richtig, wir haben es diskutiert. Wenn sich dieser aus unserer Sicht absolut falsch gelaufene Vorschlag des Tierschutz-Verbandsklagerechts in die-

ser Situation noch angleichen sollte, müssen wir neu diskutieren. Dann wären wir begeistert, dann hätten wir unser Ziel erreicht. Dann habt ihr endlich einmal aufgepasst und zugehört.

(Beifall CDU und FDP)

Auch zum Dauergrünlandumbruchverbot oder -erhaltungsgesetz - nennen Sie es, wie Sie wollen - muss ich etwas sagen. Sie wissen, dass es eine **Dauergrünlanderhaltungsverordnung** gibt. Die 5-%-Klausel gilt noch. Natürlich steht die zur Diskussion. Es gibt Hinweise aus dem EU-Parlament, dass das bis zum Herbst geregelt wird. Insofern wäre das dann nicht mehr notwendig.

Was uns stört, ist ja nicht, dass Dauergrünland nicht gepflügt werden darf; da sind wir alle einer Meinung. Wer heute noch nicht gepflügt hat, wird es auch morgen nicht machen müssen. Das sind nur noch Standorte, auf denen wir nicht pflügen müssen und die wir aus ökologischer Sicht auch nicht pflügen sollten. Es geht eher um Einzelheiten. Da kommen wir wieder zur Fachlichkeit, sehr geehrter Minister. Es geht um die Änderung der **Biotopverordnung**. Das ist in diesem Gesetzentwurf vorgesehen. Da müssen Sie Stellung beziehen.

Wenn Sie hier extensives oder Dauergrünland definieren können anhand von Grasarten oder krautigen Pflanzen oder als extensiv genutztes sowie strukturreiches Dauergrünland mäßig trockener bis nasser und wechselfeuchter Standorte einschließlich grünlandartiger Brachestadien, können Sie alles, was Sie an Grünland in der Wilstermarsch, in der Kremper Marsch oder in Dithmarschen vorfinden, vielleicht auch in Nordfriesland oder in der Störniederung, unter diesen Biotopschutz stellen. Sie würden damit so viele heute zulässige Pflege- und Bewirtschaftungsmaßnahmen verbieten können, dass wir diesen Freibrief der Landesregierung und Ihres Umweltministeriums so nicht hinnehmen können. Es geht nicht um das **Umbruchverbot**, es geht darum, dass man das, was man an reich strukturiertem Dauergrünland heute vorfindet, nicht unter einen Generalschutz stellt und da gar nichts mehr machen darf. Darum geht es.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Ein letztes Wort zum Knickschutz. Dazu habe ich schon gesprochen. Wenn **Knickschutz**, dann für alle. Warum darf mein Nachbar, der ein Baugebiet erschlossen hat oder selbst gebaut und dort einen eingetragenen Knick hat, seinen Rasen bis unten ran mähen, sein Pflaster darauf legen und sein Carport da hineinbauen, während das bei mir Cross-

(Heiner Rickers)

Compliance-relevant ist und 3,5 % der Prämie gestrichen werden? Wenn, dann gleiches Recht.

Gucken Sie einmal auf öffentliche Flächen, gucken Sie auch einmal auf kommunale Flächen! Gucken Sie einmal auf Wege und Straßen! Stellen Sie einmal fest, wie der Knickfuß dort aussieht, wie er geschlegelt wird! Alles ist angeblich der Verkehrssicherungspflicht geschuldet. Da frage ich mich, ob da mit gleichem Maß gemessen wird und das nicht ein Angriff auf die Landwirtschaft ist. Darüber müssen Sie nachdenken. Das haben wir besprochen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nein, ich brauche keine drei Minuten. Ich wollte nur etwas zu dem sagen, was Sie, Herr Rickers, zum **Tierschutz-Verbandsklagerecht** ausgeführt haben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich weiß, dass Sie dafür sind, Herr Dr. Garg. Das waren Sie schon immer. Die Diskussion haben wir schon vor 13 Jahren geführt.

Herr Rickers, ich habe das Gefühl, dass Sie ein etwas merkwürdiges Verständnis von einer Anhörung haben. Wir haben etwas in eine Anhörung gegeben. Es ist üblich, dass man sich hinsetzt und den Fachleuten zuhört. Das, was uns die Fachleute sagen - zumindest erwarte ich das; das ist unser Anspruch -, hören wir uns an, und dann denken wir über das Ganze noch einmal neu nach. Das ist Sinn und Zweck einer Anhörung.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wie beim Jagdgesetz!)

- Warte doch einmal ab! - Ansonsten brauchten wir sie zukünftig nicht mehr zu machen. Dann wäre sie witzlos.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wie beim Sparkassengesetz!)

Ich sage Ihnen hier ganz offen: Für die SPD-Fraktion ist ganz klar, dass in dieser Anhörung Punkte genannt wurden, die uns noch einmal zum Nachdenken gebracht haben.

(Beifall FDP)

Darüber haben wir bereits mit unseren Koalitionspartnern und dem Ministerium gesprochen. Über diese Punkte werden wir noch einmal diskutieren. Dann werden wir Ihnen etwas vorlegen. Ich finde Ihr Angebot schön - so habe ich es verstanden, Heiner Rickers -, dass Sie uns dann zustimmen werden, sodass wir das dann gemeinsam auf den Weg bringen können.

(Beifall SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Eine großzügige Interpretation!)

Dann braucht sich Herr Dr. Garg auch keine Sorgen zu machen, dass er allein mit uns stimmt. Das ist für mich Sinn und Zweck einer Anhörung.

Zu den anderen Punkten möchte ich nichts sagen, auch wenn mir die Worte auf der Zunge liegen. Meine Kollegin, Frau Eickhoff-Weber, hat dazu Ausführungen gemacht. Insbesondere über das Thema Grünland werden wir eine Diskussion führen. Ich mag es nur nicht, wenn Sie uns im Vorwege schon sagen, wie wir zu denken haben.

Zum Thema **Landesjagdgesetz**: Auch dazu haben wir eine Anhörung durchgeführt. Wir waren zusammen beim Jagdpolitischen Frühstück und haben uns die Argumente angehört. Ich sage hier ganz offen - das wissen alle, die dabei waren -: Die Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen. Wir haben uns alle Argumente angehört. Weil Sie der einen Seite ein bisschen besser zugehört haben, haben Sie nicht automatisch recht,

(Beifall Olaf Schulze [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

genauso wenig wie wir beim Tierschutz-Verbandsklagenrecht automatisch recht haben. Das ist keine einfache Entscheidung gewesen. Wir haben in der SPD lange darüber diskutiert, ob wir das so machen. Wir werden etwas vorlegen. Das werden Sie begutachten können. Dann können wir sicherlich noch einmal darüber sprechen. Ihre Gesprächsbereitschaft begrüßen wir, die teilen wir gern.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wenn ich die Wortmeldung aus der CDU-Fraktion richtig verstanden habe, ist ein Überweisungsantrag gestellt worden. - Er ist nicht gestellt worden. Also Abstimmung in der Sache. Gut, dann machen wir das. Über den Antrag ist also in der Sache abzu-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

stimmen. Wer dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sowie aller Abgeordneten der PIRATEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt. Damit ist die Drucksache 18/1028 abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 20:

Änderung der Küstentischereiordnung (KüFO)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1027

Nachhaltige Fischerei entwickeln

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1084

Bevor wir in die Diskussion einsteigen, bitte ich Sie zunächst, mit mir zusammen auf der Besuchertribüne Mitglieder der SPD Dithmarschen/AG 60plus, zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Klaus Jensen für die CDU-Fraktion.

Klaus Jensen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen von Sandra Redmann habe ich ja fast schon Bedenken, dass, wenn man ihr den kleinen Finger reicht, die Hand nachher nicht mehr dran ist.

(Serpil Midyatli [SPD]: Bei Sandra musst du dir keine Sorgen machen!)

- Ich habe auch nicht den Eindruck.

Die Landwirte - das haben wir in der Debatte über den letzten Antrag schon gemerkt - sind leider nicht die Einzigen, die unter dieser Landesregierung Probleme haben. Auch die **Küstentischerei** soll stark eingeschränkt werden. Gleich vorweg: Dies ist mit uns so nicht zu machen. Die Landesregierung plant, die Küstentischereiordnung, die KüFO, dahin gehend zu ändern, dass der Schutz von Schweinswa-

len und von Seevögeln, hier besonders der Tauchenten, verbessert wird. Das ist ein Ziel, welches auf den ersten Blick natürlich positiv bewertet werden kann. Dieses Ziel durch die Änderung der KüFO zu erreichen, ist im Prinzip ein gangbarer Weg.

Nun kommt das Aber: In dem vorgelegten Entwurf werden nicht nur großräumig Gebiete für die **Stellentischerei**, die traditionelle Form der kleingewerblichen Fischerei an der Ostseeküste, gesperrt, sondern das auch noch für einen **Zeitraum** von sechs bis acht Monaten. Das ist eine unglaubliche Einschränkung der Berufsausübung der einheimischen Fischer, die natürlich nicht akzeptiert werden kann. Ich will gern die Fischereiexpertin der SPD, Ulrike Rodust, zitieren, die laut Zeitungen gesagt hat: Acht Monate sind zu lang, das kann kein Betrieb überleben.

In ersten Stellungnahmen wird diese wirklich völlig überzogene Maßnahme auch aus formalen Gründen kritisiert. So werden die Erforderlichkeit und vor allen Dingen die Verhältnismäßigkeit und eine Abschätzung der Folgewirkungen überhaupt nicht nachvollziehbar dargelegt, noch dazu bei einer zurzeit vollkommen unzureichenden wissenschaftlichen Datengrundlage. Diese Einschränkungen würden tatsächlich zur Existenzgefährdung der betroffenen Familienbetriebe führen. Das kann doch wohl keiner ernsthaft wollen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Die Stellentischerei wird für die Bedrohung der ohne Frage schützenswerten **Schweinswale und Tauchenten** - die sind auch uns nicht wurscht, absolut nicht - verantwortlich gemacht. Diese Position ist so nicht haltbar. Auch die Dänen attestieren in einer Studie dieser Form der Fischerei eine besondere Umweltverträglichkeit. Unsere Nachbarn müssen das angesichts der wesentlich größeren Schweinswalpopulation in ihren Gewässern doch wohl einschätzen können.

Nein, Herr Minister Habeck, Sie haben es tatsächlich geschafft, nach all Ihren Gesprächen, die - das glaube ich Ihnen - ehrlich gemeint waren, ein Ergebnis hinzulegen, das die Fischer in eine **fischerliche Notgemeinschaft** getrieben hat, weil sie um ihre Existenz fürchten. Ich glaube auch nicht, dass diese Notgemeinschaft von Muschelfischern gesteuert wird. Es gibt eine ganz breite Beteiligung. Persönlich nimmt man es Ihnen ab, Herr Minister, dass Sie nicht gegen den gesamten Widerstand der Fischer etwas durchsetzen wollen. Das erkennt man auch daran, dass Sie jetzt - das ist ganz neu, ganz frisch - Kontakte zum Bürgermeister der Gemeinde

(Klaus Jensen)

Strande aufgenommen haben, der an Sie geschrieben hat. Ob Sie sich aber gegen Ihre Kollegen in der Fraktion der Grünen und vor allem gegen den Druck der Naturschutzverbände, namentlich des NABU, durchsetzen können, muss man schon bezweifeln; denn deren Ziel ist es explizit, die Stellnetzfisherei ganz und gar zu verbieten.

Auf der anderen Seite steht nach wie vor das **Angebot der Fischer**, gemeinsam vorzugehen, um die **Schutzziele** zu erreichen. Der sogenannte Heiligenhafener Kompromiss vom November letzten Jahres bietet einen guten Ansatzpunkt: Zum Ersten geht es um die Schließung der Gebiete für vier bis sechs Wochen im Sommer, was die Schweinswale angeht - das haben wir in unserem Antrag dargelegt -, zum Zweiten geht es um einen Beitrag zur Verbesserung der Datengrundlage, zum Dritten um die Erprobung von alternativen Fangmethoden. Das wäre einmal ein ordentliches Ergebnis einer Anhörung. Dieser Entwurf der KüFO mit diesen Einschränkungen gehört in die kreisrunde Ablage.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Da wir dieses Thema inhaltlich bereits ausführlich beraten haben, beantragen wir Abstimmung in der Sache, zumal auch die Koalitionsfraktionen laut Änderungsantrag die Existenzgrundlage der Stellnetzfisher nicht gefährden wollen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt kommen wir zum Abgeordneten der SPD-Fraktion. Das Wort hat der Abgeordnete Lars Winter.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP]: Der kann alles außer Haushalt!)

Lars Winter [SPD]:

Das gilt es zu beweisen, Herr Kollege Garg.

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne meinen Redebeitrag mit einem Zitat:

„Unser Ziel ist der Erhalt der regionalen handwerklichen Fischerei. ... Im Dialog mit Fischerei, Naturschutz und Wissenschaft wollen wir die Nachhaltigkeit der Fischerei verbessern. Der derzeitige Einsatz von Stellnetzen und Schleppnetzen hat erhebliche Umweltauswirkungen und gefährdet die besonders bedrohte Schweinswalpopulation in der Ostsee. Wir setzen uns für die schnellst-

mögliche Einführung schonender und verträglicher Fischereitechniken ein.“

Das haben die regierungstragenden Fraktionen im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2012 vereinbart, und auf diesen Weg haben wir uns gemacht.

Fischereiminister Robert Habeck hat im vergangenen Jahr einen **Dialogprozess** mit der **Fischerei** begonnen, der seinesgleichen sucht. Jetzt zu behaupten, dass das kein ordentlicher Dialog gewesen sei, ist unfair. Das muss man außerdem zurückweisen.

Ich habe diesen Prozess begleitet. Ich war nur an wenigen Gesprächsrunden nicht beteiligt. Deshalb weiß ich, wer wann was zugesagt hat und was nicht.

Während der vielen Gespräche ging es immer darum, dass wir der regionalen **handwerklichen Fischerei** Angebote machen wollen, die ihre Existenz sichern und trotzdem dem **Artenschutz**, hier insbesondere den Schweinswalen, im Späteren auch den Tauchenten, mehr Schutz für die Stärkung der Population gewähren.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Der Dialog hat in Heiligenhafen mit Fischern und Verbänden begonnen. Dort wurden erste mögliche Szenarien vorgestellt, die aber sehr grob umrissen waren. Jedem musste klar sein, dass das nur erste Gedankenansätze gewesen sind. Der Dialog setzte sich fort, mal mit einzelnen Fischern, mal mit Fischern aus nur einer Region. Dann waren wieder die Verbände beteiligt. Wir haben auch Gesprächsrunden mit Fischern und Naturschutzverbänden gehabt.

In all den Runden gab es mal mehr und mal weniger Zustimmung zu den Ideen der Landesregierung. Es wurden auch einmal Szenarien dargestellt, in denen es um drei oder vier Gebiete ging, die mit zeitlichen Einschränkungen zwischen sechs und acht Wochen beschrieben wurden. Das war ziemlich zu Beginn des Dialogs. Ich habe es vorhin bereits ausgeführt: Wer glaubte, dass das schon eine Festsetzung war, der weiß nicht, wie solche Dialoge geführt werden.

Die in dem jetzigen Entwurf der Küstenfischereiordnung formulierten Gebiete sind mit Ausnahme von Strande und Fehmarn mit den Fischern besprochen und ausgehandelt worden. In der Geltinger Birk wurde man sich schnell einig. Die Fischer von Maasholm und der Schleimündung konnten sich ihre Hauptreviere nach den Gesprächen mit den Ministern ebenfalls sichern. Lediglich vor Strande und um Fehmarn herum ist man noch nicht zueinander

(Lars Winter)

gekommen. Hier bleiben die zeitlichen Einschränkungen, die noch besprochen werden müssen, weil diese noch strittig sind.

Der jetzige Entwurf sieht vor, dass in einigen Bereichen der Ostseeküste im Jahr insgesamt 8,5 Monate und in anderen Bereichen 5,5 Monate nicht mit Stellnetzen gefischt werden soll. Das sind erhebliche **Einschränkungen** für die **Fischerei**. Das sehen wir auch so. Deswegen sagen wir, dass wir hier nachsteuern müssen. Der Minister hat in seinem Redebeitrag zum vorherigen Tagesordnungspunkt bereits dazu Stellung genommen und gesagt, dass wir uns dabei bewegen müssen. Denn wie ich bereits eingangs erwähnte: Unser Ziel ist der Erhalt der regionalen handwerklichen Fischerei.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich möchte alle Anwesenden daran erinnern, dass bis zum 16. August das **Anhörungsverfahren** zum Entwurf der Küstenfischereiverordnung lief. Für das Ministerium gilt es nun, die vorgebrachten Punkte mit dem vorliegenden Entwurf abzugleichen. Auch wenn der Verordnungsweg kein parlamentarischer ist, gehe ich davon aus, dass uns die Stellungnahmen zur Kenntnis gegeben werden und dass das Ministerium dem Umwelt- und Agrarausschuss darüber berichten wird, zu welchen Entscheidungen es gekommen ist.

Ich habe nun viel über und für die Fischerei gesprochen. Das Ziel, dem Artenschutz gerecht zu werden, dürfen wir bei allen Bestrebungen, uns für die Fischerei einzusetzen, nicht aus dem Auge verlieren.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Es funktioniert nun einmal nicht, den Fischern alle Freiheiten zu geben und gleichzeitig zu glauben, dass das der Schweinswalpopulation nicht zum Schaden gereicht. Jeder einzelne Fischer hat das in den Gesprächen verstanden. Vielleicht haben ein paar Hardliner das nicht verstanden, aber sie haben das verstanden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was denn jetzt?)

Nun gilt es, mit den Stellschrauben der Küstenfischereiordnung diesen Mittelweg zu finden und zu gehen. Deshalb ist der Antrag der CDU-Fraktion, wie es in unserem Änderungsantrag ausgeführt ist, verfrüht. Es ist zu früh, jetzt schon Vorfestlegungen zu treffen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Dann werden wir einen Weg finden, der im Sinne des Artenschutzes und im Sinne der Fischer ist. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im März bereits über das Thema Ostseefischerei geredet. Ich habe damals gesagt, dass sich diese Koalition für den Erhalt der **handwerklichen Küstenfischerei** in Nord- und Ostsee einsetzen wird. Dies steht im Übrigen auch im Koalitionsvertrag. Das kann ich hier nur noch einmal bekräftigen.

Anders als die Kollegen von der CDU sind wir der Überzeugung, dass sich dieses Ziel nur erreichen lässt, wenn wir die **Konflikte** zwischen **Naturschutz und Fischerei** ernsthaft angehen und zielgerichtet nach Lösungen suchen. Anders als der Fischereiverband bin ich der Überzeugung, dass es gut ist, dass die Zuständigkeit für den Meeresschutz und die Fischerei in einem Ministeriums verankert ist; denn Meeresschutz und nachhaltige Fischerei gehören natürlich zusammen. Das eine geht überhaupt nicht ohne das andere.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein intensiver Dialog mit den Betroffenen findet seit Monaten statt. Die **Stellnetzfisherei** ist eine traditionelle Form der Fischerei in der Ostsee, die besonders von kleinen Familienbetrieben ausgeführt wird. Es handelt sich um eine Fangmethode, die durchaus auch ökologische Vorteile hat. Das wissen wir, und das erkennen wir an. Sie ist wenig energieaufwendig und beeinträchtigt den Meeresboden nicht.

Wir dürfen aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass in den Netzen leider immer wieder Tiere landen, die die Fischer dort nicht haben wollen und die dort auch nicht hineingehören. Wenn es sich dabei nur um einzelne Tiere handeln würde, müssten wir nicht weiter darüber reden. Das betrifft aber nicht einzelne Tiere, sondern das betrifft die vom Aussterben bedrohten Schweinswale sowie Enten, nämlich die Eiderenten und die Tauchenten, für die Schleswig-Holstein eine internationale Verantwortung hat.

Wer will, dass bei der Stellnetzfisherei alles so bleibt, wie es ist, der will nicht, dass wir diese Form der Fischerei zukünftig noch haben.

(Bernd Voß)

Nach vielen Gesprächen liegt nun seit Ende Juni der Entwurf zur Änderung der **Küstenfischereiverordnung** vor. Diese ist auf bestimmte Bereiche beschränkt, auf die Hotspots, die für Schweinswale und Meeressäuger von besonderer Bedeutung sind. Aber nur darauf ist sie beschränkt.

Das **Anhörungsverfahren** dazu läuft noch. Wir gehen davon aus, dass die eingegangenen Stellungnahmen sorgfältig ausgewertet werden. Dabei wird es auch um die Sorgen der Fischer bezüglich der zeitlichen Einschränkung für Stellnetze in den Hotspot-Gebieten gehen. Es sind aber auch die Interessen der Naturschutzverbände zu berücksichtigen. Es müssen Kompromisse möglich werden, die einen ausreichenden Schutz für Schweinswale und Meeressäuger gewährleisten.

In der öffentlichen Debatte darüber wird viel zu wenig über die Maßnahmen gesprochen, die neben der zeitlichen und räumlichen Einschränkung der Stellnetze ergriffen werden, um einerseits Artenschutz sicherzustellen und um andererseits die Fischerei zukunftsfähig zu machen.

Hier versucht die Opposition, in Wahlkampfzeiten nach dem Motto „Nutzer gegen Schützer“ mit einer Schwarzweißdebatte Stimmung zu machen. Das bringt uns aber überhaupt nicht voran.

Unser gemeinsames Ziel sollte sein, eine nachhaltige Fischerei weiterzuentwickeln. Dafür brauchen wir die Fischer, den Naturschutz, die Wissenschaft und möglichst auch die betroffenen Kommunen in einem Boot. Genau darum bemüht sich die Landesregierung seit Monaten intensiv. Gemeinsam mit den Fischern wurden Projekte entwickelt, wie in den für den Walschutz bedeutsamen Gebieten neue Fangmethoden ausprobiert werden können, sodass letztlich den Fischern das Überleben gesichert werden kann. Ich habe den Eindruck, dass wir dabei ein ganzes Stück vorangekommen sind und dass sehr viele Fischer konstruktiv und lösungsorientiert daran arbeiten, dass wir zu tragfähigen Ergebnissen kommen. Wir sollten intensiv daran weiterarbeiten und versuchen, die Fischereiboote nicht zu Kanonenbooten zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte schließt sich nahtlos an die Debatte an, die wir vorhin geführt hatten. Jetzt werde ich aber nicht Wilhelm Busch zitieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Schade eigentlich!)

Auch bei den Fischern gibt es großes Unbehagen. Das haben wir schon gehört. Das Ganze ist aber noch im Verfahren. Deshalb ist jetzt ein guter Zeitpunkt, nachdem alle Stellungnahmen eingegangen sind, im Plenum über diese Verordnung zu sprechen.

Nicht nur die Fischereiverbände wehren sich gegen die Pläne, sondern auch die **Kommunen**, in denen die jeweiligen Fischereiflotten beheimatet sind. Dies tun sie auch aus guten Gründen, wie beispielsweise die Stellungnahme der Gemeinde Strande zeigt. Diese möchte ich gern auszugsweise zitieren. Diese ist im Übrigen unterschrieben von den Fraktionsvorsitzenden der Strander CDU, FDP und SPD. Darin heißt es:

„Gerade aber die Fischerei und der Hafen sind das touristische Aushängeschild der Gemeinde neben dem Naturstrand und der Steilküste. Die Betroffenheit der Gemeinde Strande durch die in der Diskussion stehende Novelle der Küstenfischereiverordnung besteht darin, dass neben den gravierenden indirekten Auswirkungen auf den Tourismus - durch Ausbleiben der Möglichkeit einer bisher immer politisch geforderten Vermarktung regionaler Produkte - direkt auch die Existenz der gewerblichen Fischer innerhalb der Gemeinde auf dem Spiel steht. Diese Fischerei wird überwiegend durch traditionsreiche, handwerkliche Familienbetriebe aus der Gemeinde ausgeübt.“

Ich denke, dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, außer vielleicht noch die Tatsache, dass als Begründung für die einschneidenden Maßnahmen auf eine völlig unzureichende Datenbasis zurückgegriffen wird.

Sehr aktuell ist übrigens, dass sich auch bei unseren Nachbarn in Dänemark erheblicher Widerstand regt. Das war auch gestern nachzulesen. Von der Sperrung der Gebiete für Stellnetzfischerei in der Ostsee werden ja auch dänische Fischer betroffen. Der dänische Fischereiverband läuft Sturm gegen die Pläne der Landesregierung. Hier frage ich mich, warum die SPD und gerade auch der SSW das so

(**Oliver Kumbartzky**)

stillschweigend hinnehmen. Ich hatte noch im Januar die leise Hoffnung, dass sich SPD und SSW im Sinne der Fischer ein- beziehungsweise durchsetzen. Es gab am 22. Januar einen interessanten Artikel in der „Flensburg Avis“. Dort wird Flemming Meyer mit den Worten zitiert:

„Wir müssen eine Lösung finden, mit der die Fischer leben können. Es kann nicht angehen, dass wir ihnen die Existenzgrundlage nehmen.“

Ich denke, das werden Sie gleich wiederholen.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Das weiß ich. Das habe ich wohl zur Kenntnis genommen. Ich hätte Sie auch gern zitiert. Sie tauchten jedoch in dem Artikel leider nicht auf. Aber ich zitiere jetzt Lars Winter, der vor ungefähr vier Minuten sagte: Im Koalitionsvertrag ist das Thema ja auch benannt. Deswegen werden wir den Koalitionsvertrag in dem Sinne umsetzen. Dort steht nämlich geschrieben - das haben Sie zitiert -: Wir wollen die handwerkliche Fischerei stärken. - So, jetzt habe ich auch Herrn Winter zitiert.

(Vereinzelter Beifall FDP)

In **Dänemark** ist übrigens eine **Studie** veröffentlicht worden, in der die Stellnetzfisherei als hervorragendes selektives Fanggerät klassifiziert wird, was die Vermeidung von Beifang aller Art, eben auch Schweinswale, angeht. Der dänische Fischereiverband gibt übrigens auch wieder, dass sich der Schweinswalbestand in den dänischen Gewässern in den vergangenen acht Jahren verdoppelt hat.

Im Übrigen hat die Stellnetzfisherei im Vergleich zur gezogenen Fischerei einen deutlich geringeren Verbrauch von fossilen Brennstoffen; auch das muss man zur Kenntnis nehmen. Sofern die Pläne so umgesetzt werden, wie sie jetzt vorliegen, wird genau dieser Punkt konterkariert, weil die Fischer dann sehr weite Strecken zurücklegen müssten.

Mein Appell, gerade an die Abgeordneten von SPD und SSW, ist eigentlich, dem Antrag der CDU zuzustimmen.

(Beifall FDP und CDU)

Sollten Sie das wider Erwarten nicht tun, was ich mir gerade nach der Rede von Herrn Winter eigentlich nicht vorstellen kann, werden Sie wahrscheinlich Ihrem Antrag zustimmen, den man auch irgendwie nicht ablehnen kann. Wir werden uns da enthalten, weil er im Grundsatz ja nicht verkehrt ist; denn das Thema befindet sich noch in der Diskussion, und da wären noch Änderungen möglich.

Bevor ich meine Rede beende, will ich noch einmal sagen: Die vorliegenden Pläne, gerade für Strände und weitere Orte, würden das Aus für die gewerblich tätigen Fischer in diesen Orten bedeuten. Die **Existenzgrundlage** der **traditionellen Stellnetzfisherei** darf aber meiner Meinung nach nicht zerstört werden. Auch viele Nebenerwerbsfischer wären gezwungen, ihre Arbeit einzustellen, wenn die Pläne so durchkommen, wie sie jetzt vorliegen. Das wäre - wie eingangs von der Gemeinde Strände beschrieben - für den Tourismus ein erheblicher Verlust. Ich weiß, Herr Habeck, Sie haben von Tourismus tierisch viel Ahnung. Aber das sollten Sie trotzdem einmal zur Kenntnis nehmen. Ich denke, gerade ein Wirtschaftsminister und die Wirtschaftspolitiker in der Koalition können nicht ernsthaft wollen, dass man den Tourismus derart schädigt, wie es bei Umsetzung der vorliegenden Pläne der Fall wäre.

(Beifall FDP und CDU)

Das Bild der **kleinen Fischkutter** gehört zu unseren **Häfen** einfach dazu. Dieses Bild darf nicht durch ideologisch geprägte Pläne zerstört werden. Geben Sie sich also einen Ruck, und stimmen Sie dem CDU-Antrag zu! Ansonsten wollen wir Sie bei Ihrem Antrag durchaus unterstützen, indem wir uns der Stimme enthalten.

Dass es eine Überarbeitung der KüFO geben muss, daran gibt es, glaube ich, keinen Zweifel. Es sind auch gute Punkte dabei. Ich nenne beispielsweise das Stichwort Aal. Insofern freue ich mich auf die weitere Diskussion. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Vorbemerkung: Ich habe vorhin von der Möglichkeit einer verlängerten Fraktionsredezeit keinen Gebrauch gemacht, als der Minister schon zum Thema Fischerei gesprochen hat. Meine Rede könnte jetzt zwei Minuten länger dauern. Ich bitte, das dann vielleicht wohlwollend zu befürworten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das kann ich Ihnen leider nicht zubilligen; tut mir leid.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Dann eben nicht. Dann machen wir es nächstes Mal anders. Dann könnt ihr auch länger warten.

(Heiterkeit)

Zunächst zu der Antragslage und zur grundsätzlichen Position meiner Fraktion, die etwas differenzierter ist als das, was CDU und FDP dazu vorgebracht haben. Wir werden dem CDU-Antrag nicht zustimmen. Trotz Kritik werden wir dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist er im Grunde das, was wir auch bei der Knickschutzproblematik erwartet hätten. Es ist der Versuch, alle ins Boot zu holen. Ich gehe davon aus, dass Sie vielleicht gelernt haben, dass man die Verbände und die Betroffenen mit einer Hauruckpolitik nicht mitnehmen kann.

(Beifall PIRATEN)

Zweitens glauben wir, dass wir eine so schwierige Thematik vor uns haben, dass dieser Antrag tauglich ist. Er ist leider sehr spät gekommen; das will ich dazu sagen. Ich erwarte eigentlich gerade im Hinblick auf kleine Fraktionen, dass wir nicht tagessaktuell wichtige Anträge bekommen. Wir haben Facharbeitskreise, die so etwas beraten und die auch Wert darauf legen. Es ist schwierig, jedes Mal ad hoc solche schwerwiegenden Sachen zu entscheiden.

Jetzt zur Sache selbst. Aufgrund der Kürze der mir noch zur Verfügung stehenden Redezeit sage ich Ihnen: Ich glaube, man muss in der Tat versuchen - so schwierig es auch ist -, im Hinblick auf den Schutz der Fischer, ihrer Einkommen, den Naturschutz, den Schutz der kleinen Tümmler und der Tauchenten im Rahmen eines **Dialogs**, wie ihn der Minister vorhin vorgestellt hat, einen ehrlichen Diskussionsprozess zu führen und auch Ehrlichkeit im Hinblick auf die Risiken zu zeigen.

Ich weiß, es ist Wahlkampf, und es klingt sehr gut, was die Koalitionsfraktionen heute mit ihrem Antrag beschließen wollen, in dem sie die Landesregierung auffordern, die **Existenzgrundlage der Fischer** nicht zu gefährden. Wir müssen ehrlicherweise aber auch sagen: Es wird nicht alles so bleiben können, wie es ist. Wenn wir die Problematik analysieren, dann wird man vielleicht auch sagen müssen, dass unter Umständen nicht mehr für alle Boote Platz ist. Gleichwohl, selbst wenn wir riskieren würden, dass zum Beispiel die Tauchenten oder die kleinen Tümmler ausgerottet werden würden, würde das in der Konsequenz nicht heißen, dass die Fischerei so weitermachen kann wie bisher.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen wünschte ich mir dort eine etwas sachlichere Diskussion. Ich finde es gut, dass die Anhörung läuft. Wir werden die einzelnen Stellungnahmen sehr genau analysieren und dementsprechend die Diskussion weiterführen.

Was die Antwort auf die Frage angeht, die sich aus dem größtmöglichen Ertrag ergibt, so kann ich nur sagen: Bei der Karte mit den Vorschlägen, die ja auch nicht in Stein gemeißelt ist, sieht man, dass es über verschiedene **Erprobungszeiträume** Bemühungen gibt, sowohl der Natur als auch den Fischern gerecht zu werden. Der Landesfischereiverband nimmt zwar durchaus radikalere oder klar ablehnende Haltungen ein. Aber die einzelnen Fischer stehen im Dialog. Da muss man sehen, wie man hinsichtlich der Beweglichkeit der einzelnen Fangschutzgebiete und der Zeiten zu einem Kompromiss kommt.

Ich will abschließend noch sagen: Ich hätte mir gewünscht, dass das heute dargestellte Bemühen der Koalitionsfraktionen, die Schweinswale, die kleinen Tümmler und die Enten zu schützen, auch in einem anderen Bereich vorhanden gewesen wäre. Wir waren mehr als enttäuscht darüber, dass ausgerechnet rot-grün regierte Bundesländer die Verwirklichung eines Vorschlags von Umweltminister Altmaier verhindert haben, der die Anwendung der Lärmschutzverordnung zum Schutz der Schweinswale im Bereich der Offshore-Anlagen erreichen wollte.

(Beifall PIRATEN)

Das ist ein offensichtlicher Widerspruch. Wir werden das noch diskutieren. Aber, wie gesagt, wir folgen hier im Moment der Argumentation des Umweltministers. Wir vertrauen diesmal seiner Bereitschaft, einen Dialog zu führen. Wir erwarten in der Konsequenz aber auch, dass sich die Glaubwürdigkeit darin zeigt, dass sich das nicht nur auf die kleinen Tümmler in der Ostsee, sondern auch auf die in der Nordsee bezieht und dass die kleinen Tümmler nicht zum Opfer einer radikalen Energiewende werden, sondern dass gleiches Recht für alle Tiere in beiden Meeren gilt. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Eine **Änderung der Küstenschereiverordnung** ist ein politisches Ziel dieser Koalition. Sie ist notwendig, weil unabsichtliche Beifänge von Schweinswalen und Seevögeln dies erforderlich machen. Dies stellt einen Konflikt zwischen der traditionellen Stellnetzfischerei und dem europäischen Artenschutz dar. Unter Berücksichtigung der Interessen der handwerklichen Fischerei soll daher der Schutz der Schweinswale und der tauchenden Seevögel verbessert werden.

Hierzu hat es einen breiten Dialog zwischen Naturschutzverbänden, Fischereiverbänden und Politik gegeben. Der Umweltminister hat die betroffenen Verbände und Akteure an einen Tisch geholt. Der Meinungsaustausch hat in größeren und in kleineren Runden stattgefunden.

Der breit angelegte **Dialog** ist absolut notwendig. Er ist Voraussetzung dafür, dass wir gemeinsam Lösungen finden, die sowohl die Interessen des Artenschutzes als auch die der Fischerei berücksichtigen. Dieser ausführliche Prozess war Grundlage für den nun vorliegenden Entwurf der Küstenschereiverordnung. Hierzu gab es ein **Anhörungsverfahren**. Die Frist für Stellungnahmen endete am 16. August. Nun erst werden sie analysiert und ausgewertet. Das heißt, das Verfahren ist nicht beendet, sondern noch in vollem Gange.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wenn wir jetzt von der Seitenlinie aus in das laufende Verfahren hineingrätschen würden, hätte sich der gesamte Prozess erübrigt und wäre ad absurdum geführt. Das kann nicht gewollt sein. Wir werden uns die Zeit nehmen und die im Anhörungsverfahren eingereichten Stellungnahmen auswerten.

Ich weiß sehr wohl, dass wir hier über eine Verordnung reden, was im parlamentarischen Verfahren nicht so üblich ist. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass wir hier beteiligt werden und mit dafür sorgen können, dass eine Fischereiverordnung erlassen wird, die Fischerei und Naturschutz zusammenbringen kann.

(Beifall SSW und SPD)

Mit dieser Vorgehensweise werden wir den Erfordernissen des Dialogs und des gesamten Prozesses gerecht.

Der Dialog hat deutlich gezeigt, dass die Fischer durchaus die Problematik erkannt haben und ihren

Beitrag leisten wollen, um Schweinswale und tauchende Seevögel besser zu schützen. Die **Fischerei** hat sich bereit erklärt, **alternative Fangmethoden und Technologien** zu testen. Dies würde im Rahmen der Zusammenarbeit und mit maßgeblicher Unterstützung der Naturschutzverbände und des Von-Thünen-Instituts in breit angelegten Versuchen erprobt werden.

Wie diese letztlich aussehen werden, ist noch nicht ganz klar. Aber es zeichnet sich ab, dass die PAL-Warngeräte eine maßgebliche Rolle spielen werden. Derartige Versuche müssen ausgewertet und evaluiert werden. Deren Ziel muss auf der einen Seite die wirtschaftliche Rentabilität und auf der anderen Seite der verbesserte Schutz der Schweinswale sein.

Eines ist für uns klar: Den Fischern darf nicht ihre Lebensgrundlage entzogen werden. Wenn das eintreite, hätten wir nichts erreicht.

(Beifall SSW und SPD)

Ich sage sehr deutlich: Die **handwerkliche Fischerei** muss auch bei uns im Land eine Zukunft haben. Sie gehört kulturhistorisch zu Schleswig-Holstein und hat große Bedeutung für den Tourismus im Land. Niemand kann Interesse daran haben, die handwerkliche Fischerei zu gefährden.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Klaus Jensen das Wort.

Klaus Jensen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur etwas zum Verfahren sagen. Vorhin habe ich Abstimmung in der Sache beantragt. Nach der Debatte, die wir heute geführt haben - das mit dem kleinen Finger will ich nicht wiederholen -, ist unsere Fraktion der Meinung, dass die Ausschussüberweisung das geeignete Mittel wäre. Das beantrage ich hiermit, abweichend von dem, was ich vorhin beantragt habe. - Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Winter von der SPD-Fraktion das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Überweisung des Antrags der CDU-Fraktion oder des Antrags der regierungstragenden Koalitionsfraktionen in den Ausschuss hätte keinen Sinn. Wir wollen hier etwas feststellen: dass wir im Dialog sind und weiter daran arbeiten, die KüFO zu einem entsprechenden Ergebnis zu bringen. Deswegen brauchen wir keine Ausschussüberweisung, sondern wir wollen in der Sache abstimmen; das gilt sowohl für den Antrag der CDU-Fraktion als auch für unseren Antrag. - Danke.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht.

Dann hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur einige kurze Anmerkungen.

Erstens. Es ist das zweite Mal, dass wir über die **KüFO** diskutieren. Das finde ich großartig. Ein paar Debatten begleiten dieses Haus seit Legislaturperioden. Aber diese Debatte führt kein anderer Landtag und auch nicht der Bundestag. Die Debatte darüber, wie wir die **Belange des Naturschutzes und der Fischerei** in Einklang bringen können, führen wir in Schleswig-Holstein. Das Thema ist strittig. Von vielen wird vieles verlangt; das räume ich ein. Aber ich finde es großartig, dass wir die Debatte führen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Ich möchte - auch vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir soeben geführt haben - den Hinweis geben, dass **Artenschutz** ein wichtiger Aspekt ist und der Tod von Schweinswalen und Tauchenten im Stellnetz für die Tiere nicht angenehm ist, da sie dort unten ertrinken. Bei allen Zahlen und Gebietskulissen sollte man nicht vergessen, dass es unser aller Anliegen sein muss - mein Anliegen ist es -, die **Beifangzahlen** zu minimieren.

Drittens. Die Diskussion über mögliche **Schutzgebiete und -zeiten** ist - das war erwartbar - Kern der

politischen Auseinandersetzung. Allerdings ist das nur eine Maßnahme aus einem ganzen Paket, um den Prozess, den ich schon in meinem vorherigen Redebeitrag zu beschreiben versucht habe, zu einem gedeihlichen Ergebnis für das Land zu führen.

Wir werden keine neuen Vergrämungsinstrumente, sondern sogenannte **PALs** fördern. Das entsprechende **Forschungsprojekt** sollte ursprünglich nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Dänemark angesiedelt werden; wir haben es geschafft, es hier in diesem Land zur Erprobung zu bringen. Mit Geldern des Bundesamtes für Naturschutz konnten Kutter mit alternativen Fanganlagen ausgerüstet werden - in diesem Fall: Langleinen- und Picklingmaschinen -, um zu schauen, ob es nicht doch möglich ist, ertragreiche andere Fischereiformen zu etablieren. Das ist sicherlich ein langer Weg, aber es gehört dazu.

Wichtig ist mir noch der Hinweis, dass unsere Wissensgrundlage, warum **Schweinswale** in **Stellnetze** schwimmen, erweitert werden muss. Es gibt verschiedene Berichte darüber, dass zum Beispiel nach Sprengungen oder Schießübungen vor Putlos der Beifang besonders hoch ist. Möglicherweise werden die Tiere verschreckt, taub oder in anderen Eigenschaften beeinträchtigt.

Deswegen ist es ein wichtiger Beitrag - da sind wir schon sehr weit -, dass die Beifänge, wenn es denn dazu kommt, abgeliefert werden, damit untersucht werden kann, warum die Tiere in die Netze gegangen sind: Sind sie krank gewesen? Sind sie zu jung gewesen? Sind sie unerfahren gewesen? Im Moment haben wir meist nur verwesene Kadaver, und die Analyse fällt entsprechend schwer. Das wäre also ein wichtiger Beitrag, um die **Ursachenforschung** voranzubringen.

Daran sehen Sie, dass Wissenschaft und Fischerei extrem aufeinander angewiesen sind. Aber Sie können sich sicherlich auch vorstellen, wie schwierig es ist, beigefangene Schweinswale irgendwo im Hafen abzugeben. Es ist nicht angenehm, mit einem Schweinswal über dem Bug in den Hafen zu tuckern. Das wird nicht funktionieren. Wir brauchen andere Lösungen.

Wir versuchen, eine Förderung der Fischerei in Schleswig-Holstein auch auf dem ökonomischen Weg hinzukommen. Ich nenne die Plattform „Fischerleben“. Man erhält auf dem Smartphone die Information, wann der Fischer mit frischem Fisch einläuft, sodass man diesen direkt vom Kutter kaufen kann. Ein Fischer hat mir neulich geschrieben, das habe zur Verdreifachung oder Vervierfachung

(Minister Dr. Robert Habeck)

seines Absatzes an Dorsch geführt. Das zeigt: Die Plattform funktioniert.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Er hat mir auch mitgeteilt, dass er früher nicht so häufig herausgemusst habe. Da aber die Plattform so gut funktioniert, ist diese Einschränkung vor Strande für ihn inakzeptabel.

Sie sehen, wie verschlungen die Wege sind. Gleichzeitig erkennen Sie das Bemühen, die **Direktvermarktung**, die kleine handwerkliche Fischerei zu fördern. Wir gehen da voran.

Es gibt weitere Möglichkeiten. Ich erinnere an die **Vergabe eines Siegels**, das für Qualität aus Schleswig-Holstein bürgt. Das ist auch für die Fischerei in Schleswig-Holstein denkbar. Vielleicht kann man einen gemeinsamen Weg finden, dass etwa dann, wenn sich ein Kutter an entsprechenden Projekten beteiligt, ein Euro mehr das Kilo Dorsch zu bezahlen ist. Es gibt verschiedenste Vorstellungen, wie dieser ganze Prozess aufgelöst werden kann.

Noch einmal: Entscheidend ist, dass wir aus der Starre, die durch die nie geführte Diskussion entstanden ist, herauskommen und einen gemeinsamen Weg beschreiten. Wer Antworten gibt, wird kritisiert, wer sich bewegt, macht Fehler. Dennoch kann ich Sie, vielleicht auch gerade die Damen und Herren der Opposition, ermuntern, sich mit Vorschlägen aus der Deckung zu wagen. Ich glaube, es gibt bei den Regierungskoalitionen niemanden, der dann sagt, dass wir das nicht wollen. Die CDU hat es getan. Das erkenne ich an. Jetzt muss noch die FDP liefern. Dann kommen wir auch zusammen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Sven Krumbek [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Regierung hat die vereinbarte Redezeit um 24 Sekunden unterboten.

(Heiterkeit und Beifall)

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist jetzt von der CDU Überweisung beantragt worden, es ist auch der Antrag auf Abstimmung in der Sache gestellt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nein, jetzt machen wir in der Sache mit!)

- Jetzt soll es in der Sache sein, jetzt sind sich alle einig. Dann geht es jetzt ganz schnell.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. Widerspruch sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 18/1027 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von FDP und CDU abgelehnt. Gibt es jemanden, der sich enthalten hat? - Ich sehe niemanden.

Dann kommen wir jetzt zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1084. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP ist der Antrag mit den Stimmen der übrigen Abgeordneten so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Länderübergreifender Binnenhochwasserschutz der Elbanrainer

Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/983](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/1072](#)

Die Stadt Lauenburg unterstützen und die Vorschläge der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe stärker berücksichtigen

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/1087](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Angelika Beer von der Piratenfraktion.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verspreche auch, dass diese fünfte Rede heute meine letzte Rede ist.

(Beifall)

(Angelika Beer)

Ja, geteiltes Leid ist halbes Leid.

Wir freuen uns, dass aufgrund unseres Antrags, den wir nach der Hochwasserkatastrophe eingebracht haben, inzwischen auch die Regierungsfractionen und die FDP eigenständige beziehungsweise Änderungsanträge dazu eingebracht haben. Wir gehen davon aus, dass wir alle Anträge in die entsprechenden Ausschüsse überweisen, weil die Thematik in der Sache weiter diskutiert werden muss.

Wie Sie unserem Antrag entnehmen können, wollen wir eine länderübergreifende, unabhängige **Arbeitsgruppe**, die nicht nur ganz konkrete Maßnahmen zur **Verbesserung des Binnenhochwasserschutzes** erarbeitet, sondern auch feststellt, warum zehn Jahre nach dem Hochwasser von 2002 ganz offensichtlich noch immer große Lücken bestehen.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte aber auch ausdrücklich sagen: Uns geht es nicht um Bashing der früheren oder der jetzigen Regierung. Uns geht es schlichtweg darum, dass die Versäumnisse der Vergangenheit jetzt schnell behoben werden.

(Beifall PIRATEN)

Denn genau das ist, wie wir erlebt haben, als wir nach dem Hochwasser vor Ort waren, was von uns erwartet wird. Das zeigen zum Beispiel die Menschen in Lauenburg mit Transparenten, deutlich auch in Harthau an der Chemnitz auf 1.500 Plakaten, die eine Bürgerinitiative kostenlos verteilt hat, auf denen steht: Hochwasserschutz jetzt, Taten statt schöner Worte, intelligente Lösungen. Das sind die Botschaften, die wir mitgebracht haben.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Koalitionsparteien scheinen unsere Ideen einer unabhängigen Arbeitsgruppe nicht richtig teilen zu können, jedenfalls habe ich in Ihrem Änderungsantrag dazu nichts lesen können.

Was Sie schreiben, ist lediglich, dass Sie die Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe sowie der Flussgebietsgemeinschaft Elbe begrüßen. Deshalb bitten Sie die Landesregierung

(Unruhe)

- Sandra! -

(Sandra Redmann [SPD]: Entschuldigung!)

in Ihrem Antrag darum, die Kooperation weiter auszubauen.

Meine Damen und Herren, es geht mir nicht darum, die Arbeit der IKSE und FGG Elbe infrage zu stellen. Ich stelle aber fest, dass der von der IKSE betreute **Aktionsplan Hochwasserschutz** bereits **2003** auf den Weg gebracht worden ist. Der Blick in den letzten Abschlussbericht von **2011** über die Erfüllung des Plans macht auch deutlich, dass die notwendigen Maßnahmen bereits damals klar beschrieben wurden. Doch woran hapert es? - Sie sind nicht umgesetzt worden.

Das Gleiche gilt im Übrigen für die **Berichte der FGG Elbe** und den schleswig-holsteinischen **Generalplan Binnenhochwasser**. Deicherneuerungen und Rückverlegungen, Schaffung von Polderflächen, Anpassung der Regionalpläne, Stopp von Flächenversiegelungen, Verbesserungen des technischen Hochwasserschutzes - das alles ist bekannt, nur nutzt es doch nichts, in der Öffentlichkeit stets zu wiederholen, was die Berichte sagen. Die Frage an uns alle lautet: Wie kommen wir jetzt ganz konkret dazu, diese Maßnahmen auch in die Tat umzusetzen, und wie wollen wir den Prozess beschleunigen? Dazu sagen Berichte wenig bis nichts, weil das auch gar nicht zu ihren Aufgabenstellungen gehört. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, diese Beschleunigung herbeizuführen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Genau deshalb brauchen wir neben der fachlichen Kompetenz von IKSE und FGG Elbe tatsächlich eine Arbeitsgruppe, die sich um das Maßnahmenmanagement kümmert, eine Koordinierungsgruppe, die darlegt, wo und warum es in der Vergangenheit zu Verzögerungen gekommen ist, wie sie sich in der Zusammenarbeit von Kreisen besser arrangieren lässt, Kommunen und Länder sich besser verzahnen lassen, und so das Problem in Zukunft auch besser angegangen werden kann.

Ob wir auf dem richtigen Weg sind, kann ich nur beurteilen, wenn ich regelmäßig darüber informiert werde, wo wir gerade stehen. Ob die Abgeordneten dieses Hauses aber regelmäßig informiert werden sollten, auch dazu sagt Ihr Antrag nichts. Kurzum: Ihr Antrag ist mir noch viel zu dünn, und ich habe den Eindruck, dass Sie selbst noch gar nicht genau wissen, wo Sie eigentlich hin wollen. Deshalb plädiere ich dafür, in den Ausschussberatungen unseren Antrag kritisch positiv in die Beratungen mit einzubeziehen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Klaus Jensen das Wort.

Klaus Jensen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründ ich einen Arbeitskreis - das scheint vielleicht das Motto des PIRATEN-Antrags gewesen zu sein. Ich darf daran erinnern, dass es seit über 20 Jahren einen völkerrechtlichen Vertrag, die Vereinbarung über die **Internationale Kommission zum Schutz der Elbe**, gibt. Diese hat bereits 2003 eine Strategie von Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Elbe erarbeitet.

Die **EU-Wasserrahmenrichtlinie** fordert seit 2000 eine Koordinierung bei der Erstellung von Plänen. Das klappt auch auf Landesebene ganz gut mit der Struktur der Flussgebietsgemeinschaften, in denen alle Akteure zusammenarbeiten. Ähnlich funktionierende Strukturen gibt es auch auf Bundesebene zwischen den betroffenen Ländern und auch auf internationaler Ebene, unter anderem mit Tschechien.

Nun kann man ja sagen, das reiche alles nicht, uns fehlten die entsprechenden Ergebnisse und Erfolge. Dann muss ich aber auch fragen: Wie seriös ist denn der vorliegende Antrag? Bei allem Wunschenken, dass die Opposition die Regierung antreiben soll, das alles bis zum Jahresende zu schaffen, was im Antrag gefordert ist, ist das nach meiner Auffassung in einer seriösen Form überhaupt nicht möglich.

(Beifall Olaf Schulze [SPD] und Christopher Vogt [FDP])

Da aber auch die CDU dieses Thema für bedeutsam hält, bitten wir schon an dieser Stelle, den Antrag zur Beratung dem zuständigen Umwelt- und Agrar-ausschuss zu überweisen.

Ich möchte noch ganz kurz auf zwei Punkte eingehen: Zum einen gab es im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Generalplans Küstenschutz Ende letzten Jahres den Aufruf aus der **Region Lauenburg**, den Abschnitt von Geesthacht bis zur Landesgrenze in den **Generalplan** aufzunehmen. Dieses wurde seinerzeit abgelehnt. Ist die Landesregierung womöglich jetzt bereit, darüber noch einmal neu nachzudenken? Die Menschen in der Region, so denken wir, würden es begrüßen, und die CDU unterstützt sie in dieser Forderung.

Zum anderen: Vor gut sechs Wochen haben die Bundesländer Sachsen und Bayern ein **Hochwas-**

erschutzbeschleunigungsgesetz in den Bundesrat eingebracht. Der Bundesrat wird darüber in absehbarer Zeit beraten. Meine Fraktion hat durch unseren Sprecher Heiner Rickers in der Umwelt- und Agrarausschusssitzung am 7. August 2013 bereits bei der Landesregierung nachgefragt. Eine Auskunft: bisher noch Fehlanzeige!

Meine Damen und Herren, ich möchte hier deutlich machen: Wer dem Binnenhochwasserschutz das Wort redet, kann verhindernde Klagen nicht befürworten. Deswegen müssten alle, für die das Thema kein Lippenbekenntnis ist, diesen Gesetzentwurf unterstützen. Ich erwarte hier eine Antwort der Landesregierung - vielleicht schon heute. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das **Elbehochwasser** ist seit gut eineinhalb Monaten wieder auf Normalstand gesunken, und noch immer sind die starken Schäden sichtbar. In Schleswig-Holstein war besonders die historische Altstadt Lauenburgs betroffen. Die Bewohner sind dabei, die Schäden zu beseitigen. Aber bei vielen wird es noch eine ganze Zeit dauern, bis die Auswirkungen nicht mehr zu sehen und zu riechen sind.

Deshalb war es gut, dass die Landesregierung schon während des Hochwassers vor Ort war und nun am Dienstag ihre Kabinettsitzung in **Lauenburg** abhielt.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

Wichtig war es, dass **Soforthilfen** schnell vor Ort ankamen und dass die Betroffenen nun bei der Beseitigung der Schäden Unterstützung finden. An dieser Stelle noch einmal ein Dankeschön an alle Helferinnen und Helfer während der Flut und an alle Spender und an die Landesregierung, dass sie so tatkräftig vor Ort war!

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir dürfen nun aber nicht zur Tagesordnung übergehen und von einem erneuten Hochwasser überrascht sein. Jetzt müssen wir uns an die Aufgabe eines verbesserten und effektiveren Hochwasserschutzes für Lauenburg ma-

(Olaf Schulze)

chen. Deshalb begrüße ich, dass sich die Landesregierung mit rund 80.000 € an einem Realisierungskonzept für den Hochwasserschutz für die Stadt Lauenburg beteiligt. Es ist wichtig, dass die Möglichkeit geschaffen wird, zügig erste Schritte einzuleiten, um die Menschen und historischen Gebäude in der denkmalgeschützten **Altstadt von Lauenburg** besser vor den Fluten zu schützen. Bis Mitte 2014 soll das **Realisierungskonzept** vorliegen. Wichtig wird hierbei sein, dass Land, Kommune und die betroffenen Bürger gemeinsam an einem Strang ziehen und dann zügig in die Umsetzung von Maßnahmen gehen.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Gerade der Hochwasserschutz in Lauenburg ist für die Betroffenen wichtig, und deshalb müssen wir hier handeln. Allerdings fängt der Hochwasserschutz schon früher an. Bereits in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen brauchen wir weitere **effektive Überflutungs- und Rückhalteflächen**, aber auch Polder zur Kappung der Hochwasserscheitel. Hier sind alle Bundesländer gefragt, dazu beizutragen, dass mögliche Hochwasser in Zukunft nicht mehr solche historischen Höchststände erreichen. Es muss im Interesse aller sein, Ausgleichsfelder zu schaffen und nicht nur Deiche zu erhöhen - vor allem, weil wir gesehen haben, dass Deiche auch immer Schwachstellen haben und die Schäden bei einem Deichbruch erheblich höher sind.

Deshalb ist es wichtig, dass die bestehende Zusammenarbeit der Bundesländer weiter verbessert und gemeinsam mit dem Bund dafür Sorge getragen wird, den Hochwasserschutz an der Elbe zu verbessern. Hierbei darf der Bund nicht aus der Verantwortung gelassen werden, denn alle Reparaturzahlungen sind teurer als Hochwasserschutz. Aus diesem Grund unterstützen wir die Landesregierung bei ihrem Bemühen, den Hochwasserschutz mit den anderen Ländern und dem Bund zu verbessern.

Ich komme gern auf den **Antrag der PIRATEN** zurück. Frau Beer - sie ist im Moment nicht da - hat gesagt, sie wüsste nicht, wo wir hinwollten. Für uns war zunächst einmal wichtig, den Menschen vor Ort zu helfen. Dann ist es wichtig, die weiteren Schritte einzuleiten. Das haben wir mit unserem Antrag getan. Ich hätte mir gewünscht, wenn Sie so schnell einen Antrag einbringen, weil Sie unbedingt bis zum Ende des Jahres etwas schaffen wollen, dass Sie auch die Stadt Lauenburg einbezogen hätten.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Es wäre schön gewesen, wenn Sie gesagt hätten, dass Sie den Hochwasserschutz in Lauenburg voranbringen wollen. Das fehlte uns in Ihrem Antrag. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Ich glaube, dass das wichtig ist. Die **Entwicklung in Lauenburg** nämlich können wir hier im Land beeinflussen. Bei den anderen Bundesländern sind wir immer darauf angewiesen, dass sie mitmachen. Ich hoffe, dass sie es tun werden, wenn sie sich die Schäden angucken. Aber es ist immer schwieriger, etwas mit anderen gemeinsam zu machen, insbesondere bei mehreren Bundesländern, als wenn der das selber vor Ort machen kann. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass Sie Lauenburg zumindest erwähnen, wenn Sie schon da gewesen sind und angeblich etwas mitgenommen haben. Wir waren da und haben vieles mitgenommen, und die Landesregierung hat gehandelt. Das ist gut so.

Aus dem **Änderungsantrag der FDP** - wir haben uns schon kurz ausgetauscht - gibt es einige Kleinigkeiten, die wir vielleicht übernehmen würden. Deshalb werden wir einer Überweisung der drei Anträge in den Ausschuss zustimmen. Wir plädieren auch dafür, Vertreter der Stadt Lauenburg, vielleicht den Bürgermeister, einzuladen und zu gucken, wie es weitergeht, was jetzt gemacht wird. Insofern ist die Überweisung in den Ausschuss eine gute Idee.

(Christopher Vogt [FDP]: Gute Idee, Herr Kollege!)

- Ja, ich weiß, wir haben sie uns zusammen überlegt.

Ich möchte noch zum Kollegen Jensen kommen. Sie sagen, dass die CDU einen Antrag eingebracht habe und dieser abgelehnt worden sei. Auch hier: Sie reden in Ihrem Antrag von Küstenschutz. Küstenschutz geht bis zum Wehr in Geesthacht. Das wissen Sie. Das wissen wir alle. Ab dem Wehr Geesthacht aufwärts ist Binnenwasserschutz. Wenn Sie das wirklich ernst gemeint hätten und sich sicher gewesen wären, dass man das schon längst hätte durchsetzen können, hätte Ihre Landesregierung -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie zum Schluss!

Olaf Schulze [SPD]:

- ja, ich komme zum Schluss - das schon durchsetzen können. Das letzte Hochwasser ist noch nicht so lange her, als dass man das nicht auch damals

(Olaf Schulze)

schon gewusst hätte und nicht hätte reagieren können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen der Fraktion der PIRATEN, nach der Elbeflutdebatte hier im letzten Landtag noch einmal über **Hochwasserschutz an der Elbe** zu reden, kann ich nachvollziehen. Das ist auch für meine Fraktion ein wichtiges Thema.

Zwei Jahrhunderthochwasser in nur elf Jahren, dazu die immer eindringlicheren Warnungen der Klimaforscher - da kann wohl kein Zweifel mehr daran bestehen, dass es dringenden **Handlungsbedarf** gibt. Das Thema ist lange verdrängt worden. In der Vergangenheit wurde zu wenig getan. Allzu schnell sind Aktionspläne wieder in den Schubladen verschwunden, nachdem sich die erste öffentliche Aufregung gelegt hatte und die größten Schäden beseitigt waren. Dann wurden weiter Flächen versiegelt.

Allerdings ist die Idee der PIRATEN einer **länderübergreifenden Zusammenarbeit** nichts Neues. Die gibt es schon. Ich dachte erst, wir müssten die PIRATEN einmal konfirmieren darüber, welche Arbeitsgruppen es hier gibt. Ich habe den Eindruck, das ist bekannt. Aus unserer Sicht geht es überhaupt nicht darum, irgendwelche neuen Gremien zu schaffen, sondern es muss darum gehen, die vorhandenen effektiven Strukturen noch effektiver zu nutzen und dafür Sorge zu tragen, dass konsequent und kontinuierlich an der Umsetzung der Maßnahmen gearbeitet wird.

Im **Aktionsplan Hochwasserschutz Elbe** entstanden nach dem Elbehochwasser 2002 grenzüberschreitende Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes. Sie wurden da verabredet. Dieser Aktionsplan - das müssen wir mehr als deutlich erkennen - wurde nur zum Teil umgesetzt. Identifiziert wurden 2002 35.000 ha, die als Flutungsflächen infrage kommen. Ganze 1.500 ha sind bisher umgesetzt oder befinden sich im Planungsverfahren. Das ist erheblich zu wenig. Zum Teil liegt das aber auch daran, dass Eigentumsrechte berührt sind und solche Maßnahmen länger als elf Jahre dauern.

Einiges ist aber auch verzögert worden, weil die Maßnahmen unbequem sind. Nachdem öffentliches Interesse weg ist, der politische Druck weg ist und Nutzungsinteressen hinzukommen - Zubauen und so weiter -, ließ sich in den neuen Ländern vieles schwerer durchsetzen.

Nach der Katastrophe im Juli durch das Elbehochwasser ist schnelle und unbürokratische Hilfe das Wichtigste gewesen. In unserem Land war besonders die **Stadt Lauenburg** stark betroffen. Ich freue mich, dass Bund und Länder sehr schnell reagiert haben. Die Landesregierung hat diese Woche noch einmal Geld gebracht, um ganz schnell ein Konzept zu bekommen. Die Landesregierung befindet sich in gutem Gespräch mit der Stadt, die Unterstützung weiter zu organisieren. Von daher ist es wichtig, die Anträge in den Ausschuss zu überweisen, um dort weiter zu debattieren und das Thema mit den Betroffenen weiter zu erörtern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir müssen jedoch noch weiterdenken. Wir Grünen setzen seit Jahren auf ein intensives **Umdenken beim Binnenhochwasserschutz**. Einige der Probleme sind hausgemacht. Durch Bauaktivitäten wurden in einigen Regionen in den letzten Jahrzehnten erheblich mehr Flächen versiegelt als in den ganzen Jahrhunderten zuvor. Den Flüssen wurden durch zu viel Begradigung zu viele Rückstaufunktionen genommen. Von daher die Folgen, die wir jetzt haben. Wir brauchen daher einen ökologischen Hochwasserschutz, der nicht nur die Deiche, sondern das gesamte Einzugsgebiet berücksichtigt.

Ich darf an dieser Stelle zwei Zahlen nennen. Wir in Schleswig-Holstein wissen, Deichbau kostet viel Geld.

In Sachsen-Anhalt ist dreißigmal so viel Geld in den **Deichbau** geflossen, wie in **Retentionsflächen** und in **Überflutungsräume** geflossen ist. Im ach so gut geordneten Bayern war es fünfmal so viel Geld. Es besteht also ein hoher Handlungsbedarf, um zu sehen, was wir regeln können und wie wir es regeln können.

Eine Erhöhung von Deichen ist dort nötig, wo Siedlungen unmittelbar zu schützen sind. Wo es aber machbar ist, müssen wir an die **Renaturierung der Auen** heran, und wir müssen auch darangehen, den einen oder anderen Deich rückbaufähig zu machen, Flächen zu entsiegeln und weiteren Stauraum zu schaffen. Da Schleswig-Holstein am Unterlauf der Elbe liegt und bis zum Wehr in Geesthacht nur gerade einmal 20 km in unseren Abschnitt fallen, der

(Bernd Voß)

für den Binnenwasserhochschutz relevant ist, haben wir hier im Land kaum selbst Möglichkeiten, zusätzliche **Retentionsräume** zu schaffen. Solange die Zuständigkeiten in der Bund-Länder-Zusammenarbeit und in der Zusammenarbeit mit den Kommunen so sind, wie sie sind, sind wir auf die Einsicht der anderen Bundesländer angewiesen. Das hört sich schwach an, aber das ist nun einmal so in unserer föderalen Verfassung.

Schleswig-Holstein hat daher im Rahmen der **Flussgebietsgemeinschaft Elbe** den Antrag auf eine Zusammenkunft der Elbe-Ministerkonferenz beantragt. Dort wird es darum gehen, auf eine stärkere Verbindung, auf eine schnellere Wirksamkeit der Hochwasserrisikomanagementpläne und auch auf die Einhaltung der Maßnahmen zu drängen. Dabei kann es nicht darum gehen, dass die Schleswig-Holsteiner - wie die PIRATEN es in ihrem Antrag nahelegen - als Nutznießer einfach nur mehr Geld einbezahlen. Sie wissen genau, dass wir als Land erhebliche Kosten für den Küstenschutz zu tragen haben. Diese Kosten werden aufgrund des Klimawandels in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Olaf Schulze [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Blick auf die letzte Hochwasserkatastrophe in Lauenburg ist natürlich die wichtigste Feststellung, dass zumindest dort niemand an Leib und Leben zu Schaden gekommen ist. Andere Regionen hatten leider nicht so viel Glück. Es sind jedoch auch in **Lauenburg immense Schäden** entstanden. Natürlich gab es in den letzten Jahren auch direkt in Lauenburg bereits Verbesserungen beim Hochwasserschutz. Man konnte gerade beim Katastrophenschutz auf die Erfahrungen der letzten Jahre zurückgreifen, aber es gibt aus meiner Sicht in beiden Bereichen noch viel zu verbessern.

Vergessen sollte man im Rückblick nicht, wie groß die **Hilfsbereitschaft** im gesamten Landkreis des Herzogtums Lauenburg und weit darüber hinaus war. Wenn man sich angesehen hat, woher die Hilfskräfte teilweise kamen, dann war das beeindruckend. Ich war in Lauenburg auch als Ehrenamtler dabei, und ich muss sagen, dass ich wieder ein-

mal von der großen Motivation und Leistung der vielen ehrenamtlichen und freiwilligen Helfer beeindruckt war.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich war aber auch von der Besonnenheit der betroffenen Altstadtbewohner beeindruckt. Ich glaube, viele können sich nicht vorstellen, wie furchtbar es für die Menschen ist, wenn man sein Haus verlassen muss und evakuiert wird. Das ist nicht so einfach. In Lauenburg hat man hier schon Erfahrungen sammeln müssen. Die Landesregierung hat anlässlich der Kabinettsitzung in Lauenburg in dieser Woche, die ich sehr positiv fand, noch einmal bekräftigt, dass sie einen Fluthelferorden an alle Beteiligten verleihen möchte. Das soll sie gern machen, weil das ein nettes Zeichen der Anerkennung ist.

Ich bin jedoch auch der Meinung, dass wir gerade im Rückblick auf die letzten Hochwasserkatastrophen das **Ehrenamt** generell noch mehr **stärken** müssen. Das ist mir persönlich noch einmal ganz deutlich geworden. Gerade um die ehrenamtlichen Strukturen bei den Feuerwehren, beim THW und bei ähnlichen Organisationen beneiden uns in Europa viele. Diese Strukturen gibt es in dieser Form nicht häufig. Ich ärgere mich oft darüber, wenn dies alles von einigen Neunmalklugen, die ab und zu einmal auftauchen, als selbstverständlich angesehen wird und wenn wenig Bereitschaft herrscht, diese ehrenamtlich arbeitenden Organisationen auch entsprechend auszurüsten. Das gehört dazu, und an der entsprechenden **Ausrüstung** mangelt es teilweise doch sehr.

Es ist völlig klar, dass der **Hochwasserschutz an der Elbe** in erster Linie weit vor der Stadt Lauenburg flussaufwärts in Tschechien und in den neuen Bundesländern verbessert werden muss. Da müssen dann auch die Nebenflüsse einbezogen werden. Ich glaube, das ist gerade dieses Mal sehr deutlich geworden. Gleichwohl muss der Schutz in Lauenburg weiter verbessert werden.

Bei der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern hat sich in den letzten Jahren zwar schon viel getan, aber da gibt es noch sehr viel Luft nach oben. Vor allem an den **Pegelvorsagen** muss noch weiter gearbeitet werden. Das würde vor allem die Arbeit der Einsatzleitung gerade bei der Evakuierung deutlich erleichtern. Sofort- und Aufbauhilfen sind selbstverständlich zunächst das Wichtigste, aber nun muss es hier in Kiel und auch

(Christopher Vogt)

in Berlin darum gehen, wie man den Hochwasserschutz an den jeweiligen Stellen ausbauen kann.

Da es seit dem Jahr 2002 bereits die vierte Flutkatastrophe an der Elbe war, muss man auch in den kommenden Jahren mit extremen Pegelständen rechnen. Die Landesregierung muss also zeitnah entscheiden, inwieweit das Land die Stadt bei der Prävention unterstützen kann.

Meine Fraktion begrüßt die Unterstützung der Stadt Lauenburg durch die Landesregierung bei der Erarbeitung eines Konzepts zum besseren Schutz der Altstadt und des an der Elbe gelegenen Industriegebiets in der Stadt Lauenburg, das ebenso betroffen ist. Das ist ebenso wichtig.

(Beifall FDP)

Das Konzept muss in enger Abstimmung mit den Bewohnern der Altstadt und den im Industriegebiet ansässigen Unternehmen entwickelt werden und das Ziel verfolgen, zukünftig den bestmöglichen Schutz dieser beiden Gebiete zu gewährleisten. Bund und Land sind also aufgefordert, die Stadt Lauenburg bei der Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen im Bereich des Hochwasserschutzes nach Kräften zu unterstützen. Ich denke, auch angesichts der Schäden, die jetzt wieder entstanden sind, wäre dies eine richtige Investition. Für Lauenburg wird es **maßgeschneiderte Lösungen** geben müssen. Da müssen zügig intelligente technische Lösungen gefunden werden, die das Stadtbild nicht verschandeln, aber die Stadt bei erneuten Hochwasserkatastrophen besser schützen können.

Ich kann die Enttäuschung in Lauenburg über die bisher zugesagten Hilfen nachvollziehen, weil am Ende wohl - zumindest nach derzeitigem Stand - kaum Geld für einen verbesserten Hochwasserschutz übrig bleiben wird. Das kann so nicht bleiben. Lauenburg gehört zu den sogenannten Konsolidierungskommunen in Schleswig-Holstein. Man ist dort auf Unterstützung angewiesen, und man wird sich meines Erachtens noch einmal über die **Förderquoten** unterhalten müssen. In Niedersachsen wird zu 100 % gefördert, in Schleswig-Holstein ist das anders. Die Stadt ist auf einem guten Weg, sich wirtschaftlich zu erholen. Das, was in Lauenburg passiert, muss man anerkennen. Das sollte nach Kräften unterstützt werden.

Der vorliegende Antrag der PIRATEN kommt in der Tat rund 20 Jahre zu spät. Die Kollegen haben schon ausgeführt, was dort bereits alles an Zusammenarbeit läuft. Frau Kollegin Beer, aus meiner Sicht haben wir hier ein klassisches **Umsetzungsproblem**. Ich glaube, es mangelt derzeit nicht an

neuen Arbeitsgruppen und Sitzungen, sondern es mangelt an der Umsetzung. Das haben die Kollegen schon richtig ausgeführt.

Das ist natürlich schwierig, weil die Elbe und die Nebenflüsse einfach mehr Raum brauchen, als sie zurzeit haben. Es ist zurzeit unheimlich schwierig, die **zusätzlichen Flächen** zu bekommen. Der Erwerb wird im Wesentlichen in den neuen Bundesländern geschehen müssen. Daher glaube ich nicht, dass es der richtige Weg ist, erneut eine Arbeitsgruppe zu gründen und darüber zu reden. Geredet wurde genug. Es gibt genügend Konzepte und Vorschläge. Diese müssen nun umgesetzt werden. Daran sollte sich die Landesregierung beteiligen. Insofern würde ich auch dafür plädieren, dies im Umwelt- und Agrarausschuss zu machen. Dort scheint gute Stimmung zu herrschen, wie ich heute wieder festgestellt habe. Insofern komme ich gern dazu. Wir sollten dann Vertreter der Stadt Lauenburg und andere Experten dazu einladen, um das Thema zu vertiefen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW spricht Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lang anhaltende Starkregenfälle in Mittel- und Süddeutschland mit gebietsweise bis zu 200 Litern Wasser pro Quadratmeter lösten in allen Flussgebieten Deutschlands Hochwasser aus. Die Wasserstände der Elbe verzeichneten auf einer Gesamtlänge von 250 km neue Rekordmarken in bisher nicht gekannten Ausmaßen. Nur die **kontrollierte Flutung** der Havelniederung und die Deichbrüche bei Fischbeck und im Saale-Elbe-Winkel führten zu merklichen Entlastungen in den stromabliegenden Gebieten und verhinderten damit Schlimmeres. Ich muss gestehen, dass für mich, der in Südschleswig zwischen Nord- und Ostsee aufgewachsen ist, der Gedanke, dass ein Deichbruch Schlimmeres verhindert, eigentlich absurd ist. Das zeigt aber, dass diese Dinge nicht überall gleich sind.

Die Bilder der Flutkatastrophe haben wir alle noch vor Augen. Wenn wir an die Flut von 2002 zurückdenken, so wurde seinerzeit immer vom **Jahrhunderthochwasser** gesprochen. Es zeigt sich aber, dass diese Annahme falsch war. Seit 2002 haben

(Flemming Meyer)

wir bereits vier Hochwasser an der Elbe gehabt. Dies sind **Folgen des Klimawandels**, und wir müssen uns darauf einstellen, dass sich derartige Ereignisse in Zukunft häufen werden.

Es wird deutlich, dass wir schneller als bisher gedacht Konzepte und Maßnahmen zum Schutz der Menschen in den Flussgebieten ergreifen und vor allem umsetzen müssen. Gerade Schleswig-Holstein hat hieran als Unterlieger der Elbe ein großes Interesse. Jedoch können wir am wenigsten ausrichten. Die Vorkehrungen, um künftige Hochwasser abzumildern, müssen vor allem im mittleren und oberen Verlauf der Elbe stattfinden.

Die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe, IKSE, sowie die Flussgebietsgemeinschaft Elbe, FGG Elbe, sind die richtigen Gremien, um entsprechende Maßnahmen zu koordinieren und umzusetzen. Wir müssen also keine neuen internationalen oder nationalen Arbeitsgruppen einrichten, wie es im Antrag der PIRATEN formuliert ist.

Bereits 2003 wurde der **Aktionsplan Hochwasserschutz Elbe** aufgestellt, in dem wichtige grenzüberschreitende Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes vereinbart wurden.

Weiter wird auf europäischer Ebene an grenzüberschreitenden Hochwasserrisikomanagementplänen gearbeitet. Hierbei ist klar zu erkennen, breitere und höhere Deiche werden das Problem auch in Zukunft nicht lösen. Hochwasser braucht Platz. Daher braucht es **Überschwemmungsgebiete**, damit sich das Wasser ausbreiten kann. Diese Erkenntnisse sind nicht neu. So geht es beispielsweise auch aus dem Aktionsplan hervor. Jedoch lässt es sich nur schleppend umsetzen. Die Einrichtung von Überschwemmungsgebieten führt zu Nutzungseinschnitten und zu Wertminderungen der entsprechenden Grundstücke. Ein Erwerb der Grundstücke und Entschädigungsleistungen stellen die Länder hier vor große Herausforderungen. Hier sage ich ganz deutlich: Dies sind gemeinschaftliche Probleme, die gemeinschaftlich zu lösen sind.

(Beifall SSW)

Wir können die Menschen in den betroffenen Regionen nicht mit den Problemen alleinlassen. **Hochwasserschutz** und auch Küstenschutz sind **solidarische Aufgaben**, und so müssen sie auch finanziert werden, egal wo. Daher ist eine finanzielle Beteiligung der Grundstückseigentümer abzulehnen.

(Beifall SSW)

Angesichts der zu erwartenden kürzeren Intervalle solcher Hochwasser darf der Druck bei der Umset-

zung von Maßnahmen nicht aus dem Kessel genommen werden, im Gegenteil. Den Menschen in den betroffenen Gemeinden und Städten kann nicht zugemutet werden, dass sie in kürzester Zeit ihr Hab und Gut mehrmals verlieren. Der Schaden in Schleswig-Holstein - im Besonderen war Lauenburg betroffen - wird auf rund 28 Millionen € geschätzt. In einer ersten unbürokratischen Sofortmaßnahme haben das Land Schleswig-Holstein und der Bund jeweils 1 Million € für Lauenburg und Geesthacht zur Verfügung gestellt. Nun wurde mittlerweile auch im Bundesrat eine Einigung über die Verteilung und Verwendung der Mittel erzielt. Dies, meine Damen und Herren, begrüßen wir; denn wichtig ist es, dass den Menschen jetzt schnell und vor allen Dingen auch unbürokratisch geholfen wird.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur noch wenige Anmerkungen.

Erstens. Ja, der Kampf gegen das Hochwasser war eine große **Solidaritätsleistung**. Man kann nur einmal mehr sagen: Danke an alle, die diese Leistung erbracht haben.

Zweitens. Man muss aufpassen, dass diese Solidarität auch zwischen den Ländern funktioniert. In der Tat ist es so - Flemming Meyer hat es angesprochen -, dass Lauenburg letztlich davon profitiert hat, dass Fischbeck den Deich verloren hat - welcher ein unglücklicher Zustand für Fischbeck - und andererseits darunter gelitten hat - Bernd Voß hat es gesagt -, dass die Poldermaßnahmen, die beschlossen wurden, der **Rückbau von Deichen**, nicht durchgeführt wurden. Beides ist nicht zufriedenstellend. Deswegen werden wir als Landesregierung versuchen, in den Staatsvertrag, den die Elboberanlieger geschlossen haben, mit hineinzukommen, damit wir Einfluss auf das Management der Polder haben und nicht als letztes Glied in der Kette das schwächste Glied in der Kette sind. Die Verhandlungen darüber werden aufgenommen.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Drittens. Die anstehenden Ministerkonferenzen, die Umweltministerkonferenz und vor allem die Elbministerkonferenz, müssen Aufschluss darüber geben, mit welchen Prognoseständen wir in Zukunft arbeiten müssen. Nur das kann die Grundlage für die Maßnahmen sein, die ergriffen werden. Nicht nur die Wettervorhersagen greifen in diese Maßnahmen ein, sondern eben auch das Poldermanagement. Die Flutung der Havelpolder und der Deichbruch haben dazu geführt, dass der Pegel bei Lauenburg etwa 35 bis 40 cm abgesunken ist. Insofern ist die Abspracheleistung zwischen den Ländern und die Prognoseleistung der Meteorologen Hand in Hand zu sehen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank. Herr Minister, der Kollege Flemming Meyer hat gerade gesagt, der SSW lehnt zum Beispiel jede finanzielle Beteiligung von Grundstückseigentümern ab. Das ist eine sehr sympathische Forderung. Mich würde einmal interessieren, wie die Landesregierung das sieht.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Ich komme darauf zu sprechen. Auch Herr Jensen hat nach dem Generalplan und einer Aufnahme des Binnenhochwasserschutzes gefragt. Lassen Sie mich, bevor ich darauf eingehe, darauf verweisen, dass Frau Beer angemahnt hat, dass der Landtag laufend informiert ist. Wir haben den Abteilungsleiter Dietmar Wienholdt, der für den Hochwasserschutz in Lauenburg zuständig ist. Er hat während der Hochwassertage glänzende Arbeit geleistet. - Dort sitzt er übrigens.

(Beifall)

- Das haben Sie sich nicht gedacht, Herr Wienholdt, aber so ist es, wenn man in den Landtag kommt. Da wird man einmal beklatscht.

Wir haben ihn zum Kabinettsbeauftragten, also zum Beauftragten für Lauenburg, ernannt, der auch dem Kabinett immer wieder berichten soll und aufpassen soll, dass das Kabinett nicht unter der Tagespolitik die Arbeit am Hochwasserschutz vergisst. Ich glaube, ich kann den Auftrag einfach erweitern und sagen: Selbstverständlich steht er auch dem Landtag zur Verfügung. Wenn wir also einmal vergessen, Sie zu unterrichten, oder Sie Bedarf haben: Er ist auch Ihr Mann.

Damit komme ich zu Lauenburg und dem kommenden **Hochwasserschutz**. Wichtig ist, die Reihenfolge einzuhalten, dass wir eine Prognose brauchen und wissen, mit welchen Werten wir in Zukunft zu rechnen haben. Gleichzeitig müssen wir die Konzepte für Lauenburg zum Abschluss bringen. Wir stehen am Ende von etwa zehn Jahren Debatte über die verschiedenen Maßnahmen. Die haben zu keinem Ende geführt. Vor diesem Hintergrund, so meine ich, ist die Forderung von einigen, den **Generalplan Küstenschutz** zu überarbeiten, nicht zielführend. Das ist auch die Antwort auf die Frage der FDP. Im Moment ist geregelt, dass das Land die Landesdeiche und die Inseln - zu 100 % - schützt, aber die Binnendeiche und die Gewässer an der Ostsee und des Elboberlaufes, Lauenburg ab dem Wehr Geesthacht, nicht. Wir bezahlen wesentliche Anteile aus den **GAK-Mitteln**. 80 % der Maßnahmen werden aus den GAK-Mitteln, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, bezahlt. Es gibt politische Debatten darüber, diesen Anteil auf 90 % zu erhöhen. Die allergrößte finanzielle Last trägt also das Land.

Aber wenn man diese Umstellung im Generalplan Küstenschutz vornehmen würde, dann müsste man sie systematisch komplett vornehmen - das kann man anders nicht begründen -, sodass das Land dann für alle **Ostseeschutzdeiche** zuständig wäre. Fehmarn haben wir als Insel schon jetzt mit drin, aber Scharbeutz, Timmendorf, all das würde dann unter die Landeshoheit kommen. Es würde neben der finanziellen Last auch bedeuten, dass das Land, wenn ich das einmal in meiner Sprache sagen darf, dann durchregiert. Dann wird eben im Land entschieden, was richtig ist. Dann gibt es vielleicht noch Dialog und so weiter. Aber wenn wir uns schon beim Knickschutz nicht einigen können, ob der Dialog erfolgreich geführt wird oder überhaupt kein Dialog geführt wird, dann sage ich einmal voraus: An dieser Stelle wird es richtig kompliziert werden.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Jetzt ist es so, dass das Land 80 % der Leistung bezahlt, 20 % müssen die kommunalen Gliedschaften, also die Wasser- und Bodenverbände im Wesentlichen, bezahlen. Häufig genug werden die sich das über eine Umlage auf die Eigentümer wiederholen. Die sind dann mit dabei, aber es sichert ihnen auch starke Mitspracherechte über die Maßnahmen. Ich bin mir nicht sicher, dass eine Lösung, die besagt, wir machen das alles als All-inclusive-Paket, zu einer Lösung führt, die in Lauenburg oder in anderen Orten zu mehr Akzeptanz führt, von den finanziellen Lasten ganz zu schweigen.

Mit anderen Worten: Ich bin dafür, dass die Fachaufsicht über die Deichsicherheit in Lauenburg gern an das Land übergehen kann, dass wir in der Regulierung der Maßnahmen eine bestimmendere Rolle haben, auch das kostet etwas, auch das bedeutet Verwaltungsaufwand und mehr Personal. Das finde ich richtig. Aber aus den genannten Gründen würde ich einer Revision und einer Aufnahme der gesamten Schutzdeiche des Landes Schleswig-Holstein in den Generalplan Küstenschutz widersprechen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich kann es kurz machen. Es sind fünf Fraktionen, die einen Überweisungsantrag gestellt haben. Daher folgt die Abstimmung über den Antrag auf Überweisung in den Umwelt- und Agrarausschuss. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig. Wunderbar.

Ich wünsche allen Abgeordneten einen wunderbaren Abend, ertragreiche Gespräche und Veranstaltungen, und eine gute Nachtruhe. Bis morgen früh um 10 Uhr unterbreche ich die Tagung.

Schluss: 17:48 Uhr